STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_18960718

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 166.

10. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3041) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: R. Stenzel in Hamburg.

Sonnabend, den 18. Juli 1896.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaux.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Klassenherrschaft.

In Preußen und im Reich ist bekanntlich eine Gehaltsaufbesserung für die Beamten geplant und auch theilweise schon durchgeführt. Bei der bureaukratischen Natur des „modernen“ Staats ist es unvermeidlich, daß die höheren Beamten zu hoch und die niederen Beamten zu niedrig bezahlt werden. Dieser Mißstand kommt auch bei der Gehaltsaufbesserung wieder zum Vorschein. Denn man hat 1890 das „Fundament“ zu der allgemeinen Gehaltsaufbesserung mit einem Betrag von 15 Millionen Mark für die Unterbeamten gelegt, während nunmehr „der Ausbau der oberen Stockwerke“, wie es in einem offiziösen Blatte heißt, mit 20 Millionen in Angriff genommen werden soll. So wird die geringe Anzahl der oberen Beamten in einem gradezu schreienden Mißverhältniß gegenüber der großen Masse der dazu meistens noch sehr angestrengten Unterbeamten bevorzugt. Darum bleiben wir auf dem Standpunkt stehen, den wir gegenüber diesen büreaukratischen Erscheinungen immer innegehalten haben; eine Gehaltsaufbesserung halten wir bei den Unterbeamten für angebracht, bei den höheren Beamten verwerfen wir sie unbedingt, da diese Alle mehr als genügend und in zahlreichen Fällen viel zu hoch bezahlt sind.

Die Erhöhung der Beamtengehälter wird begründet mit den gestiegenen Waaren- und Lebensmittelpreisen, dem Hinauftreiben der Wohnungsmiethen u. s. w. Für den kleinen Beamten trifft das vollkommen zu; ihm wird es mit seinem geringen Einkommen immer schwerer, zurechtzukommen. Für einen Postsekretär oder gar einen Briefträger ist es nicht gleichgültig, ob die Brot- und Fleischpreise um einige Pfennige steigen; für einen Unterstaatssekretär oder Landgerichtspräsidenten aber ist es so ziemlich gleichgültig, denn die beiden Letzteren werden dadurch keine Noth leiden müssen.

Dabei stoßen wir auf einen der vielen Widersprüche, von denen der moderne Büreaukraten- und Klassenstaat erfüllt ist.

Wenn der Arbeiter Lohnerhöhung anstrebt, so schreit Alles über „Begehrlichkeit“ und Unzufriedenheit.

Wenn die Lebensmittelpreise und die Wohnungsmiethen es dringend machen, daß die Gehälter der niederen Beamten erhöht werden, so muß man ohne jede Möglichkeit eines Einwandes auch zugestehen, daß die große Masse des arbeitenden Volkes sich in derselben Kalamität befindet, wie die untere Beamtenschaft; oder die Kalamität, in welcher der „freie“ Arbeiter steckt, ist vielmehr noch bedeutend größer, denn seine Existenz ist im Gegentheil zu der des Beamten eine unsichere und die Arbeitslöhne befinden sich, was man auch sagen möge, faktisch in sinkender Tendenz.

Die Arbeiter, die am meisten unter dem Steuerdruck zu leiden haben, müssen als Steuerzahler die Summen mit aufbringen, die bestimmt sind, um die Beamtengehälter zu verbessern. Wir betonen nochmals, daß wir eine Gehaltsaufbesserung für die Subalternbeamten durchaus für dringend nothwendig halten; aber wir wollen auch die eigenthümliche Stellung zeigen, in welcher der Klassenstaat sich hier befindet. Wohl wird von seinen Trägern und Stützen bei jeder Gelegenheit betont, es sei seine Aufgabe, dem wirthschaftlich Schwachen hülfreich beizustehen und zu seinem Gunsten helfend einzugreifen. Aber was geschieht hier? Um einer Kategorie von wirthschaftlich Schwachen etwas aufzuhelfen, wird eine andere Kategorie von wirthschaftlich Schwachen ja Schwächeren noch mehr belastet und geschwächt und der Löwenantheil an den Summen, die sich aus diesem Experiment ergeben, kommt schließlich noch an die hohen Beamten, bei denen eine Aufbesserung überflüssig ist.

Zum guten Theil kann man den Ursprung einer solchen bedremblichen Erscheinung in dem obwaltenden Steuersystem suchen, das die öffentlichen Lasten in Form indirekter Steuern hauptsächlich auf die große Masse abwälzt. Hätten wir eine einzige progressive Einkommensteuer, welche die niederen Einkommen frei ließe, so würde sich die Sache ganz anders ausnehmen.

Aber man sieht bei dieser Gelegenheit ganz deutlich, warum sich die herrschenden Klassen so hartnäckig gegen die alte demokratische Forderung einer einzigen progressiven Einkommensteuer wehren. Hätten wir eine solche, dann würden die oberen Zehntausend sich mit Händen und Füßen gegen eine Gehaltsaufbesserung sträuben, denn sie selber hätten ja dann die Mittel dazu hauptsächlich aufzubringen, weil sie mit ihren hohen Einkommen stark zur Progressivsteuer herangezogen wären. So aber ist ihnen die Sache an und für sich nicht sehr bedeutend; sie können sogar im Parlament, wenn sie die Gehaltsaufbesserungen durch ihre Vertreter votiren lassen, sich mit ihrem warmen Herzen für die Subalternbeamten brüsten, während die Arbeiter hauptsächlich die Kosten für das Ganze zu tragen haben. Indem man die hohen Beamtenstellen besser dotirt, bekommen die herrschenden Klassen zugleich eine auskömmlichere Versorgung für ihre Söhne oder glänzende Heirathspartien für ihre Töchter.

Der Klassenkarakter unserer Steuergesetzgebung tritt hier so scharf wie nur möglich hervor und die indirekte Besteuerung zeigt sich als eines der ersten Privilegien der herrschenden Klassen. Darum haben sie auch den Gedanken einer einzigen progressiven Einkommensteuer als „revolutionär“ und „umstürzlerisch“ stets mit zorniger Geberde von sich gewiesen und ihre wissenschaftlichen Lohnarbeiter haben das indirekte Steuersystem als den Inbegriff steuerpolitischer Weisheit anpreisen müssen, auch wenn sie es selber nicht geglaubt haben.

Obwohl die Forderung einer einzigen progressiven Einkommensteuer innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft sehr wohl erfüllbar wäre, so wird sie doch stets als „Utopie“ behandelt. Wir sind der Ueberzeugung, daß die herrschenden Klassen lieber alle Religionsbekenntnisse mit Paradies und Hölle, mit Engeln und Teufeln fahren ließen, als das indirekte Besteuerungssystem, welches ihnen ermöglicht, den Hauptantheil an den öffentlichen Lasten auf die große Masse der Arbeiter abzulenken. So bezahlen die Arbeiter die Bayonnette und Kanonen, mit denen ihre angebliche Begehrlichkeit im Zaum gehalten wird, und so bezahlen sie auch die höheren Lehranstalten, in denen die Söhne und Töchter der Privilegirten für ihre spätere Rolle in der Gesellschaft ausgebildet werden. Die Reichen bezahlen zwar auch ihr Theil, aber gegenüber von dem, was der Lohnarbeiter leisten muß, verhältnißmäßig sehr wenig, verschwindend wenig.

Der Klassenstaat befindet sich aber bei alledem doch in einer üblen Lage. Er sucht Zufriedenheit zu schaffen und wird Unzufriedenheit erregen. Indem er die hohen Beamtenstellen allzu reichlich dotirt, um den Ansprüchen seiner „Stützen“ gerecht zu werden, erweckt er Unzufriedenheit bei den Subalternbeamten, die bei der ganzen Staatsverwaltung am meisten in Anspruch genommen sind und doch die geringste Entlohnung haben. Und indem er die öffentlichen Lasten vermehrt, erregt er die Unzufriedenheit der Proletarier und der Kleinbürger, die nicht einsehen wollen, wenn auf ihre Kosten die Einkommen der hohen Büreaukratie erhöht werden. Den Subalternbeamten gönnt mit Ausnahme einiger engherzigen Philister Jedermann eine Aufbesserung von Herzen.

Man wirft uns immer vor, wir wollten nur Unzufriedenheit erregen. Wie man sieht, haben wir das gar nicht nöthig; es wird von Anderen hinlänglich besorgt.

Von der Weltbühne.

Die Agrar-Demagogie fährt fort, ihrem Zorn über die Ablehnung des Margarinegesetzes herzhaft Luft zu machen. So erklärt die „Korrespondenz des Bundes der Landwirthe“: daß dem Bunde vom agitatorischen Gesichtspunkte aus nichts hätte erwünschter sein können, als diese Entscheidung des Bundesrathes. Nur aus Friedensliebe hätte er dieser Fassung des Gesetzes zugestimmt. Den Landwirthen genügte das Gesetz in der Fassung des Reichstages nämlich noch gar nicht; sie verlangten dringend auch den Phenolphthaleïnzusatz. Nach diesem bemerkenswerthen Eingeständnisse ruft die Korrespondenz die schwungvollen Worte aus, deren Wirkung wir durch keinen Zusatz abschwächen wollen.

„Ein Schrei der Entrüstung über diesen Beschluß des Bundesrathes wird die landwirthschaftlichen Kreise Deutschlands durchzittern.“

Alsdann wird den beiden Ministern, auf die der Bund es besonders abgesehen hat, der Fehdehandschuh in's Gesicht geworfen:

„Die Herren v. Bötticher und v. Hammerstein sind wohl in erster Linie für diesen Beschluß verantwortlich zu machen; sie wollten ein Tänzchen mit uns wagen; nun gut, wir werden ihnen aufspielen. Der Athem mag ihnen vielleicht dabei ausgehen, aber sie haben es so gewollt. Die Landwirthschaft ist nicht mehr gewillt zu gestatten, daß man über ihre Wünsche in dieser Weise zur Tagesordnung übergeht.“

Die Art und Weise, wie jetzt die junkerlich-agrarische Presse für das Recht der Volksvertretung und gegen das Ablehnungsrecht des Bundesrathes eifert, ist sehr interessant. Noch nicht lange ist es her, daß die preußischen Konservativen in der Mißachtung der Wünsche und Beschlüsse der Volksvertretung Bravourthaten und „ein patriotisches Verdienst der Regierung Sr. Majestät“ und in der Ablehnung von Regierungsvorlagen oder in der Wiederholung gewisser volksfreundlicher Beschlüsse des Reichstages das verpönte Streben nach parlamentarischer Herrschaft erblickten! Wollen doch die Konservativen noch nach ihrem Programm vom Jahre 1892 die Monarchie von Gottes Gnaden unangetastet wissen und jeden Versuch bekämpfen, die Monarchie zu Gunsten eines parlamentarischen Regimentes zu beschränken.“

Zutreffend wird in einer Berliner Korrespondenz der „Frankf. Ztg.“ bemerkt, daß das, was jetzt die agrarische Presse gegen die Regierungen aus Anlaß der Ablehnung des Margarinegesetzes droht, im höchsten Grade unter den alten Begriff des Strebens nach parlamentarischem Regiment fällt; es bedeutet, wie es früher hieß, einen Eingriff in die Kronrechte der verbündeten Fürsten, und es heißt die Regierung an die Wand drücken, bis sie quietscht. Das geschieht jetzt von Seiten der preußischen konservativen Partei, deren agrarische Führer bei Wahlen durch einen Ministerialrath agitatorisch unterstützt werden. Der ganze erfreuliche Fortschritt, den die konstitutionellen Anschauungen der Konservativen erfahren haben, seitdem sie agrarisch geworden sind und sich auf die Demagogie gelegt haben, tritt bei dieser Gelegenheit wieder einmal zu Tage. Dieselben Männer, die jetzt mit den Regierungen der hohen Bundesfürsten wegen Ablehnung eines Reichstagsbeschlusses furchtbar in's Gericht gehen, waren noch in der letzten Zeit der Bismarck'schen Aera zu jeder Beschränkung der Rechte der Volksvertretung stets bereit: sie haben die Legislaturperioden verlängern helfen, sich für zweijährige Budgets und dementsprechend für nur zweijährige Berufung des Reichstages, für Einschränkung der Redefreiheit und für Abschaffung des Wahlrechts begeistert, aus welchem der Reichstag hervorgeht, vor dessen Mehrheitsbeschlüssen sie jetzt drohend Respekt fordern. Das ist ein Fortschritt, den man sich gefallen lassen kann; er enthält eine Anerkennung der Rechte der Volksvertretung, auch wenn die Konservativen rückfällig ihnen unbequeme Mehrheitsbeschlüsse noch nach altem Muster als parlamentarische Anmaßung behandeln. So weit sind sie doch schon, daß sie Verminderung der Rechte des Reichstages nicht mehr wünschen und daß sie ihnen, wenn sie von anderer Seite kommen sollten, mit Rücksicht auf ihre Anhänger im Lande nicht mehr zustimmen können.

Durchaus im Geiste des Freiherrn v. Stumm äußert sich das Berliner Organ dieses „Scharfmachers“, die „Post“, zu der unbegründeten Nachricht, daß die Sozialdemokraten des Kreises Westhavelland für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl den Privatdozenten Dr. Arons aufstellen wollen. Das edle Blatt des edlen Ordnungspolitikers schreibt:

„Man stelle sich, die Wahl des Dr. Arons vorausgesetzt, vor, daß derselbe als Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion bei dem Hoch auf Se. Maj. den Kaiser entweder demonstrativ den Sitzungssaal verlassen oder demonstrativ sitzen bleiben würde! Und das Alles als wohlbestallter Lehrer an der königlichen Universität in Berlin! Wie sehr solche Zustände verwirrend wirken und wie sehr sie der Propaganda der Sozialdemokratie nützen und der Sammlung der staatserhaltenden Elemente Hindernisse bereiten, liegt auf der Hand. Werden die naturgemäß nur nach der Oberfläche urtheilenden weiten Kreise, wenn man sie zur energischen Abwehr gegen die Sozialdemokratie auffordert, nicht sagen, daß die Sache unmöglich so schlimm sein kann, wenn einer der geistigen Leiter der Sozialdemokratie an der königlichen Universität als Lehrer wirken darf? Ganz abgesehen davon, daß es mit der Würde und dem Ansehen eines Staates und seiner Regierung ganz unvereinbar ist, ein Mitglied einer von dem Staatsoberhaupt als „vaterlandslose Rotte“ gekennzeichneten Gesellschaft in dem Lehrkörper einer staatlichen Hochschule zu dulden; die Schwäche, welche die Unterrichtsverwaltung bisher in dieser Sache bewiesen hat, scheint die Sozialdemokraten zur Provokation derselben ermuthigt zu haben, welche in der Aufstellung des Dr. Arons als Kandidaten für die Ersatzwahl in Brandenburg liegt. Man wird erwarten dürfen, daß die Unterrichtsverwaltung jetzt endlich den Handschuh aufnimmt und wenn sie sich zum Einschreiten für ermächtigt erachtet, von ihren Disziplinarbefugnissen energisch Gebrauch macht oder aber so rasch als möglich die gesetzliche Ordnung der Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten herbeiführt.“

Kritik an dieser hetzerischen Erbärmlichkeit zu üben, ist wohl überflüssig. Es würde ja zu diesem Sommer etwas fehlen, wenn nicht ein neuer publizistischer Feldzug gegen den Umsturz sich abspielte und sich dann im Herbst, die Zeit der Ministerkrisen, auch wieder bis zur Forderung eines Umsturzgesetzes zuspitzte.

Der Sieg der freisinnigen Volkspartei im Reichstagswahlkreise Löwenberg wird von den Blättern dieser Richtung als ein solcher über die agrarische Demagogie gefeiert. Die Berliner „Volks-Zeitung“ läßt sich dahin aus:

„Im Kreise Löwenberg wurde die Probe auf das Exempel der jüngsten Gesetzgebung, wie Margarinegesetz, Verbot des Detailreisens und die anderen Handel und Verkehr hemmenden Gesetze und Maßnahmen gemacht. Und die Probe bewies, daß die Unzufriedenheit im Lande steigt, indem selbst altkonservative Kreise zur Opposition übergehen. Bauern und Kleinbürger sind es endlich satt, den großen Herren Vorspanndienste zu leisten, sich und ihr Wahlrecht zu Sonderzwecken mißbrauchen zu lassen, die Allgemeinheit zu schädigen, damit die Junker, Zuckerbarone und all die Leute, denen die „Klinke der Gesetzgebung“ zugänglich ist, ein sorgenfreies Dasein führen und bei möglichst wenig Arbeit möglichst große Einnahmen erzielen. Das ist die Moral von der Geschichte, die Lehre, die aus dem Wahlergebniß zu ziehen wäre.“

Herr Vogts, der Vorsitzende des Vereins „Berliner Kaufleute und Industrieller“, wurde seinerzeit als Sachverständiger bei den Berathungen der Kommission für Arbeiterstatistik mit hinzugezogen, weil er der konsequenteste Gegner jeglichen Arbeiterschutzes sein sollte. Für seine Gegnerschaft wußte er außer allgemeinen Redensarten nur einen Grund gegen den frühzeitigen Ladenschluß vorzubringen, nämlich den, daß durch den frühen Ladenschluß Gasanstalten und Elektrizitätsgesellschaften einen Ausfall in ihren Einnahmen haben würden. Er hätte noch Aerzte und Apotheken hinzufügen können, denn auch diese würden geschädigt, wenn die Gesundheit der Arbeiter höher geschätzt würde als eingebildete Profite. Bei der Kommission hatte Herr Vogts kein Glück mit seinen „Gründen“. Aber Herr Vogts ist ein guter Organisator und da, wo Gründe fehlen, muß die Macht entscheiden. Er wandte sich zunächst an Stumms Garde und diese mußte im preußischen Landtag seine Argumente vortragen. Dann mußten die Ausbeuter Lärm schlagen. In Versammlungen, städtischen Kollegien, Handelskammern und anderen Körperschaften von Kapitalisten mußte die Vogts'sche Resolution angenommen werden. Jetzt lesen wir in nationalliberalen Blättern:

„Eine Regierungsvorlage über den Achtuhrladenschluß auf Grund der bezüglichen Vorschläge der Kommission für Arbeiterstatistik ist sicher nicht zu erwarten. Gegenüber der allseitigen Opposition, die sich gegen eine solche Maßnahme erhob und ihre Spitze in der bekannten Erklärung des Aeltesten-Kollegiums der Berliner Kaufmannschaft fand, hält man im Reichsamt des Innern wie überhaupt in der Reichsregierung diese Vorlage von vornherein für ein todtgeborenes Kind. Ob freilich nicht doch eine Vorlage kommt, die einen gleichzeitigen Schluß der Ladengeschäfte, wenn auch für eine spätere Abendstunde, etwa um 9 Uhr, fordert, ist nicht gesagt. Jedenfalls aber ist auch hier die Schablonisirungsära zum Stillstand gekommen.“

Also hat die Regierung, welche vor dem Ansturm der Bäcker nur einige Schritte zurückwich, jetzt vor der Vogts'schen Garde kapitulirt. Die im Handelsgewerbe bestehenden Mißstände sind amtlich festgestellt. Wenn Angesichts dieser Thatsache nichts geschieht, so ist das die amtliche Erklärung der Ohnmacht der Regierung gegenüber dem Kapitalismus. Und da spricht man von starken Regierungen, wenn man in der nöthigen Feststimmung ist.

Die Fabrikinspektion in Preußen giebt in ihren Jahresberichten an, daß die Zahl der in den Aufsichtsbezirken des Königreichs beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre sich gegen das Jahr 1894 vermehrt hat, und zwar von 287 824 auf 302 628, also um 14 804 oder um etwa 5 pZt. Von der Zunahme entfielen 5695 auf Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren und 9109 auf Arbeiterinnen über 21 Jahre. Den bei Weitem größten Theil, und zwar 135 253 Arbeiterinnen beschäftigte die Textilindustrie, 46 189 die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 29 995 die Bekleidungs- und Reinigungsindustrie, 20 945 die Papier- und Lederindustrie, 19 556 die Industrie der Steine und Erden und 14 994 die Metallverarbeitung. Auch die Zahl der jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren hat zugenommen, und zwar von 104 886 im Jahre 1894 auf 110 975, also um 6089 oder etwa 6 pZt. Von der Differenz entfielen auf die männlichen jugendlichen Arbeiter 3476, auf die weiblichen 2613. Von den männlichen jugendlichen Arbeitern beschäftigte die Metallverarbeitung 19,8 pZt., die Industrie der Steine und Erden 14,6 pZt., die Textilindustrie 13,8 pZt. und die Maschinen- und Werkzeugindustrie 13,7 pZt.; von den weiblichen die Textilindustrie 41,5 pZt., die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 15,9 pZt. und die Gruppe der Bekleidung und Reinigung 10,5 pZt. Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Kinder, die natürlich in Folge der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 fast völlig zusammengeschmolzen war, ist weiter zurückgegangen, nämlich von 827 auf 802. Allerdings entfiel der Rückgang lediglich auf die Kinder männlichen Geschlechts, deren Zahl sich um 58 vermindert hat; die der weiblichen ist um 33 gestiegen. Die Textilindustrie beschäftigte noch 242, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 130 und die Industrie der Steine und Erden 129 Kinder.

Die Klagen über unwürdige Behandlung von Arbeiterinnen haben nach dem Bericht des Berliner Gewerberaths in seinem Inspektionsbezirke eher zu- als abgenommen und wurden im Laufe des Jahres mehrfach in Arbeiterversammlungen und in der Presse laut. Auch den Gewerbeaufsichtsbeamten sind derartige Mittheilungen geworden. Leider kann dem Uebel nicht wirksam entgegengetreten werden, so lange nicht die von Arbeitgebern oder ihren Beamten gegen Arbeiterinnen verübten unsittlichen Attentate von Amtswegen strafrechtlich verfolgbar sind. Denn daß Arbeiterinnen selbst den Strafantrag stellen, geschieht äußerst selten, da sie durch Schamgefühl davon zurückgehalten werden, ihre unverschuldete Schmach vor den Gerichten zu bezeugen. In einer Versammlung der Buchbinder wurde mitgetheilt, daß ein Fabrikant eine jugendliche Arbeiterin in ihrer weiblichen Ehre beleidigt habe. Die eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß die Angehörigen des Mädchens zwar einen Strafantrag gestellt, aber vor Beendigung des Verfahrens wieder zurückgezogen hatten.

Zur Geschichte der Getreidepreise veröffentlicht der Sekretär der hiesigen Handelskammer, Dr. Soetbeer, in dem Juniheft der Conrad'schen Jahrbücher einige interessante Mittheilungen. Man sieht, wie die Umwälzung auf dem Gebiet des Verkehrswesens jenen Stillstand in dem Steigen der Grundrente herbeigeführt hat, aus welchem die Junker die Berechtigung zum lauten Schreien herleiten. Nach diesen Mittheilungen kostete die Dampfschiffbeförderung von New-York nach Liverpool im Durchschnitt der Jahre 1873 bis 1875 die Tonne M. 30,68, dagegen 1891 bis 1895 nur M. 7,90; in einer fast graden Linie sinkt der Tarif von 10,5 c das Bushel im Jahre 1873 auf 1,8 c im Jahre 1894. Die Fracht von New-York nach Hamburg sank von M. 17,20 im Jahre 1889 auf M. 8,15 im Jahre 1895. Von der Erzeugungsstätte sodann, zum Beispiel von Chicago bis New-York, kostete die Beförderung auf der Wasserstraße im Durchschnitt der Jahre 1873 bis 1875 M. 55,44, dagegen in den Jahren 1891 bis 1894 nur M. 18,03, bei Beförderung auf der Eisenbahn M. 74,83 bezw. M. 29,97. Demnach hatte 1875 die Tonne Weizen, die in Hamburg unverzollt damals M. 244 galt, eine Fracht von M. 104,05, 2 Jahrzehnte später eine solche von nur M. 38 zu tragen. Nun muß man noch dazu die sehr beträchtliche Eisenbahnfracht aus dem Innern der Vereinigten Staaten und für die Beförderung in das deutsche Binnenland in Rechnung nehmen; auch sie ist in den letzten zwei Jahrzehnten ganz wesentlich herabgegangen, von dem far west zum Beispiel nach Chicago um nicht weniger als 50 Prozent. Diese verschiedenartigen Ersparnißposten reichen allein aus, um das Andrängen des amerikanischen Wettbewerbs und den neueren Stand des Weizenpreises (1891 bis 1894 durchschnittlich M. 152 unverzollt) zu erklären. Wie im Westen, so ist auch im Osten für die Welt-Getreidelieferanten, z. B. für Südrußland, die Fracht gefallen. Von Odessa nach Hamburg betrug noch 1883 die Fracht für die Tonne M. 16,57, 1895 nur M. 10,04. Von der unteren Donau (Rumänien) bis nach Hamburg kostete 1870 der Versand M. 37, 1895 noch nicht ein Drittel davon, nämlich M. 11. Der türkische Roggen hatte von Kupruln bis zum deutschen Hafen einschließlich Eisenbahnfracht 1875 M. 66,89, 1895 nur M. 42,33 für die Beförderung zu tragen. — Von besonderem Interesse ist die Gestehungsrechnung für den Bezug indischen Weizens. Die knappen Daten hierüber sind um so dankenswerther, als das entlegene Indien den Tummelplatz für die phantastischen Aufstellungen der Silberfreunde bildet. Nach der mitgetheilten Tabelle kostete z. B. im Durchschnitt der Jahre 1872 bis 1875 eine Tonne Weizen in Cawnpore rund 57 Rupien, die bei dem damaligen Wechselstande von 23 d in Gold M. 109 galten. Diese Tonne Weizen hatte an Frachtkosten beinahe ebenso viel zu tragen als der Ankaufspreis betrug, nämlich rund M. 91. Verkauft wurde sie in London zu M. 241. Dem Zwischenhändler verblieb also an Gewinn fast die Hälfte von dem, was der ursprüngliche Ankaufswerth betrug. Anders heute. Der Weizen ist im Innern Indiens, entsprechend dem allmäligen Sinken des Silberwerthes, nachweisbar gestiegen; sein Preis betrug 1891 71 Rupien, im Durchschnitt der Jahre 1886 bis 1890 aber 61,50 Rupien oder in Gold umgerechnet M. 105 bezw. M. 90. Die Frachtkosten betrugen 1886 bis 1890 durchschnittlich M. 29,50, das heißt nur noch ein Drittel des ursprünglichen Ankaufspreises, und der Gewinn des Zwischenhändlers nur M. 25 (1891 nur M. 6), obgleich man, nach dem damaligen Rupienkurs, bei dem Ankaufspreise von 1872 im Betrage von rund M. 109 an sich ein Aufgeld von nur M. 6 bis 7, bei dem von 1890 dagegen mit M. 90 ein solches von rund M. 30 hätte gewinnen sollen. Der Verkaufspreis in London stand aber 1890 auf M. 144 oder nur um M. 10 niedriger, als diese Verringerung der Fracht- und Zwischenhandelskosten darstellt. Die Bimetallisten klammern sich an die Behauptung, daß nicht der Fortschritt in den überseeischen Erzeugungs- und Anlieferungsbedingungen, sondern lediglich der Währungsunterschied den Druck auf den Getreidemarkt verursache. Bei der Seefracht nun läßt sich genau verfolgen, wie ihr Rückgang allmälig in den Selbstkosten der überseeischen Lieferungen, sowie in dem europäischen Verkaufspreise ihren Ausdruck gefunden und ihn um 20 bis 30 pZt. herabgedrückt hat; bezüglich der Eisenbahnen ist bekannt, daß allein mit ihrer Hülfe die Erschließung des Binnenlandes in den Vereinigten Staaten, Argentinien, Rumänien u. s. w. eine Verdoppelung der dortigen Weizen-Anbauflächen und damit der Anlieferungen, sowie des Angebots zu billigeren Preisen durchgeführt werden konnte.

Soll den Agrariern geholfen werden, dann dürfte die Zerstörung der Eisenbahnen in den Getreide produzirenden Ländern und die Vernichtung der Dampfschiffe als Radikalmittel zu empfehlen sein. Das, was jeder vernünftige Mensch als großen Kulturfortschritt preist, wird von den Agrariern als Quelle alles Uebels verschrieen.

„Die sozialdemokratische Behauptung von der großen Arbeitslosigkeit wird durch die Jahresberichte der Regierungs- und Gewerberäthe in Preußen widerlegt.“ — So zu lesen in bürgerlichen Blättern. Es werden einige diesbezügliche Auslassungen der Gewerberäthe zitirt. So schreibt der Gewerberath für den Regierungsbezirk Schleswig: „Die Beendigung der Kanalarbeiten am Nord-Ostseekanal ließ die Befürchtung einer großen Arbeitslosigkeit in den betreffenden Gegenden wach werden. Das ist aber nicht der Fall gewesen.“ Der dem Gewerberath in Schleswig unterstellte Gewerbeinspektor in Neumünster schreibt:

„Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Jahre nicht stärker als sonst hervorgetreten. Die am Nord-Ostseekanal beschäftigten Arbeiter stammen größtentheils aus anderen Provinzen und sind mit Beendigung der Arbeit in ihre Heimath zurückgekehrt, so daß nur verhältnißmäßig wenig fremde Arbeiter zurückblieben. Ein großer Theil der Arbeitslosen hat auch in Kiel bei den umfangreichen Arbeiten für die Ausstellung der Provinz Schleswig-Holstein Verwendung gefunden.

„Arbeitslosigkeit hat sich unter den industriellen Arbeitern im Winter 1895/96 etwas weniger als sonst gezeigt. Das weitere Aufblühen der Lederindustrie, die nachlassende Geschäftsflauheit in der Zement-, Textil- und Eisenindustrie bewirkten theilweise eine Mehreinstellung von Arbeitskräften; und die im Herbst vielfach eintretenden Verkürzungen der Arbeitszeit, Betriebseinschränkungen und Entlassungen zeigten sich seltener... Arbeitslosigkeit tritt in größerem Umfange nur in der Nähe von Hamburg auf und umfaßt hauptsächlich die von Hamburg abgestoßenen Arbeitslosen, für die Hamburg-Altona der gemeinsame Arbeitsmarkt ist.“

Der „Hannoversche Courier“ ist über dieses „Lichtbild“ hoch erfreut und meint:

„Die sozialdemokratischen Klagen über Arbeitslosigkeit sind eben eitle Flunkerei gewesen. Sie gehören zu dem üblichen Repertoire der Agitatoren, ohne das sie bei den Massen nicht glauben auskommen zu können.“

Will das nationalliberale Blatt etwa auch die amtliche Statistik der „Flunkerei“ zeihen? Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 waren an diesem Tage hier in Hamburg **18288** Arbeitslose vorhanden. Wenn in der Provinz Schleswig-Holstein sich die Arbeitslosigkeit weniger fühlbar gemacht hat, so liegt das an dem Umstande, daß für die Arbeitsuchenden in dieser Provinz Hamburg-Altona der große Anziehungspunkt ist. Uebrigens möchten wir wissen, wie denn die Gewerberäthe den Umfang der Arbeitslosigkeit mit einiger Sicherheit festzustellen im Stande sein sollten! Sie können das nicht; Anfragen in den Fabriken liefern ihnen nicht das dazu nöthige Material, zumal sie ja nur den kleinsten Theil der Betriebe zu inspiziren vermögen. Worauf also stützen sich ihre Behauptungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit? Auf Muthmaßungen, die dem Wunsche entspringen, etwas Angenehmes berichten zu können. Und daraus folgert dann die bürgerliche Presse, die Sozialdemokratie „flunkere“, daß die Arbeitslosigkeit eine starke sei. Zu solcher Folgerung gehört ebenso viel Unwissenheit wie Unverfrorenheit.

Mit chauvinistischen Glossen wendet sich das hiesige Bismarck-Organ gegen die Entschließung der Reichsregierung, die Einladung zu der französischen Weltausstellung von 1900 anzunehmen. Es wird bemerkt, daß man nicht wissen könne, was bis zur Jahrhundertswende geschehe; auch sei die politische Lage nicht so verändert, um Deutschlands Theilnahme an der Ausstellung als selbstverständlich erscheinen zu lassen; ein zu hohes Maß von Wohlwollen den Franzosen gegenüber sei mehr schädlich als nützlich, und wenn unsere Diplomatie ihr Geschäft einigermaßen verstehe, so werde es ihr nicht schwer fallen, Frankreich stets „in Schach zu halten, auch ohne daß man sich mit den Franzosen tiefer einläßt, als mit der Klugheit und der Würde des Deutschen Reichs vereinbar ist“.

Ebenso dumm wie erbärmlich!

Nochmals Duell und Ehrenrath. Der Düsseldorfer Ehrengerichts-Affäre, die durch das Inserat der beiden verabschiedeten Offiziere in die Oeffentlichkeit gebracht wurde, liegt nach einer Darstellung der „Kölnischen Zeitung“ folgender Vorfall zu Grunde:

„Vor einiger Zeit ereignete sich in einer spiritistischen Versammlung der Umstand, daß eine absichtliche Störung der Veranstaltung vorkam, obwohl alle Erschienenen ihr Ehrenwort abgegeben hatten, die Sache durchaus ernst zu behandeln. Der Thäterschaft wurde einer der Anwesenden beschuldigt, der sich dagegen wehrte und verschiedene Forderungen erließ. Einer der von ihm Geforderten erklärte, daß er die Forderung nicht annehme, weil der Andere sein Ehrenwort gebrochen habe, worauf der Letztere ihn thätlich insultirte. Hierfür hat der betreffende Herr, ein Gerichtsreferendar, der mittlerweile von Düsseldorf verschwunden ist, eine Geldstrafe von M. 10 erhalten; über den Bruch des Ehrenwortes fällte das Gericht keinen Spruch. Unter den Geforderten befanden sich ein Rittmeister a. D. und ein Premierlieutenant der Landwehr a. D. Dieserhalb hatte sich der Ehrenrath zunächst mit der Sache zu befassen, der den Herausforderer als satisfaktionsfähig erklärte. Die beiden genannten Herren lehnten gleichwohl die Annahme der Forderung ab, und so fand nochmals unter Aufbietung des ganzen Apparats eine mehrere Tage dauernde Sitzung des Ehrenrathes statt, deren Ergebniß nunmehr bekannt wird, und zwar durch die davon Betroffenen selber.“

Das Ergebniß war bekanntlich, daß der Ehrenrath das Duell — forderte, zur Begehung eines Verbrechens drängte!

Ueber „Tugendbolde des Zentrums“ unterhält der Reichstagsabgeordnete Dr. Sigl in seinem „Baier. Vaterland“, der kürzlich im Reichstage bei Berathung über die Zivilehe vom Abg. Gröber etwas scharf angefaßt wurde, seine Leser mit einer Korrespondenz aus der Schweiz:

„Es wäre Herrn Gröber besser angestanden, statt alten, von blutdürstiger, gehässiger Seite ihm eingeflüsterten Weibertratsch aufzutischen, sich in Erinnerung zu rufen, wie er im Jahre 1895 alle seine Juristenkniffe zu Hülfe nehmen und sich in Rechtsgutachten und Instruktionen die Finger wundschreiben mußte, um einen wegen Sittlichkeitsvergehen flüchtigen geistlichen Freund F. K. — der in Württemberg als Zentrumshammer galt — vor der vom Justizminister verlangten Auslieferung zu retten und ihm die sicher drohende fünfjährige Gefängnißstrafe zu ersparen. Alle Schweizer Blätter waren voll von dieser skandalösen Geschichte und viele Wochen lang zogen sich die Verhandlungen mit dem schweizerischen Bundesrathe und Gerichte hin; die öffentliche Meinung verlangte die Auslieferung des Verhafteten, der Vierwaldstättersee, an dessen Ufer sich dieser Skandal abspielte, verhüllte vor Scham sein sonst so heiteres Antlitz — und nur mit äußerster Noth, wegen einer formalistischen Spitzfindigkeit, konnte der Intimus Gröbers der drohenden Auslieferung entgehen, womit aber die Zentrumstugend keineswegs salvirt war. Ende der siebziger Jahre nistete ein württembergischer Adeliger, ein gewaltiger Zentrumsmann und regelmäßiger Besucher des Vatikans bei hohen Festen — mit seiner Maitresse, die er vor dem Polizeiamte als seine zur Linken angetraute Frau ausgab, am gleichen See herum. Sie war aber nichts als eine arme, aber bildschöne Handwerkerstochter, die mit ihrem aus diesem „Zuvielverhältnisse“ entsprossenen Kinde und ihrem Bruder — der zu knappen Zeiten bisweilen mit dem Faustrecht von ihr Geld zu erpressen suchte — von diesem edlen Tugendhelden und Lebemann zu seinem „noblen Vergnügen“ unterhalten wurde, bis wenigstens für hier die Polizei durch Ausweisung der Dulcinea zur Linken dem Skandal ein Ende machte.

„Man könnte nur noch fragen, wer der Erbe der antisemitischen Partei nach ihrem Zusammenbruch sein wird. Es ist wohl möglich, daß ein kleiner Theil der antisemitischen Wähler von den Konservativen zurückgenommen wird. Im Allgemeinen ist aber eine solche „Rück-Entwicklung" gegen die politische Erfahrung; eine Bewegung pflegt vielmehr auf Grund der ihr eigenen Trieb- und Schwer-Kraft vorwärts zu stürmen und sich bis in ihre letzten Konsequenzen zu entwickeln. So wird wahrscheinlich der Kampf gegen den jüdischen Kapitalisten sich zum Kampf gegen den Kapitalisten schlechthin erweitern, und damit ist besiegelt, daß die Sozialdemokratie die Hauptherbschaft antritt."

Das ist nicht „wahrscheinlich", sondern ganz gewiß!

Agrarische Kinderausbeutung. Aus der Provinz Sachsen theilt die „Soz. Praxis" folgenden Bericht eines Lehrers mit: Nicht nur die Kinder meiner Oberstufe werden im Gut beschäftigt, nein, auch die 7 bis 9jährigen Kleinen müssen schon von Mittags bis Abends in Hitze und Sonnenbrand mit hinaus in's Feld. Den Strafisten wird nicht Folge gegeben, denn Patron und Amtsvorsteher sind oft eine Person. Die Beispiele ließen sich noch häufen. Aber die Gutsherren sind mit den weitgehenden ihnen zustehenden Rechten der Kinderausbeutung noch nicht zufrieden. So verlangte man in der ostpreußischen Landwirthschaftskammer gleich bei ihrem ersten Zusammentritt: „Die Landwirthschaftskammer wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die neue Verfügung (vom 23. März 1886 und 29. Juni 1891) betreffs des Vermiethens schulpflichtiger Kinder zum Hüten aufzuheben und dahin Verfügung zu treffen, daß jeder mindestens zehn Jahre alte Junge zum Hüten vermiethet werden darf." Zwar gelangte der Antrag nicht zur Annahme; aber daß er überhaupt gestellt werden konnte und erst „nach eingehenden Erörterungen" am 6. Mai abgelehnt wurde, ist für die Werthschätzung der Schulbildung in Preußen karakteristisch. Mögen die Lehrer, wie auf dem Verbandstag in Pyritz, noch so dringend auf die Gefahren des Hütewesens hinweisen, durch das die Kinder körperlich, geistig und moralisch korrumpirt werden, mögen sie betonen, daß die Kinder dadurch vom Schulunterricht ferngehalten, nebenbei mit anderen Arbeiten im Hause und auf dem Felde überbürdet werden, daß sie oft nicht die nöthige Nachtruhe haben und zudem im Umgange mit rohen Knechten und Mägden sittlich verdorben werden — das macht Alles nichts; die Beschaffung billiger Arbeitskräfte für die Gutsbesitzer wird höher geachtet, als die Heranbildung einer tüchtigen nächsten Generation.

Die geistige Rückständigkeit der deutschen Bourgeoisie offenbart sich so oft, als sie mit sogenannten Geistesprodukten auf dem Markt erscheint. Bei Duncker und Humblot ist ein Buch von Dr. B. Rost über den „achtstündigen Maximalarbeitstag" erschienen. Ueber dieses Buch geräth die „Köln. Zeitung" förmlich in Begeisterung und empfiehlt ihren Lesern, dieses Werk zu studiren. Nun kann man mit Ben Akiba sagen: „Alles schon dagewesen". Denn das, was das rheinische Weltblatt aus diesem Buche mittheilt, hätte es auch in dem 1836 in Manchester erschienenen Buche von Sennior: „Letters on the Factory Act" finden können, nur mit dem Unterschied, daß Rost immer dort „Deutsche Industrie" schreibt, wo Sennior „Englische Industrie" geschrieben hat. Wie schlagend hat, nach der Ansicht der Fabrikanten, Sennior damals nachgewiesen, daß die ganze englische Industrie vom Erdboden verschwinden werde, wenn sie gezwungen würde, die Arbeiter weniger als 12 Stunden täglich auszubeuten! Dort ist der Zehnstundentag gekommen und die englische Industrie blüht und gedeiht nach wie vor. Daß die Thatsachen Sennior für alle Zeit blamirt haben, hält die deutschen Soldschreiber des Kapitals nicht ab, genau 60 Jahre später den alten Kohl aufzuwärmen. In dem Aufsatz heißt es:

„Wohl reden die sozialistischen Wortführer und ihre klerikalen Nebenbuhler sich ein, daß der Achtstundentag das beste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit sein werde; ob aber die deutsche Industrie in der Lage ist, die gewaltige Belastung, die ihr damit aufgebürdet würde, zu ertragen, darüber machen sich jene Volksbeglücker, die gewohnt sind, aus fremdem Leder Riemen zu schneiden, keine Sorge, und ihren Gläubigen verschweigen sie wohlweislich, daß die deutsche Arbeiterschaft, wenn die Regierung sich zu weiteren Versuchen in dieser Richtung drängen ließe, die Kosten zu bezahlen hätte. Der Verfasser des oben erwähnten Buches kommt an der Hand sorgfältiger Untersuchungen zu dem Schlusse, daß für das Deutsche Reich einstweilen nach seiner wirthschaftlichen Lage nicht einmal die Frage eines gesetzlichen Elfstundentages spruchreif sei. Wir pflichten ihm darin bei, und so sehr wir für die körperliche und geistige Gesundung der Arbeiterschaft eine maßvolle Beschränkung der täglichen Arbeitsdauer für erwünscht halten, so glauben wir doch im wohlverstandenen Interesse der deutschen Arbeiter zu handeln, wenn wir zur Zeit den Versuch, von Staats wegen einen Normalarbeitstag einzuführen, als einen unreifen und gefährlichen Gedanken bekämpfen."

Daß der Arbeiter nothwendig 12 Stunden ausgebeutet werden muß, um die Existenz der Industrie zu sichern, können die Nachbeter Senniors nicht mehr behaupten, weil die Arbeiter in manchen Betrieben sich schon einen kürzeren Arbeitstag erobert haben, und deshalb schließt der Artikel mit folgenden bemerkenswerthen Sätzen:

„Schon heute ist das, was im Jahre 1877 von sozialdemokratischer Seite als Maximalarbeitsdauer gefordert wurde, in zahlreichen Betrieben durch die einsichtsvolle Entschließung der Unternehmer verwirklicht, und falls die Regierung nicht durch unzeitgemäße Bevormundungsversuche die heimische Industrie dem Auslande gegenüber in's Hintertreffen bringt, so steht zu erwarten, daß ohne staatliches Zuthun diese auf Verminderung der täglichen Arbeitszeit gerichtete Entwicklung einen ruhigen und erfreulichen Fortgang nehmen wird."

Also, das sind die einsichtsvollen Unternehmer, welche ihren Arbeitern eine kürzere Arbeitszeit bewilligen. Da müßte doch selbst nach der Logik der „Kölnischen Ztg." der Staat das Recht haben, Diejenigen, welche aus Mangel an Einsicht die Arbeiter in ihrer Gesundheit und Existenz schädigen, zu zwingen, dasselbe zu thun, was Andere aus höherer Einsicht gethan haben. Karakteristisch für das geistige Niveau unserer Bourgeoisie ist es, daß sie das als „geistige Großthaten" feiert, was in anderen Ländern mit Recht als Krähwinkelei bezeichnet wird.

Der Bürgermeister von Carmaux wurde am Dienstag verhaftet, als er eben einen Erlaß unterzeichnete, der befahl, eine vor dem Hause eines Vereins republikanisch-fortschrittlicher Richtung errichtete Empore abzureißen. Der Haftbefehl gründete sich auf angebliche Beleidigungen der Behörden und der Regierung seitens des Bürgermeisters. Die fragliche Empore war errichtet worden, um auf derselben ein Feuerwerk zur Feier des Nationalfestes abzubrennen, und der Bürgermeister hatte seine Erlaubniß hierzu verweigert mit der Begründung, daß der Gemeinderath den Beschluß gefaßt habe, die Nationalfeier nicht zu begehen. In Folge dieses Zwischenfalles herrscht ziemliche Erregung in der Stadt. Unsere Genossen hielten zahlreiche Versammlungen ab, worin gegen das Verfahren der Regierung Einspruch erhoben wurde. Eine Gruppe beschloß, sich durch den Gemeinderath an die Gensdarmeriebehörde zu wenden und die Freilassung des Bürgermeisters zu fordern. Den hiermit beauftragten Gemeindebeamten wurde die Freilassung jedoch verweigert.

Die Mehrheit der Bevölkerung von Carmaux ist sozialistisch. Nun, da die sozialistischen Behörden einmal dasselbe thun, was die Bourgeoisbehörden so oft gethan haben, ist die Aufregung groß. Wir billigen es keineswegs, wenn Menschen an dem Ausdruck ihrer Gesinnungen gehindert werden, aber es ist zu verstehen, wenn die Bourgeois, welche stets die Behörden in Bewegung setzen, wenn Arbeiter ihre Feste feiern, einmal mit den von ihnen selbst geschaffenen Mitteln bedient werden. Karakteristisch für die Zustände in der Bourgeoisrepublik ist es, daß die Zentralbehörden sofort eingreifen, wenn ein Kommunalbeamter von der ihm zustehenden Gewalt Gebrauch macht.

Der vierte Nationalkongreß der italienischen Sozialdemokratie. Den 11. ds., 10 Uhr Vormittags, eröffnete der vierte italienische Parteitag seine Berathungen zu Florenz. Er erhält seine Bedeutung durch den Umstand, daß unsere italienischen Genossen zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch des Crispi'schen Gewaltregimes berathen, daß es jetzt gilt, gegenüber einer durch und durch reaktionären Regierung, wenngleich sie auf die Zusamien Crispis nothgedrungen Verzicht leisten mußte, die richtige Taktik und die richtige Methode zu finden, die erforderlich sind, das Parteileben wieder in sein normales Bett zu bringen. Der heutige Parteitag zeigt, welche Entwicklung, welche Fortschritte die Arbeiter Italiens gemacht. Ihr erster Parteitag (August 1892) zu Genua fand noch trübe, verworrene Verhältnisse. Die erste Sitzung verlief fruchtlos in Folge der Skandale, die die Anarchisten anzettelten, sie wollten durchaus festgesetzt haben, daß nur ein Handarbeiter Präsident sein dürfe. Da die Skandale planmäßig angelegt waren, verließen 150 Delegirte den Berathungssaal und konstituirten sich als selbstständiger Kongreß. Aus diesem Kongreß ging die „Partei der italienischen Arbeiter", die Grundlage der heutigen Sozialdemokratie, hervor. Der ursprüngliche, nunmehr zur Rumpfversammlung gewordene Kongreß führte seine Berathungen, jetzt nur aus Anarchisten und Korporativisten (Anhängern der Produktivgenossenschaften) bestehend, ebenfalls zu Ende und gründete eine Partei, die aber nach zwei oder drei Monaten selig entschlief. Eine dritte Gruppe, darunter der heutige Deputirte Costa, trennte sich von beiden Richtungen und konstituirte sich als „eklektische Sozialisten". Also ein recht betrübendes Bild von Uneinigkeit und Zerklüftung. Einen hocherfreulichen Fortschritt zeigt der zweite Kongreß in Reggio Emilia (September 1893), die Einigung ist vollzogen. Die Anarchisten sind abgethan; blos ein Delegirter spricht für ihre Zulassung, Es wird eine vollständig unabhängige Haltung bei den Wahlen, Opposition gegen jede bürgerliche Regierung beschlossen. Der „humanitäre Regierungssozialist Maffei", eines der Haupthindernisse einer gesunden proletarischen Bewegung, wird endgültig beseitigt. Garibaldi Bosco überbringt zum ersten Mal die Grüße der sizilischen Proletarier. Unter Ausnahmeverhältnissen, die Verfolgungswuth der Crispi-Bande hatte damals ihren Gipfelpunkt erreicht, fand im Januar 1895 der dritte Parteitag in Parma statt. Er mußte geheim abgehalten werden; in einem kleinen, versteckten Lokal wurden die Grundzüge der durch den Belagerungszustand nothwendig gewordenen neuen Organisation festgestellt, während die Polizei ringsum fieberhaft, aber vergeblich nach den Kongreßmitgliedern fahndete. Nun tagen unsere Genossen in Florenz. Nachstehend geben wir ein Bild der Verhandlungen dieses Parteitages:

Es sind ungefähr 300 Delegirte, außerdem Vertreter der Journalistik und drei Polizisten anwesend. Gegen die Anwesenheit der Letzteren protestirt der den Parteitag eröffnende Genosse, weil sie eine Gesetzesverletzung sei. Es wird das Büreau gewählt, unter Anderen auch der sizilianische Märtyrer Bernardino Verro. Genosse Abgeordneter Agnini erstattet den Bericht der parlamentarischen Fraktion. Dieser Bericht umfaßt eine dreijährige Thätigkeit, seit der Bildung der Fraktion im Jahre 1893. Die Fraktion zählte bis zu den Wahlen im Anfang 1896 fünf Mitglieder, die aus persönlichen Gründen nicht alle aktiv thätig sein konnten. In diese Periode fielen Ereignisse, die die ganze Fäule der gesellschaftlichen Ordnung aufdeckten, der Bankenskandal, der Sturz Giolittis, sein Ersatz durch Crispi. Als die Metzeleien in Sizilien begannen, versuchten zwei Mitglieder der Fraktion, nach Sizilien zu gelangen; sie wurden mit Gewalt an der Ausschiffung verhindert. Alle Interpellationen und Anträge der Gruppe blieben erfolglos. Trotz der unerhörten Schwindeleien bei der Zusammensetzung der Wählerlisten erzielten die Sozialisten bedeutende Fortschritte. Als nach den Niederlagen in Afrika Crispi durch Rudini ersetzt wurde, verlangten die sozialistischen Abgeordnete allgemeine Amnestie, Versetzung des Ministeriums in den Anklagezustand, Beendigung des afrikanischen Abenteuers. Die Deputirten betrieben auch nach Kräften das Werk der Agitation und Propaganda. Es entspinnt sich eine lebhafte Debatte, in der einerseits der Umstand beklagt wird, daß die sozialistischen Deputirten nicht immer in der Kammer erscheinen, andererseits aber auch, daß ihr Eingreifen bei Agitationen, Streiks und dergleichen gebraucht wird. Schließlich wird den sozialistischen Deputirten der Dank votirt und der Wunsch ausgesprochen, daß man ihnen durch Zuwendung von Diäten ermögliche, sich voll und ganz der parlamentarischen Arbeit hinzugeben; darum sollen sie auch in der außerparlamentarischen Arbeit möglichst durch andere Kräfte ersetzt werden. Ausdrücklich wird betont, daß durch das Vertrauensvotum den Beschwerden über den Deputirten De Felice nicht vorgegriffen werden soll. — Genosse Dell' Avalle erstattet den Bericht der Exekutivkommission der Partei. In Italien bestehen heute 450 Organisationen in zirka 420 Kommunen, mit ungefähr 21 000 eingeschriebenen Mitgliedern; die Zahl der Parteijournale beträgt 27. — Genosse Bertini erstattet den Finanzbericht. Die Einnahmen betrugen 38 600 Lire 24 Centesime, die Ausgaben 29 600 Lire 4 Centesime. Der Parteitag beschließt, monatlich 350 Lire den Genossen in der Kammer zuzuwenden.

In der Sitzung vom 12. d. fand die Debatte über die zweckmäßigste Form der Organisation statt, theilweise schon in der vorhergegangenen Sitzung begonnen. Die Debatte war eine sehr lebhafte. Genosse Ferri sprach für Organisation auf ökonomischer Grundlage, Genosse Lazzari für politische Organisation. Schließlich wurde mit 137 von 255 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, die für eine Organisation der Arbeiter nach Wahlbezirken und mit Berücksichtigung der wahltechnischen Erfordernisse eintritt. Professor Sabriola legt ein Minimalprogramm vor, dessen Berathung dem nächsten Kongreß vorbehalten wird. Am Nachmittag kam die ländliche Agitation zur Sprache. Es wurden Beschlüsse gefaßt zur Organisation der Theilpächter und Kolonen, sowie auch der Post- und Telegraphenbeamten.

Was insbesondere die Debatte über die Organisation und die diesfalls zum Beschluß erhobene Resolution anlangt, so ist zum Verständniß zu bemerken, daß der Parteitag von Parma das Prinzip der persönlichen Zugehörigkeit zur Partei aufgestellt hatte. Es galt jetzt nun die Form zu finden, in der solche Zugehörigkeit kollektiv erklärt werden könne. Die Majorität fand diese Form in den „politischen Organisationen", wie wir sagen würden, von der Ansicht ausgehend, daß die rein wirthschaftlichen Organisationen, wie besonders die Kooperativgenossenschaften mit ihrer höchst schwankenden und von der jeweiligen Geschäftslage abhängigen Stärke, keine feste Basis abgeben könnten. Die Vertreter namentlich der südlichen Provinzen traten besonders für die Form der sozialistischen Lesezirkel und Unterhaltungsvereine ein. — Die Anträge, betreffend das Minimalprogramm der Partei, begründet von Labriola und Sohn, wurden einstweilen noch zurückgestellt; ihre Einbringung wurde damit begründet, daß die Partei gegenwärtig eine Unzahl solcher Minimalprogramme, für die Zwecke jeder einzelnen Wahl aufgestellt, besäße, und daß diese Programme oft die Wünsche aller möglichen Parteien enthielten. — Die Debatte über die Agitation in den ländlichen Bezirken brachte vor Allem die Betonung des Umstandes, daß die agrikolen Verhältnisse des Landes außerordentlich verschiedene sind: Latifundien, mittlerer, kleinerer Besitz, Zwergbesitz, Pächter, Theilpächter. Auch hier gingen die Meinungen auseinander, wie weit man den Ansprüchen des kleinen Besitzers entgegenkommen dürfe. Die angenommene Resolution fordert insbesondere die Gründung von Widerstandsorganisationen der Theilpächter und von Konsumgenossenschaften zwischen Arbeitern und Landleuten. — Ueber die Sitzung vom 13. d. berichten bürgerliche Blätter: In der Debatte über die von der Partei zu beobachtende Wahltaktik sprach sich die überwiegende Majorität für unbedingt selbstständiges Vorgehen aus; bei Stichwahlen ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Weiter kamen die Beschwerden wider den Deputirten De Felice zur Sprache, insbesondere, daß er für das Ministerium Rudini gestimmt habe. — De Felice vertheidigte sich gegen diese Anwürfe und erklärte am Nachmittag seinen Beitritt zu sämmtlichen vom Parteitag während seiner Abwesenheit gefaßten Beschlüssen.

Mit den Aufständen auf Kreta beschäftigte sich das englische Unterhaus. Curzon erklärt, der britische Konsul auf Kreta, Biliotti, habe den in London ausgedrückten Wunsch des kretischen Hülfsfondskomites, betr. die Errichtung eines internationalen Hülfsausschusses für Kreta, als unpraktisch bezeichnet. Es hätte übrigens jedem Konsul der übrigen Mächte freigestanden, an seiner (Biliottis) Hülfsreise theilzunehmen. Ferner berichtete Biliotti über zahlreiche Zusammenstöße zwischen den Christen und Mohammedanern in der Nähe von Rettimo, die auf beiden Seiten Verluste herbeigeführt hätten; auch werde von den Christen darüber geklagt, daß die Mohammedaner, nachdem sie den Militärkordon durchschritten, Christendörfer niederbrennen. Die britische Regierung wisse nicht, wie weit hiervon Abdullah Pascha unterrichtet sei. Weiter habe der Konsul berichtet, daß die Christen in der Nähe des Kalywes am 12. Juli einen Offizier und neun Mann eines türkischen Kanonenbootes erschossen hätten, die die Boote der Eingeborenen nach Munition durchsuchen wollten. Das Kanonenboot bombardirte während neun Stunden die Küste, aber keine Christendörfer. Um die zehn Leichen zu erlangen, marschirten die Truppen am Kalywes am 13. und 14. Juli landeinwärts, worauf ernste Kämpfe erfolgten. Einzelheiten fehlen. Die Vertreter der Großmächte richteten heute an die Pforte ernste Vorstellungen und empfahlen ihr dringend, daß das Militär gemäß der von ihr eingegangenen Verpflichtung sich völlig defensiv verhalte.

Die Bewegung unter der ländlichen Bevölkerung Rußlands scheint an Stärke und Ausdehnung zu gewinnen. Uebereinstimmend wird aus verschiedenen Gebieten: von jenseits der Wolga, aus Kleinrußland, aus dem Mittelgürtel, endlich aus Weißrußland, gemeldet, daß breite Schichten der Landbevölkerung von dem Triebe erfaßt seien, auszuwandern. Insbesondere sind im verflossenen Jahre aus dem Orlow'schen Gubernium über 13 000 Familien mit 87 000 Seelen nach Sibirien ausgezogen. Im Gubernium Poltawa sind während des Vorjahres für 40 000 Seelen Auswanderungsgesuche eingereicht worden. Die Lage der umsiedelnden Bauern ist auf der Reise in Folge der unzureichenden Verkehrsmittel eine sehr traurige. Sie leiden Hunger und Elend aller Art, müssen in der Nähe der Bahnhöfe zuweilen tagelang auf Beförderung warten und führen dabei ein Nomadenleben unter freiem Himmel. Kein Wunder, daß die Sterblichkeit, besonders unter den Kindern, sehr groß ist. Die Ursachen dieses starken Wandertriebes sind mancherlei Art. Zunächst der „Landhunger", da das dem Muschik zur eigenen Bebauung überwiesene Besitzthum gering ist und bei der Bevölkerungszunahme naturgemäß in ein immer ungünstigeres Verhältniß tritt. Während nun früher ein Theil der Bevölkerung im Sommer in die südlichen Provinzen ging, um durch Aushülfe bei der Heu-Ernte u. s. w. sich Tagelohn zu verdienen, ist dieser Erwerbszweig durch die Einfuhr landwirthschaftlicher Maschinen sehr bedeutend beschnitten. Nach einem Ausweise des Cherson'schen Semstwo gelangten über Odessa an ausländischen Maschinen zur Einfuhr: in Tausenden Pud 50 im Jahre 1892, 130 im Jahre 1893, 265 im Jahre 1894. Im Prisowski'schen Kreise führte man an landwirthschaftlichen Maschinen ein 435 Stück im Jahre 1892, aber in den beiden folgenden Jahren zusammen mehr als 6000. Diese Umbildung der wirthschaftlichen Verhältnisse Rußlands verdient ernste Beachtung. Wäre die Industrie dort so entwickelt wie in Westeuropa, so würde ein Zusammenströmen der Bevölkerung vom Lande zur Stadt auch in Rußland eintreten und die Besiedelung Sibiriens noch lange auf sich warten lassen.

Hamburger Neuigkeiten.

Hamburg, 17. Juli.

Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe. Der Bundesrath hat auf Grund des § 105 d der Gewerbeordnung nachstehende, mit dem Tage der Verkündigung in Kraft tretende Bestimmung, betreffend Ausnahmen von dem Verbot der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, beschlossen: In der Tabelle, welche der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895, betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, beigefügt ist, erhält die Gruppe E (Forstwirthschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Fette, Oele und Firnisse) unter Ziffer 10 folgenden Zusatz:

Gattung der Betriebe.	Bezeichnung der nach §105d zugelassenen Arbeiten.	Bedingungen, unter welchen die Arbeiten gestattet werden.
1.	2.	3.
10) Fischmehl und Fischthran-Fabriken	Der Betrieb während der Zeit vom 1. Septbr. bis zum 1. März. Diese Ausnahme findet auf das Weihnachtsfest keine Anwendung.	Die den Arbeitern zu gewährende Ruhe hat mindestens zu dauern: entweder für jeden zweiten Sonntag 24 Stunden oder für jeden dritten Sonntag 36 Stunden oder, sofern an den übrigen Sonntagen die Arbeitsschichten nicht länger als 12 Stunden dauern, für jeden vierten Sonntag 36 Stunden. Der Reichskanzler ist befugt, Abweichungen hinsichtlich der Dauer der Ruhezeit zuzulassen; dieselbe muß jedoch für jeden Arbeiter mindestens die Gesammtdauer seiner auf die zwischenliegenden Sonntage fallenden Arbeitszeit erreichen. Ablösungs-Mannschaften dürfen 12 Stunden nach und vor ihrer regelmäßigen Beschäftigung zur Arbeit nicht verwendet werden. Die denselben zu gewährende Ruhe muß mindestens das Maß der den abgelösten Arbeitern gewährten Ruhe erreichen.

Konkursverfahren. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Gottfried Pohly, Eimsbüttel, Bismarckstraße 121, in Firma Heinrich Pohly in Mannheim, B. 6 Nr. 16, ist am 16. d., Nachmittags 2½ Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Buchhalter G. O. Herwig, Knochenhauerstraße 8, ist für den hiesigen, der Kaufmann Georg Fischer in Mannheim für den dortigen Geschäftsbetrieb zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 29. August 1896 bei dem Gerichte anzumelden.

Während der Bauausführungen der Fischmarktanlage am St. Pauli Markt- und Landungsplatz ist das Anlegen von Fahrzeugen dortselbst in der Ausdehnung des Bauplatzes, sowie das Anbinden derselben an die dortigen Baugerüste verboten. Zuwiderhandelnde werden in Gemäßheit des § 366 pass. 10 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafe bis zu M. 60 oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Submissionsausschreiben. Die Lieferung von Steinkohlen für die Deputation für Handel und Schifffahrt; die Erneuerung der östlichen Holzvorsetze nebst Treppenanlage, sowie der südwestlichen Holzvorsetze bei der Guanofleetbrücke an der Norderelbstraße auf Steinwärder; die Errichtung eines Steigerthurmes auf dem Hofe der Feuerwache 3 an der Glacis-Chaussee; die Erd-, Maurer-, Zimmerer- und Eisen-Arbeiten zum Bau des chemischen und physikalischen Staats-Laboratoriums, des hygieinischen Instituts, des zu demselben gehörigen Stallgebäudes und vorbehältlich der Bewilligung des Anbaues der Nahrungsmittel-Kontrolstation durch Senat und Bürgerschaft; die Herstellung des Unterbaues zur Verbreiterung der Brücke über den Nordkanal in der Hammerbrookstraße; die Herstellung einer versteiften Spundwand am Werftkanal auf Steinwärder sollen im Submissionswege vergeben werden. Die Bedingungen nebst Zeichnung sind im Vorzimmer der Finanzdeputation werktäglich von 10 bis 4 Uhr ausgelegt.

Aus dem Wochenbericht über die medizinische Statistik des Hamburgischen Staates. A. Stadt. In der Woche vom 28. Juni bis zum 4. Juli wurden hier 406 lebendgeborene (Zunahme gegen die Vorwoche 11), 12 todtgeborene (Abn. 1), darunter 358 eheliche (Abn. 8) Kinder angemeldet. — Es erkrankten in der Woche vom 5. bis 11. Juli: An Blattern 1 (Zun. 1), an Scharlach 15 (Abn. 2), an Masern und Rötheln 221 (Abn. 28), an Keuchhusten 35 (Abn. 18), an Unterleibstyphus 14 (Abn. 4), an Diphtherie und Croup 20 (Zun. 4), an Kindbettfieber 1 (Abn. 1), an Wechselfieber 1 (Zun. 1), an Brechdurchfall 9 Kinder bis zu 5 Jahren (Abn. 2) und 3 Erwachsene (Abn. 1). — Es starben in der Woche vom 5. Juli bis zum 11. Juli 209 (Zun. 2) Personen, darunter im ersten Lebensjahre 81, auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet in der Berichtswoche 17,4, in den Jahren 1881 bis 1890: 25,9. Todesursachen waren: An Scharlach 0 (Abn. 1), an Masern und Rötheln 2 (Abn. 7), an Keuchhusten 5 (Zun. 4), an Unterleibstyphus 3 (Abn. 1), an Diphtherie und Croup 0 (Abn. 3), an Kindbettfieber 1 (Zun. 1), an Schwindsucht 23 (Abn. 3), akuten Erkrankungen der Athmungsorgane 36 (Zun. 22), akuten Darmkrankheiten 25 (Abn. 4), darunter 22 Kinder bis zu einem Jahre (Abn. 7), an allen übrigen Krankheiten 98 (Abn. 17), an gewaltsamem Tod 16 (Zun. 3) Personen. — B. Landgebiet: Es wurden in der Woche vom 28. Juni bis 4. Juli 40 lebendgeborene und 1 todtgeborenes, darunter 34 eheliche Kinder, angemeldet. — Es erkrankten 35 Personen; es starben 9 Personen, darunter 3 Kinder im ersten Lebensjahre.

Im Ernst Drucker-Theater ging gestern zum ersten Male das Volksstück von Weirauch „Der stolze Heinrich", oder: „Fidele Droschkenkutscher" in Szene. Das Stück unterscheidet sich von den in der letzten Zeit im Ernst Drucker-Theater gegebenen dadurch, daß es nicht grade ein Aufsehen erregendes Tagesereigniß behandelt und daher für manchen ständigen Theatergast des Interesses entbehrt. Es erhebt sich übrigens auch keineswegs über das Durchschnittsmaß dessen, was in solchen „Volksstücken" geboten wird. Besonders lobend anzuerkennen ist das durchweg recht gute Spiel der Aktöre, die den reichlich gespendeten Beifall vollauf verdienten. Oskar Fürst, der mit unverwüstlicher Komik den „stolzen Heinrich" gab, trug wesentlich zum Gelingen des Ganzen bei; doch war, wie schon erwähnt, jeder der Mitwirkenden an seinem Platz und eifrig und mit gutem Erfolge bemüht, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Die nach Schluß der Vorstellung angezeigten Solovorträge des Herrn Oskar Fürst mußten leider in Folge einer leichten Indisposition des beliebten Künstlers auf einen beschränkt bleiben. Für diesen, den Vortrag von „Musik der armen Leute", zeigte sich das Publikum aber um so dankbarer und spendete dem gern gesehenen Gast reichen Beifall.

Zu dem Streit um die Firma „Hamburger Engroslager" macht die Firma M. J. Emden Söhne nachstehende Mittheilung: „Die nach Berliner Zeitungen geschilderte Prozeßsache gegen Julius Leopold in Berlin wegen des Waarenzeichens „Hamburger Engros-Lager" ist noch lange nicht durchgeführt. Es liegen nur zwei widersprechende Erkenntnisse des Berliner Landgerichts vor, das Kammergericht hat sich mit der Sache bisher noch gar nicht befaßt, konnte mithin auch noch keine Strafverfügung aufheben. Der erste Termin beim Kammergericht findet am 4. August statt."

Verklarung. Schiffer J. Creamer vom Dampfschiff „Oregon", kommend von Montreal, wird am Sonnabend, 18. Juli, um 2 Uhr Nachmittags, seine Verklarung belegen.

w. **Vom Hafen und von der Schifffahrt.** Als der Fährdampfer „Martini" gestern Abend vom Kaiserhöft abfahren wollte, rannte ihn der Schleppdampfer „John", der Firma Brückmann gehörig, derartig an, daß der Fährdampfer am Heck bedeutend beschädigt wurde. Der „John" ist mit leichten Beschädigungen am Vordersteven davongekommen. — Der Dampfer „Prussia" von der Hamburg-Amerikalinie gerieth, als er von New-York auf der Elbe eingetroffen war, bei Schulau auf Grund. — Eine Jolle, die dem Heuerbaas Loose am 12. Juli abhanden kam, ist gestern Abend bei den Vorsetzen aufgefunden worden. — Aus dem Fahrzeuge sind die Riemen, Haken, Duchten und mehrere Flaschen Kognak entwendet worden. — Aus der Bude eines Händlers am Dresdenerufer wurden in letzter Nacht zwei Oelzeuge, Tischlerhandwerkszeug, Frauenschürzen und Häkelzeug entwendet. — Der bei der Freihafen-Lagerhaus-Gesellschaft beschäftigte Arbeiter F. Antonia stürzte zu Boden und erlitt einen Unterschenkelbruch. Der Verletzte fand im Seemanns-Krankenhause Aufnahme. — Zwei Männer, die im Freihafen Diebstähle an Kaufmannsgütern ausgeführt haben, wurden verhaftet. — Bei einem im Freihafen abgehaltenen Streifzug sind 19 Männer und eine Frau verhaftet worden. Mehrere von den Verhafteten wurden schon längere Zeit gesucht. — Bei der Ankunft des Dampfers „Leopold Wille", welcher von Kamerun hier eintraf, ist fast die ganze Mannschaft des Schiffes nach dem Krankenhause gebracht worden, da die Leute erkrankt sind.

w. **Aufgefunden** wurde gestern die Leiche des Mannes, welcher sich am Sonntag mit seinem Bruder badete und vor den Augen seiner Familie ertrank. Buttfischer fanden seine Leiche auf Klein-Schweinsand im Schilfe vor, wo dieselbe mit der Fluth aufgetrieben war.

w. **Unfreiwillige Elbfahrt.** Ein Schauermann war auf dem nach Afrika bestimmten Dampfer „Afrika" im Raum eingeschlafen und hatte nicht bemerkt, daß seine Kollegen von Bord gingen, das Schiff losgemacht wurde und von hier abfuhr. Als der Dampfer bei Brunshausen ankam und Anker warf, erwachte der Schlafende und eilte an Deck. Zum Glück für den Mann waren die Luken nur angelegt, da der Dampfer noch einige Kisten Pulver auf der Unterelbe übernehmen wollte. Diese Kisten wurden nun von dem Schleppdampfer „Ewerführer" aus an Bord gebracht und wandte sich der unfreiwillige Passagier an den Führer des Schleppdampfers, ihn doch mit nach Hamburg zu nehmen. Da aber der Schleppdampfer unter Zollflagge war und die Zollbehörde nicht duldet, daß solche Schiffe Leute von Bord eines Schiffes mitnehmen, weigerte sich der Steuermann. Es wurde der Zollkreuzer „Forelle" herbeigerufen und den Zollwächtern das Mißgeschick des Mannes mitgetheilt, worauf diese gestatteten, den Mann mitnehmen zu dürfen.

w. **Sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum** als Arbeiter bei der Firma Helmers u. Konsorten feiert heute der Arbeiter Fritz Decker. Von dem Arbeitgeber ist dem Jubilar ein namhaftes Geldgeschenk gemacht worden.

z. **Um eine schnellere Depeschenbeförderung zu erzielen,** werden jetzt im Bestellbezirk Eilbek, der ein sehr ausgedehnter ist, die Telegramme von einem radelnden Beamten an ihre Adressen befördert.

z. **Unglücksfall.** Heute Morgen hatte ein an der Wandsbeker Chaussee wohnender Arbeiter das Malhör, auf seinem in Harvestehude belegenen Arbeitsplatz von einer Leiter zu stürzen. Der Verunglückte, der einen doppelten Schenkelbruch erlitten hat, wurde dem Krankenhause zugeführt.

Radlerpech. Auf dem Neuen Steinweg gerieth gestern Abend 6½ Uhr ein Radler unter ein Fuhrwerk. Er selbst kam gut davon, sein Zweirad aber wurde zertrümmert.

Ein netter Kousin. Ein 16jähriger Mensch forderte einen Töpfergesellen zur Theilnahme an der Beraubung der am Kuhberg wohnenden Kousine des Menschen auf. Der Töpfergeselle ging scheinbar darauf ein, erstattete aber der Polizei Anzeige, welche den Menschen verhaftete und feststellte, daß er bereits am 11. d. M. seine Kousine überfallen und mit einer Schlinge zu erwürgen versucht hatte. Die Kousine hatte um Hülfe gerufen und sich aus den Händen ihres Kousins befreit, die Anzeige aber aus verwandtschaftlichen Rücksichten unterlassen.

Unfälle. In Folge eines Fehltritts fiel der zehnjährige Johannes Friedrich Wöhlert gestern Abend 9 Uhr, als er den Anstandsort unter der Brücke beim Alten Waisenhause aufsuchen wollte, in's Wasser. Ein Schiffer rettete ihn. Er wurde im Kurhause mit trockenen Kleidern versehen und dann in die Wohnung der Eltern in der Ersten Neumannstraße gebracht. — Der am Großneumarkt wohnende Arbeiter Paul Jakobs glitt gestern Abend in der Mühlenstraße aus und verletzte sich schwer am linken Fuß. Er wurde in seine Wohnung gebracht.

Er bleibt der Alte. Ein wiederholt wegen Diebstahls vorbestrafter Tapezierergehülfe, der zuletzt zu 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde, die er jedoch nicht vollständig verbüßte, weil ihm im vorigen Jahre der Rest der Strafe in Gnaden erlassen wurde, ist jetzt wieder bei einem Einbruchsdiebstahl abgefaßt und deshalb in Haft genommen worden.

Von der Verhaftung zweier Arbeiter, die beim Verkauf von Handwerkzeug angehalten wurden, das sie beim Alsterglacis gefunden haben wollten, berichteten wir gestern. Die Wahrheit der Angaben der Verhafteten hat sich ergeben. Ein Handwerker hatte das Werkzeug, mit dem er sich nicht abschleppen wollte, am Alsterglacis versteckt, um es am nächsten Tage dort wieder abzuholen.

Selbstmord. In Folge von ehelichen Zwistigkeiten nahm gestern Morgen die Frau eines in der Ersten Marienstraße 5 wohnhaften Arbeiters eine Phosphorlösung zu sich, um sich zu vergiften. Ein requirirter Arzt erkannte sofort den Zustand der Frau und brachte Gegenmittel in Anwendung. Die

Mädchen in Ottensen für Rechtsschutz M. 650 zu gewähren. Da die übrigen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt wurden, erfolgte Schluß der Versammlung, die sich trotz der drückenden Wärme fast in ihrer ganzen Stärke zusammen gehalten hatte.

Eine für Wirthe wichtige Entscheidung traf heute die Ferienstrafkammer II des hiesigen Landgerichts. Der Wirth von Neu-Rainville, D. Köster, bei bei dem vielfach Hochzeiten abgehalten werden, hatte zwei Hochzeiten, bei welchen auch getanzt worden ist, nicht angemeldet, wozu er nach Ansicht der Polizei verpflichtet war. Durch ein polizeiliches Mandat wurde er nicht nur verpflichtet, für jede Hochzeit eine Tanzabgabe von M. 18, sondern auch für Nichtanmeldung derselben je M. 6 Strafe zu entrichten. Köster beantragte gerichtliche Entscheidung und erklärte in der darauf stattfindenden Schöffengerichtsverhandlung, daß er die Hochzeiten nicht angemeldet habe, um in der Sache eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Seiner Ansicht nach sei er zur Anmeldung nicht verpflichtet, da es sich bei einer Hochzeit nicht um ein Tanzvergnügen handle, welches der Abgabepflicht unterliege. Das Schöffengericht schloß sich seiner Meinung an und erkannte auf kostenlose Freisprechung. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein und heute beschäftigte sich das Landgericht mit der Sache. Der Staatsanwalt beantragte die Bestrafung des Angeklagten, wohingegen Rechtsanwalt Baur die Ansicht vertrat, daß die Berufung verworfen werden müsse. Durch Heranziehung höchstrichterlicher Erkenntnisse wies er nach, daß es sich bei Hochzeiten nur um private Veranstaltungen handle, zu welchen die Theilnehmer nicht beizusteuern hätten und daß dieselben den privaten Karakter nicht verlieren, wenn sie in Wirthschaften abgehalten werden. Das Tanzen bei diesen Anlässen sei daher als eine abgabepflichtige Tanzlustbarkeit nicht zu betrachten. Das Landgericht schloß sich dieser Auffassung an, erkannte auf Verwerfung der Berufung und verfügte gleichzeitig die Zurückerstattung der dem Angeklagten erwachsenen nothwendigen Auslagen. Ob nun die Polizei die zu Unrecht erhobenen Abgaben bei Hochzeiten wieder herausrückt?

In der letzten Sitzung der Kommission für Gas- und Wasserversorgung kam auch die Entlassung der 22 Arbeiter zur Sprache. Nach dem darüber veröffentlichten Bericht wurde gesagt, daß die Entlassung der Arbeiter eine Nothwendigkeit gewesen wäre, da sie überflüssig geworden seien. Daß es grade die alten Arbeiter sein mußten, welche entlassen wurden, darüber sprach man sich nicht aus. Aber die Behauptung wurde aufgestellt, daß man auch für die Entlassenen gesorgt habe, indem man mit einem Gasröhrenleger das Abkommen getroffen habe, sie gegen einen Lohn von M. 3,50 täglich in Arbeit zu nehmen. Darauf hätten sie sich aber nicht eingelassen. Wir sind gespannt, was die entlassenen Arbeiter dazu sagen werden. In der Sitzung wurde auch noch getadelt, daß die frühere Gas- und Wassergesellschaft für die Arbeiter nichts gethan hätte. Der Tadel ist ja recht billig, aber jedenfalls wäre es besser, statt zu tadeln, es besser zu machen.

Der Versorgungsanstalt übergeben wurde eine Frau mit drei kleinen Kindern, weil der Mann sie verlassen hatte und sie sich mit den Kindern in Noth befand.

Ein jugendlicher Rowdy bekam heute vom Schöffengericht eine wohlverdiente Strafe. Er ist kaum 16 Jahre alt und hat in der Kleinen Mühlenstraße einen Malermeister ohne jeglichen Grund angefallen und ihm einen Faustschlag in's Gesicht verabfolgt. Der Bursche entschuldigte sich mit Trunkenheit, doch hielt dieses das Gericht nicht ab, ihn antragsgemäß zu 14 Tagen Gefängniß zu verurtheilen.

Ein nettes Paar. Ein Frauenzimmer, das einem Herrn M. 10 gestohlen und der Louis desselben, der den Herrn schwer mißhandelt haben soll, wurden in Haft genommen.

Eine Augenverletzung zog sich gestern ein Küper in der Holstenbrauerei zu, dem beim Aufschlagen eines Reifens auf ein Faß Funken in's Auge geflogen sind.

Beim Baden ertrunken ist gestern der zwölfjährige Sohn des in Blankenese wohnenden Ehepaares Hans Stehr. Der Knabe hatte sich angeblich aus Furcht vor einem Hunde, der sich gleichfalls in der Elbe befand, zu weit in den Strom gewagt und versank bei einer abschüssigen Stelle plötzlich in die Tiefe. Die Leiche des Knaben wurde noch nicht gefunden. Der Verlust ihres Kindes ist für die Eltern um so schmerzhafter, als sie schon einen Knaben durch einen Unglücksfall verloren haben.

Ein Dachstuhlbrand kam in vergangener Nacht in der Friedenstraße 18 zum Ausbruch. Der Feuerwehr, welche bald an Ort und Stelle war, gelang es, des Feuers in kurzer Zeit Herr zu werden. Bei ihren Löscharbeiten rettete sie nicht nur eine Vogelhecke, sondern auch etwa 20 Tauben, welche in einer Ecke zusammengekrochen und dem Erstickungstode nahe waren.

Aus Wandsbek.

z. **Zu dem Kreisturnfest** des dritten Kreises des Arbeiter-Turnerbundes, welches am Sonntag hierorts stattfindet, sind viele Betheiligungsankündigungen aus vielen Orten des Kreises eingegangen, so u. A. aus Hannover, Bremen, Lübek, Bremerhaven u. s. w., sowie dem hiesigen Städtekomplex.

z. **Gefährliche Schwimmübungen.** Heute Morgen von 7—9 Uhr mußten die Mannschaften der 1. Eskadron des hiesigen Husaren-Regiments mit ihren Pferden das bei der Rennkoppel liegende Horner Moor durchschwimmen. Der eine Gaul hatte so viel Wasser geschluckt, daß er etwa 40 Fuß vom Strande versank. Seinem Führer gelang es, sich in Sicherheit zu bringen. Der Kadaver des Thieres wurde herausgefischt und dem Wandsbeker Abdecker überliefert. Bemerkt sei, daß vor fünf Jahren bei einer derartigen Schwimmübung zwei Husaren versanken. Als Beide herausgeholt wurden, war der Eine, mit Namen Schulz, eine Leiche, während der Andere in's Leben zurückgerufen werden konnte.

z. **Ein gefährlicher Ehegatte** ist der in der Alten Feldstraße wohnende Bleicher Koch, der vor Jahresfrist in einem Anfall von Delirium tremens seiner Frau mittels eines Messers schwere Verletzungen beibrachte. Nach einiger Zeit wurde K. aus dem Krankenhause, in welches man ihn geschafft hatte, als „geheilt" entlassen. Seit dieser Zeit hat er des Oefteren seine Frau mit einem Messer attakirt, jedoch gelang es jedes Mal der bedrängten Frau, sich vor dem Tobsüchtigen zu bergen. Heute Morgen ergriff K. abermals ein Messer und brachte der ahnungslosen Frau, die sich im Waschhause befand, eine Verletzung am Rücken bei, worauf er auf die Straße eilte. Er wurde jedoch von Beamten ergriffen und der Polizeiwache zugeführt. Hier versuchte er abermals zu entfliehen, was jedoch mißglückte. Der Delirant wurde hierauf mittels Droschke dem Krankenhause zugeführt.

z. **Aus dem Schöffengericht.** Vor der Zwangsvollstreckung ihr Vermögen bei Seite geschafft haben soll Frau M., welche vor zwei Jahren für einen Sohn eine Bürgschaft von M. 4000 übernahm. Da es mit diesem Sohn etwas faul stand, drang dessen Gläubiger auf Zahlung, und als diese nicht erfolgte, hielt er sich im September 1894 an die Bürgin. Diese zedirte im Oktober 1894 ihr gesammtes nicht unbeträchtliches immobiles und mobiles Vermögen ihrer Tochter. Die Zedirung führte zu Anklage. Die Angeklagte will schon vor der Verheirathung ihrer Tochter durch mündlichen Vertrag dieser ihr Vermögen vermacht haben. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß beide Söhne der Angekagten bankerottirt haben und daß der Eine wegen betrügerischen Bankerotts bestraft worden ist. Da diese Angelegenheit sehr verwickelt ist und der Geschädigte keinen positiven Strafantrag gestellt, sondern nur beim Amtsgericht zu Hamburg beantragt hat, eine Untersuchung einzuleiten, so erfolgte Freisprechung der M.

Aus dem Hamburgischen Landgebiet.

t. **Geesthacht.** In einer öffentlichen Versammlung hielt am Donnerstag Abend im Lokale des Herrn Jovers der Genosse Türk-Berlin einen fesselnden Vortrag über das „Buch der Freiheit". Reicher Beifall lohnte den Vortragenden.

Vereine und Versammlungen.

(Die Schriftführer der Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und auf einer Seite zu beschreiben. D. Red.)

Arbeiterturnverein Ottensen. Hauptversammlung am 11. Juli. Die Abrechnung vom Ball ergab eine Einnahme von M. 92,36, Ausgabe M. 67, Ueberschuß M. 25,36; die Abrechnung vom 2. Quartal: Einnahme mit Bestand vom 1. Quartal M. 144,14, Ausgabe M. 86,73, so daß der Kassenbestand M. 82,73 beträgt. Aus dem Bericht des Turnwarts ist ersichtlich, daß im ersten Halbjahr 1896 etwa 1900 Mann, im Durchschnitt pro Turnabend 38 Mann, geturnt haben. Bei Neuwahlen wurde zum 2. Vorsitzenden Thorsen, zum 1. Turnwart Bergtold, zum 2. Kassirer Leichert, zum 2. Schriftwart Fischbeck, zum 1. Zeugwart Kunst, zu Revisoren Bendfeldt und Hansen, zum Kolportör Hansen und 9 Mann zum Festkomite für das nächste Jahr gewählt. Dann legte unser erster Vorsitzender in längeren Ausführungen die Bedeutung eines Kreisturnfestes dar, daß selbiges bei reger Betheiligung ganz dazu angethan sei, unseren Gegnern Achtung abzugewinnen und die freie Turnbewegung immer mehr zu fördern. Abmarsch nach Wandsbek erfolgt Sonntag, 19. Juli, Mittags 11½ Uhr, ab „Englisches Tivoli", St. Georg. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, forderte der erste Vorsitzende nochmals zu reger Betheiligung am Kreisturnfeste auf.

Oeffentliche Metallarbeiterversammlung am 13. Juli im Lokale des Herrn Eckhoff, Altona. Nach Besetzung des Büreaus durch Wuggatzer, Schultz und Weinheber sprach Genosse M. Segitz aus Fürth über: „Gewerkschaftliche und politische Organisation". Redner führt ungefähr Folgendes aus. Die Frage, gewerkschaftliche oder politische Organisation, muß hier ein ganz besonderes Interesse haben, weil diese Tagesordnung von vier anderen gewählt wurde. Der Besuch der Versammlung scheint diese Ansicht zu widerlegen. Ueber die Frage selbst ist in der Parteipresse sehr oft geschrieben, oftmals sehr oberflächlich, trotzdem dieselbe einer gründlichen Erörterung bedarf. Es handelt sich hier hauptsächlich darum, welche Stellung nimmt die politische Partei, unter der natürlich nur die Sozialdemokratie verstanden werden kann, gegenüber der gewerkschaftlichen Bewegung ein. Es ist ja die Meinung verbreitet, die politische Partei kümmere sich nicht um gewerkschaftliche Bewegung und suche dieselbe sogar zu unterdrücken. Diese Legende hat sich bei jüngeren Genossen gebildet, welche die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nicht kennen. Da wird oftmals von Führern der Gewerkschaftsbewegung erklärt, dieser oder jener hervorragende Parteigenosse habe sich nicht günstig über die Gewerkschaftsbewegung ausgesprochen. Nun giebt aber doch nicht ein Parteigenosse, und wenn er noch so hervorragend ist, den Ausdruck der Gesammtpartei wieder, sondern nur seine persönliche Ansicht. Die politische Bewegung steht der Gewerkschaftsbewegung nicht gleichgültig oder indifferent gegenüber, sondern sie hat für letztere viel zu viel gethan. In Deutschland war die durch Lassalle hervorgerufene politische Bewegung der Anstoß zur gewerkschaftlichen Organisation. Lassalle wollte die politische Macht erobern, um dadurch den Arbeitern alle Errungenschaften zugänglich zu machen. In England lag die Sache anders. Da traten die Gewerkvereinler zuerst auf den Plan und suchten den Arbeitern durch Gründung von Gewerkvereinen die größtmöglichsten Vortheile zu verschaffen. Soweit von einer deutschen politischen Arbeiterbewegung nach dem Eisenacher Kongresse die Rede ist, war dieselbe immer für gewerkschaftliche Organisation. Aber auch die früheren Konferenzen der internationalen Arbeiterbewegung standen auf demselben Standpunkt. Daß davon so wenig bekannt ist, liegt lediglich daran, daß wir bis jetzt eine Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht haben, wie es bei der französischen und englischen Gewerkschaftsbewegung der Fall ist. Redner verliest den Organisationsplan, welchen der Generalrath zu New-York am 26. Januar 1873 veröffentlichte, welcher besagt, wie die Arbeiter auf wirthschaftlichem Gebiete vorzugehen haben. In diesem Organisationsplan wird die gewerkschaftliche Organisation der politischen gegenüber in den Vordergrund gestellt. Auch die deutsche Sozialdemokratie ist immer für die Gewerkschaftsbewegung eingetreten. So hat Liebknecht bereits 1862 in Sachsen die Gründung von Gewerkvereinen nach englischem Muster empfohlen. Liebknecht lebte als Flüchtling mehrere Jahre in England und kannte die dortigen Verhältnisse aus eigener Anschauung. Auch auf dem 5. Vereinstage der deutschen Arbeitervereine vom 5. bis 7. September 1868 in Nürnberg, auf dem die Trennung von den Hirsch-Duncker'schen erfolgte, wurde die Gründung von Gewerkvereinen befürwortet. Diese Verhandlungen fanden unter Vorsitz von Bebel statt. Auch wurde am 26. September 1868 ein Musterstatut für die Gewerkschaften veröffentlicht. Als im Jahre 1869 in Eisenach die sozialdemokratische Partei gegründet war, trat dieselbe für die Gewerkschaftsbewegung ein. Das Gleiche ist zu verzeichnen, nachdem 1875 die Vereinigung vollzogen wurde. Damals hatten die internationalen Verbände in Deutschland über 11 000 Mitglieder. Es ist eben nicht wahr, daß die Partei für die Gewerkschaften nichts gethan hat. Eher ist zu viel, als zu wenig gethan. Wenn nicht so viel gethan wäre, dann stände die Gewerkschaftsbewegung auch selbstständiger da und brauchte nicht immer einen Vormund. Dann wäre 1878 auch die Auflösung der meisten Gewerkschaften nicht erfolgt. Wie die Verhältnisse aber lagen, war es damals nicht anders möglich. Seit 1890 hat ja die Gewerkschaftsbewegung Fortschritte zu verzeichnen; aber es ist immer als ein Zeichen der Schwäche zu betrachten, wenn man der Meinung Ausdruck giebt, durch diesen oder jenen Parteigenossen wird die Gewerkschaftsbewegung nicht gefördert. Die Leute, welche eine derartige Meinung haben, wissen und begreifen nicht, daß die Gewerkschaftsbewegung ein Produkt der Verhältnisse ist und auch dementsprechend entwickelt, nicht aber von einzelnen Personen abhängig gemacht werden kann. Ihm (Redner) wäre es viel lieber, die Resolution von Kloß und Grillenberger hätte auf dem Parteitage in Halle 1890 keine Annahme gefunden. Derartige Resolutionen gehören auf einen Gewerkschaftskongreß und nicht auf einen Parteitag, weil von unseren Behörden demonstrirt wird, daß die Gewerkschaftsbewegung ein Theil der politischen sei. Er verweist in dieser Beziehung auf die verschiedenen Verbote von gewerkschaftlichen Vereinen. Wenn sogar Parteigenossen beantragen: „Jeder Parteigenosse muß einer Gewerkschaftsorganisation angehören" — dieser Antrag kam auf dem Breslauer Parteitage zur Berathung, wurde aber glücklicherweise abgelehnt — so haben diese Leute wohl den guten Willen, der Gewerkschaftsbewegung zu helfen, sind aber mit den Gesetzen wenig vertraut. So wie die Industrie sich entwickelt, so entwickelt sich auch die Gewerkschaftsbewegung. Sie ist eben ein Produkt der Zeitverhältnisse und diese auszunutzen, muß unsere Hauptaufgabe sein. Wenn Klage darüber geführt wird, daß die Gewerkschaftsbewegung sich nicht genug entwickelt, so soll man nicht die Partei dafür verantwortlich machen, sondern die Ursachen zu ergründen suchen, welche hindernd im Wege liegen; man müsse Umschau halten, ob die Organisationsform die richtige sei, ob die vereinsgesetzlichen Bestimmungen hindernd im Wege stehen und ob der Boden in Deutschland dafür so günstig liege, wie in England. Die englische Gewerkschaftsbewegung ist um 30 Jahre älter wie die deutsche, und hat sich den dortigen Industrieverhältnissen angepaßt. Wie das Großkapital vorgeht, so haben auch die dortigen Arbeiter ihre Organisation eingerichtet. Die Blüthe haben sie aber erst dann erlangt, als sie die volle Koalitionsfreiheit erhielten. Früher, als keine Versammlungs- und Vereinsfreiheit bestand, konnten sie sich auch nicht entwickeln. Zu bemerken ist ferner, daß die englischen Gewerkvereine über eine Reihe ganz bedeutender Führer verfügen, während wir in Deutschland uns mit solchen zweiter und dritter Güte begnügen müssen, weil die Partei die besten Kräfte absorbirt. Es ist ja zweifellos angenehmer, in Versammlungen, welche von 1000 und mehr Personen besucht werden, über ein allgemeines Tagesthema zu sprechen, als für die Gewerkschaften zu agitiren. In der Partei werden die Stellen auch besser bezahlt, als bei einer Gewerkschaft. Ja, wenn wir in der Lage wären, anstatt 10, 15 und 20 ₰ Wochenbeitrag zu leisten, einen solchen von M. 1 und darüber zu erheben, dann könnten die gewerkschaftlichen Organisationen auch bedeutend mehr leisten. Den besten Beweis geben die Buchdrucker, deren Organisation den englischen Gewerkvereinen würdig zur Seite gestellt werden kann. Schon im 16., 15., ja sogar im 14. Jahrhundert bestanden bereits Arbeiterorganisationen. Waren es vielfach kirchliche Vereinigungen, so waren sie doch für die Arbeiter gegründet und entsprachen den damaligen Produktionsverhältnissen. Redner führt die preußische Handwerksverordnung vom Jahre 1733 an, in der Strafen für ausständige Arbeiter festgesetzt waren. Wenn von den in Deutschland vorhandenen 11 Millionen Arbeitern nur 300000 organisirt sind, so ist es natürlich, daß diese die Lohnverhältnisse nicht so zu verbessern vermögen, wie es erwünscht wäre. Trotzdem unsere Bewegung noch jung ist, so hat sie doch zufriedenstellende Resultate aufzuweisen. Es gieb aber noch genug zu thun; hauptsächlich muß man die Kleingläubigen zu überzeugen suchen, daß die Gewerkschaftsbewegung eine Nothwendigkeit sei. Hierbei sind aber wieder große Hindernisse zu überwinden, welche hauptsächlich in vereinsgesetzlichen Bestimmungen bestehen. Z. B. in Sachsen und Baiern dürfen Minderjährige keine Versammlung besuchen. Und doch kommt unsere Bewegung vorwärts. Es ist dies ein Beweis, daß ein guter Stamm von aufgeklärten Arbeitern vorhanden ist, welche durch mündliche Agitation neue Kräfte werben. Eine müssige Frage ist es auch, ob die Gewerkschaftsorganisationen Kampf- oder Unterstützungsvereine bilden sollen. Diese Frage ist ebenso müssig, wie der Ruf: „Hie Partei, hie Gewerkschaft!" In England umfassen die Arbeiterorganisationen das gesammte Arbeitsgebiet. Hätten wir in Deutschland die Kranken- und Sterbekassen mit den Organisationen verbunden, dann wäre bedeutend mehr erreicht worden und der Wechsel der Mitgliederzahl nicht so stark, wie es von 1892 bis 1893 der Fall war, wo wir über 40 000 Mitglieder verloren. Die Hirsch-Duncker'schen Vereine halten sich nur deshalb über Wasser, weil sie Kranken- und Sterbekassen haben, außerdem Unterstützung an Arbeitslose und Invalide zahlen. Es sind dieses Bindemittel, und man darf diese nie außer Acht lassen, weil dadurch die Bewegung gehalten wird. Die politische Bewegung muß ja sein, weil diese die Bahn schaffen soll und muß, auf der sich die Gewerkschaften fortentwickeln können. Hierzu gehört vor allen Dingen ein freies Koalitionsrecht, ohne das man nicht vorwärts kommt. Die Partei muß deshalb den nöthigen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben, um die Gesetze in diesem Sinne umzugestalten. Hieraus ergiebt sich die Nothwendigkeit beider Bewegungen. Der Referent weist noch auf den Metallarbeiterverband hin, welcher im laufenden Jahre fast M. 60 000 für Arbeitseinstellungen ausgegeben hat und dessen Ausgaben für Reiseunterstützung jährlich über M. 50 000 betragen. Die Arbeiter, welche der Gewerkschaftsorganisation nicht beitreten wollen, bringen oftmals die albernsten Ausreden vor, welche von dem Redner widerlegt wurden. Vom Jahre 1878 an bis wir uns wieder Organisationen gründen konnten, sanken die Löhne rapid, weil die Arbeiter dem Unternehmerthum schutzlos gegenüber standen. Es ist dies ein ganz deutlicher Beweis für die Nothwendigkeit der Organisation, denn ohne diese ist der Arbeiter unsicher in seiner Existenz, während ihm die Organisation nicht nur moralische, sondern auch materielle Vortheile bietet. Redner ersucht, durch mündliche Agitation die nöthige Aufklärung über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung zu geben, um neue Streiter zu gewinnen, damit die Organisationen in die Lage kommen, das zu schaffen, was sie sich als Ziel gesetzt haben. Nach diesem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage wurden einige lokale Sachen erörtert und es erfolgte gegen 11 Uhr Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung.

Oeffentliche Versammlung der Gärtner von Altona-Bahrenfeld am 14. Juli im „Süßen Kringel" bei Herrn Werner. Zunächst Vortrag des Kollegen Holm über unsere soziale Lage, unsere Rechtsstellung und unser Vereinsleben. Redner schildert den Lebenslauf der Gärtnergehülfen, bemerkt, wie viel Nutzen der Prinzipal schon aus dem Lehrling zieht, der 3 Jahre lernen und Lehrgeld zahlen muß; der junge Gehülfe verdient M. 12, 15 bis 18 pro Monat bei freier Station, was kaum zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse reicht, viel weniger, um etwas für arbeitslose Zeit im Winter zu sparen. Darum ist er dann der Noth preisgegeben. Je älter aber der Gehülfe wird, desto mehr verschlimmert sich seine Lage, je schwerer ist es für ihn, in Handelsgärtnereien Stellung zu erhalten; Einige finden als Privatgärtner ihr Unterkommen. Da aber mehr Gehülfen als Stellen da sind, so ist es das Loos der Meisten, der Gärtnerei Valet zu sagen. In Bezug auf Rechtsstellung ist man noch sehr im Unklaren. Laut Verfügung der Regierung vom März 1892 ist der Gärtner kein gewerblicher Arbeiter, doch wurde im September desselben Jahres ein Streitfall in Altona dem Gewerbegericht überwiesen. In Hamburg und Sachsen gehört der Gärtner zum Gesinde, in Bremen zum Gewerbe, in Berlin gehören die Kranzbinder unter die Gewerbeordnung, und so lassen sich noch viele entgegengesetzte Fälle anführen. Um nun in Bezug auf unsere Lage und Rechtsstellung Vortheile zu erzielen, ist es nothwendig, eine starke Vereinigung zu haben. Da wäre zunächst der „Allgemeine deutsche Gärtnerverein", der bestrebt ist, die Interessen seiner Mitglieder zu bessern; er will dies erreichen auf gütlichem Wege. Daß dieses absolut nicht geht, haben wir gesehen; in den 1887/88 hier in Hamburg abgehaltenen Versammlungen haben die Prinzipale versprochen, alles Mögliche zu thun, haben aber nichts gehalten. Darum ist der „Zentralverein der Gärtner", der die Lage der Gehülfen bessern will mit allen gesetzlich zustehenden Mitteln, die einzig richtige Vereinigung, und es ist nothwendig, daß jeder Gärtnergehülfe, der noch nicht Mitglied dieses Vereins ist, zur Wahrung des eigenen Interesses demselben beitritt. Bei der Diskussion bemerkt Hacke, daß in Bahrenfeld die Löhne die niedrigsten in der ganzen Umgegend Hamburgs sind, weil eben die Organisation hier beinahe ganz eingeschlafen ist; er fordert ebenfalls die Kollegen auf, sich zu ermannen und dem Verein beizutreten. Darauf wurde bekannt gemacht, daß Kröger in Groß-Flogau in Schlesien 8 bis 10 Lehrlinge und einen Gehülfen beschäftigt, Alting-Bahrenfeld einem Gehülfen M. 18 pro Monat bei freier Station zahlt, Repsold-Langenfelde M. 12 bis 15. Dann wurde ein Fall, der sich in der Gärtnerei des Herrn J. J. Cornils, Altona-Ottensen, Friedhofs-Allee, ereignet hat, vorgebracht; der Herr Prinzipal hat einen Gehülfen wegen einer Viertelstunde Mittag mit einem Stück Deckladen die Haut gebläut! Kollegen! Angesichts dieser Thatsachen ermannt Euch und tretet dem Zentralverein der Gärtner bei! Nachdem sich sechs Kollegen hatten aufnehmen lassen, erfolgte Schluß der von etwa 40 Personen besuchten Versammlung.

Die Zahlstelle Bergedorf des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands hielt am 11. Juli im Lokale „St. Petersburg" eine Mitgliederversammlung ab. Ueber die zum 3. ordentlichen Verbandstage gestellten Anträge sprachen die Kollegen Stille und Krismansky. Von den Delegirten zum Gewerkschaftskartell wurde über zwei stattgefundene Kartellsitzungen Bericht erstattet. Nachdem die Abrechnung vom Sommervergnügen zur weiteren Veranlassung den Bevollmächtigten überwiesen, wurden dem Kollegen B. M. 10 als Unterstützung bewilligt. Ueber den Punkt: Wie verhalten wir uns bei Sterbefällen von Mitgliedern? entspann sich eine lange, lebhafte Debatte. Auf Antrag des Kollegen Klein wurde schließlich beschlossen, daß jedes Mitglied im Todesfalle einen Kranz erhalten soll; die Farbe der Schleife soll in der Weise gehalten werden, wie die Hinterbliebenen des verstorbenen Mitgliedes es wünschen. Den streikenden Kollegen der Norddeutschen Reismühle in Hamburg wurden M. 30 bewilligt. Auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung soll auf Antrag des Kollegen Rook gestellt werden: Abschaffung resp. Einschränkung der Unterstützungen.

Der Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands, Mitgliedschaft Altona, hielt am 8. Juli seine Mitgliederversammlung ab. Nachdem die regelmäßigen Monatsgeschäfte erledigt waren, berichtete Hammel von der letzten Kartellsitzung und ermahnte alle Kollegen, die Heitmann'schen Wirthschaften nicht zu besuchen, da die Sperre vom Kartell anerkannt worden ist. Der Antrag, M. 2 pro Mitglied an das Kartell abzugeben, wurde dahin bestimmt, daß die vorhandenen Agitationsmarken vertrieben werden und der Ueberschuß von den Maimarken dazu auch verwendet werden soll. Hiernach verlas der Kassirer die Abrechnung vom Osterball, welche einen Ueberschuß von M. 40,90 aufzuweisen hatte. Sodann berichtete Friedmann über die letzte Sitzung des Gesellen-Ausschusses; bei einer Besprechung der bundesräthlichen Verordnung über den Maximalarbeitstag kritisirte er, daß Altonaer Bäckermeister die Verordnung umgangen, weil sie die Zusatzparagraphen zu § 5, in denen die Höhe der Strafen im Uebertretungsfalle bekanntgemacht werden, nicht angeschlagen hätten. Außerdem wurde die Hausordnung, welche sich die Bäckermeister selber gemacht haben, viel besprochen und betont, daß sich hierbei die Innungshelden in's eigene Fleisch schneiden; denn wenn sie den Gesellen den Aufenthalt während der Freizeit in der Backstube nicht erlauben, müssen sie im Winter auch heizbare Gesellenzimmer anschaffen. Dann wurde noch eine Kommission von drei Mann gewählt, welche bei den Sitzungen des Gesellen-Ausschusses mit zugegen sein sollen. Nachdem der Vorsitzende bemerkt, daß der Verband am 23. Juli eine Dampfertour macht und alle Kollegen ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Die X-Strahlen scheinen für die Medizin eine ungeahnte Bedeutung erlangen zu sollen. Ein Pariser Professor setzte Thiere, welchen Koch'sche Bazillen eingeimpft worden waren, mehrere Tage und wiederholt längere Zeit den auf die Impfungsstellen gerichteten X-Strahlen aus, wobei jedes Mal eine Besserung in dem Befinden der Thiere, mit denen diese Versuche angestellt wurden, festzustellen war. Bei den in gleicher Weise geimpften, aber den X-Strahlen nicht ausgesetzten Thieren blieb die Besserung aus, vielmehr nahm bei ihnen die Krankheit den zu erwartenden Verlauf. Von dieser wichtigen Beobachtung wurde der Pariser Akademie durch Professor Chauveau Kenntniß gegeben.

„Soziale Praxis, Zentralblatt für Sozialpolitik." Die unter diesem Titel seit dem 1. April erscheinende gemeinsame Neue Folge des „Sozialpolitischen Zentralblatts" und der „Blätter für soziale Praxis" (Berlin. Carl Heimanns Verlag) enthält in ihrer neuesten Nr. 42 folgenden leitenden Aufsatz: Eisenbahnarbeiter-Schutz in England. Von Prof. Gustav Cohn. — Aus dem Notizentheil heben wir hervor: Allgemeine Sozial- und Wirthschaftspolitik: Verbindung landwirthschaftlicher Produktivgenossenschaften mit städtischen Konsumvereinen. — Erhebungen des Deutschen Landwirthschaftsrathes über ländliche Arbeiterverhältnisse. — Bekämpfung sozialer Bestrebungen in Deutschland. — Ethisch-sozialwissenschaftliche Vortragskurse in Zürich. — Kommunale Sozialpolitik: Die Durchführung des Kommunalabgaben-Gesetzes in Preußen, insbesondere in den pommerschen Städten. Von Bürgermeister Matthes. — Verwendung der Ueberschüsse kommunaler Sparkassen. — Verpflanzung der Korbflecht-Industrie nach Viersen auf städtische Kosten. — Streik städtischer Hafenarbeiter in Frankfurt a. M. — Schleswig-Holsteinischer Städtetag. — Arbeiterbewegung: Abschiebung streikender Arbeiter als Vagabunden in Oesterreich. — Streiks in Frankreich von 1890 bis 1895. — Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion: Gewerbeinspektion in Elsaß-Lothringen. — Armenpflege: Sammelwerk über Berliner Stiftungen, Liebesthätigkeit 2c. — Gesundheitspflege: Hygieinische Fortbildungskurse für Aerzte. — Hygieinisches Laboratorium an der technischen Hochschule in Dresden. — Erziehung, Schule, Volksbildung: Fußbekleidung für Schulkinder auf Schulkosten. — Hütekinder in Preußen. — Literarische Neu-Erscheinungen.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist das 42. Heft des 14. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Allerlei Skandale. — Finis Poloniae? Von Karl Kautsky. — Pithecanthropus erectus. Von Arthur Jacobi. — Die armenische Frage und der Sozialismus. Von Avétis Nazarbek. — Kleine Briefe. — Literarische Rundschau. — Feuilleton: Das Ende vom Liede. Eine Geschichte von Konrad Telmann. (Fortsetzung)

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweites der Raum gestattet. **Doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen.** Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt

Die freie Turnerschaft.

Bereits hundert Jahre sind verflossen, seitdem das regelrechte Turnen in Deutschland gepflegt wird, und es wird wohl einem Jeden bekannt sein, daß die Turner in früheren Jahren echte Demokraten und freiheitsliebende Männer waren. Aber seit Gründung der Deutschen Turnerschaft, 1868, verschwand so allmälig der demokratische Karakter; es wurden immer mehr die reaktionärsten Bestrebungen bemerkbar. Ein jedes Fest wird benutzt, um große Massenschlächtereien und deren Veranstalter zu verherrlichen; ja, es ist schon so weit gekommen, daß Turner innerhalb der Deutschen Turnerschaft zu den verbissensten Chauvinisten erzogen werden. Besonders verstehen es die Turner der „Freien" Hansestadt Hamburg vortrefflich, am Sedanfeste Fackelzüge 2c. zu veranstalten und bei Gelegenheit am Jungfernstieg Staffage zu stehen. So etwas gehört aber durchaus nicht zur Turnerei; deshalb wurde es von den freiheitlich gesinnten Turnern mit Freuden begrüßt, als endlich am 18. September 1892 in Berlin der Anfang gemacht wurde, eine „Neue Vereinigung" von Turnern zu gründen. Dieser Versuch ist glänzend gelungen. Am 21. und 22. Mai 1893 wurde in Gera der „Arbeiter-Turner-Bund" definitiv gegründet, dessen Zweck ist: Einheitliche Regelung des Turnens, körperliche wie geistige Ausbildung seiner Mitglieder, sowie gegenseitige Unterstützung in allen turnerischen Angelegenheiten. Nun sind es drei Jahre her, seitdem der Arbeiter-Turner-Bund besteht. Er hat bis jetzt ganz unerwartetes Gedeihen gezeigt, sodaß heute dem Bunde ungefähr 20 000 Mitglieder angehören. So hat z. B. der Berliner Turnverein „Fichte" über 700 Mitglieder; auch in Leipzig und anderen größeren Städten stehen die Arbeiter-Turnvereine glänzend da.

Fragt man: Wie steht es denn in Hamburg, einer der ersten Städte in der Arbeiterbewegung, mit einem freien Turnverein, so wird man die Antwort bekommen, daß sich vor 3 Jahren der Arbeiter-Turnverein „Vorwärts" gegründet hat, der trotz aller Mühe, welche sich die Mitglieder geben, die geringe Zahl von 100 Mitgliedern hat. Woran liegt das? Ein Grund ist darin zu suchen, daß von der Hamburger Schulbehörde dem Arbeiter-Turnverein „Vorwärts" die Benutzung der Turnhallen verweigert wird, und zwar ohne Angabe eines Grundes, während den patriotischen Vereinen die Hallen zur Verfügung stehen.

Die Hauptschuld haben aber die Hamburger Parteigenossen selbst, weil sie dem Verein zu wenig Sympathie entgegenbringen. Man kann zwar nicht verlangen, daß jeder Genosse im Turnverein ist, obgleich dies für Jeden von Nutzen wäre. So mancher Genosse läßt seinen Sohn in einem patriotischen Verein turnen, ja, Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins gehören reaktionären Turnvereinen an. Auf der einen Seite für Freiheit u. dergl. kämpfen und auf der anderen Seite reaktionäre Vereine unterstützen, das ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, die reine Gesinnungslumperei. Auch auf den bloßen Namen Arbeiterverein kommt es nicht an. So haben wir z. B. einen Turnverein vom Arbeiterbildungsverein in der Böhmkenstraße, dessen Mitglieder sich zwar Arbeiter nennen, aber dem Arbeiter-Turnerbund gehören sie nicht an, sondern den Gegnern.

Turner! Ich meine, wir brauchen uns nicht zu schämen, Arbeiter zu sein. Aber mit Leuten, die wir erhalten müssen und denen wir dann obendrein noch zu gering und zu gewöhnlich sind, und welche uns in unseren Arbeiterbestrebungen auf das Schärfste bekämpfen, können und dürfen wir nichts gemein haben. Deshalb zeigt, daß Ihr Männer seid, tretet aus solchen Vereinen aus und geht zu Euresgleichen, wo Keiner über die Achsel angesehen wird, ob er Gelegenheitsarbeiter oder sonst etwas ist. Die Hauptsache ist, daß man einen ordentlich

Ferner auf: heute früh Schlepper Saturn. — Eingekommen: gest. Nachm. Fischerfahrzeuge S. B. 17 und 66. — Magda wurde durch Titan bugsirt. — Normann hatte die Besahnstenge verloren.

In See gegangen am 16. Juli. Nach

N. 5, 5 Fock & Hubert (F.-D.)	Heinsen	d. Nordsee
„ Venus (Ew.)	Sprecklens	—
6,45 Kong Inge (D.)	Bischfeldt	Christiania
9,— Ella Woermann (P.-D.)	Hansen	West-Afrika
11,— Breton (D.)	Johnson	Newcastle
„ Teutonia (D.)	Bruhn	Westindien
„ Drachenfels (D.)	Kenneweg	Ostindien
12,— Helene (D.)	Hansen	Methil

17. Juli.

V. 12,45 Kingmoor (D.)	Laws	Blyth
1,30 Thalia (D.)	Kunisch	Köln
2,15 Huddersfield (D.)	Pettersen	Grimsby
„ Marsden (D.)	Laws	Newcastle
3,30 Prospero Repetto (Schiff)	Tassara	Genua
4,— Hermine (D.)	Geerd	Gravesend
„ Garthdee (D.)	Byth	Newcastle

Prospero Repetto wurde durch Athlet bugsirt. — Abwärts gekommen: letzte Nacht Dampfer Blankenese, Schlepper Expedient mit Leichter WSW. — Windstille. Wetter: wolkig. — Barometer: 762,5. Thermometer: + 14° (R.)

Cuxhaven, 17. Juli, Vormittags.

Angekommen am 17. Juli. Von

V. 5,30 Veglia (österr. D.-Yacht)	Strölt	Rotterdam
7,25 Esperanza (D.)	Cumpston	Hull
„ Coblenz (D.)	McGrierson	Leith
8,15 Idun (D.)	Eckersberg	Newcastle
9, 5 Dania (D.)	Troensegaard	do.

10 Uhr: Dampfer in Sicht.

In See gegangen am 17. Juli. Nach

V. 7,25 Anna Braunschweig (engl. Dreim.-Scho.)	Williams	Puerto Cabello
8,15 Hans (Gls.)	Tönsfeldt	—

Ferner seewärts: Tj. Antina. — Wind: Nord, sehr leicht. Wetter: bewölkt. — Barometer: 763,5. Thermometer: + 18° (R.). — Helgoland meldet: Wind: ONO., sehr leicht. Wetter: bedeckt. See: sehr ruhig.

Cuxhaven, 17. Juli, Nachmittags.

Angekommen am 17. Juli. Von

V. 10,20 Flandria (P.-D.)	Mestermann	Westindien
11, 5 Dienstag (F.-D.)	Gahde	d. Nordsee
N. 12, 5 Vesta (D.)	Pedersen	Christiansand
12,30 Platessa (F.-D.)	Witt	d. Nordsee
1,45 Heron (D.)	Bolwright	London
2, 5 Hunze IX. (D.)	Stutvoet	Groningen
„ Otto (D.)	de Bries	Helgoland
2,45 Normannia (P.-D.)	Barends	New-York
„ Christine (Gt.)	Christiansen	—

Von hier auf: 2 Uhr Lootj.-Dampfer Wilhelmshaven; 3½ Uhr Post-Dampfer Normannia; 3¾ Uhr Dampfer Blankenese. — Ferner auf: 1 Uhr Fischerfahrzeuge P. C. 24, 25; 2¾ Uhr dänische Fischerfahrzeuge E. 6 und 19, holl. Tj. Johanna Marie, Ew. Hoffnung aus Garding; 3½ Uhr Fischerfahrzeuge H. F. 184, S. B. 1, dänisches Fischerfahrzeug E. 18. — 4 Uhr: Nichts in Sicht.

In See gegangen am 17. Juli. Nach

V. 10,— Beresford (D.)	Thomas	Cardiff
„ Honiton (D.)	Hudson	do.
11, 5 Achilles (Ew.)	Föge	—
11,55 Prinzeß Elisabeth (D.)	Quedens	Helgoland
N. 12,30 Johanna Catharina (Ew.)	Anders	—
12,40 City of Dortmund (D.)	Codd	Belfast
3,55 Montag (F.-D.)	Mewes	d. Nordsee
„ Varel (F.-D.)	—	do.
3,45 Fritz (F.-D.)	Kröger	do.

Abwärts gekommen: Schlepper Johannes Körner mit 2 Kastenschuten, Schlepper Itzehoe mit Brigg Leetch, Schlepper Helgoland mit Brigg Auguste. — Wind: NNO., leicht. Wetter: bewölkt. Barometer: 763,0. Thermometer: + 18° (R.). — Helgoland meldet: Wind: NO., sehr leicht. Wetter: bedeckt. See: sehr ruhig.

Ueberseeische Schiffsbewegungen.

„Slavonia", Kapt. Witt, ist am 16. d. wohlbehalten in St. Thomas angekommen. — „Moravia", Kapt. Schröder, ist am 16. d., 10 Uhr Morgens, mit voller Ladung von Baltimore nach Hamburg abgegangen. — „Admiral", Kapt. West, ist auf der Heimreise am 16. d. von Port Said abgegangen. — „Peters", Kapt. Willems, ist am 16. d. in Mozambique eingetroffen. — „Angeln", Kapt. Suhr, ist am 14. d. von Hamburg in Manchester angekommen. — „Föhr", Kapt. Lehmkuhl, ist am 16. d. von Calais in Methil angekommen. — „Roslin Castle" ist am 15. d. von London in Kapstadt angekommen. — „Augusta Victoria", Kapt. Kaempff, ist am 16. d., 9 Uhr Morgens, mit 606 Passagieren, Post, 1 000 000 Dollars Kontanten und Ladung von New-York via Plymouth und Cherbourg nach Hamburg abgegangen. — „Erato", Kapt. Ostermann, von Japan kommend, setzte am 17. ds. die Reise von Havre nach Hamburg fort. — „Sorrento", Kapt. Jürgensen, von New-York nach Hamburg, passirte am 16. d. Lizard. — „Capna", Kapt. Müller, ist am 16. d. von Rio de Janeiro in New-York angekommen. — „Siegfried", Kapt. Ahrens, ist am 17. d., Morgens, in Newchwang angekommen. — „Coimbra", Kapt. Lödding, ist am 15. d. in Lissabon angekommen. — „Bremen", Kapt. Brockmann, passirte am 16. d. auf der Reise nach Oporto Niton. — „Norman" ist am 15. d. von Kapstadt nach Southampton abgegangen. — „Trojan", von Southampton nach Kapstadt, ist am 16. d. von den Canarischen Inseln abgegangen. — „Rhaetia", Kapt. Hinsch, ist am 16. d. von Hamburg in New-Orleans angekommen. — „Polaria", Kapt. Meyerdierks, von Mexiko und Westindien in Hamburg angekommen, hat nach Landung von Post, Passagieren und Gütern am 17. d., 2 Uhr Morgens, die Reise nach Hamburg fortgesetzt. — „Itaparica", Kapt. Mählmann, ist am 16. d. von Santos via Rio de Janeiro nach Europa abgegangen. — „Herodot", Kapt. Woegens, ist rückkehrend am 17. d. in St. Vincent eingetroffen. — „Mannheim" ist am 17. d., Morgens, in Geestemünde angekommen. — „Pretoria" ist am 16. d. von Kapstadt nach Southampton abgegangen.

Hamburger Marktbericht
vom 17. Juli.

Kartoffeln, per Kiepe —,40 bis —,50, Blumenkohl, per 10 Stück 1,50 bis 2,80, Savoyenkohl, per 10 Stück —,80 bis 1,40, Pahlerbsen, pr. Kiepe —,80 bis 1,20, Große Bohnen, per Kiepe —,40 bis —,60, Weißkohl, per 10 Stück 1,50 bis 2,—, Schneidebohnen, per Kiepe 1,50 bis 2,—, Wachsbohnen, per Kiepe 1,50 bis 2,—, Türkische Erbsen, per Kiepe 1,50 bis 2,20, Gelbe Wurzeln, per Kiepe —,20 bis —,40, Karotten, per 100 Stück —,15 bis —,45, Petersilienwurzeln, per Bund —,10, Kopfsalat, per Stieg —,30 bis —,70, Sellerie, per Stieg 1,50 bis 3,50, Porree, per Stieg —,60 bis —,70, Mairüben per 100 St. —,50 bis —,70, Zwiebeln, per 5 Liter —,50 bis —,—, Gurken per Stieg 1,50 bis 3,—, Meerrettig, per 20 Stück 2,50 bis 4,—, Sauerampfer, per Kiepe —,20 bis —,30, Radieschen, per 100 Stück —,15, Spinat, per Kiepe —,40 bis —,50, Rhabarber, per Bund —,— bis —,—, Stachelbeeren, per 5 Liter —,75 bis —,90, Erdbeeren, per Pfund —,15 bis —,35, Kirschen, per Pfund —,15 bis —,20, Johannisbeeren, per Pfund —,15 bis —,—, Himbeeren, per Pfund —,35 bis —,40, Eier, 25 Stück 1,—, Tauben —,80 bis 1,—, Küken 1,20, Hühner 1,80 bis 2,50, Enten 8,50, Birkhühner 2,—.

Meteorologische Beobachtungen.
W. Campbell u. Ko. Nachfolger.
Hamburg, 17. Juli.

Thermometer (° C.) Mittags	Maxim.	Minim.	Barom. (mm)	Wind	Atmosph.
+ 23,7	+ 28,5	+ 18,3	764,6	NO	bedeckt

Eintritt der Fluth und Ebbe in Hamburg
am 18. Juli:
Fluth: 5 Uhr 45 Min. | Ebbe: 10 Uhr 30 Min.

Wasserstand der Oberelbe.

Bei Aussig	16. Juli	+ 0,42	m.
„ Dresden	16. „	÷ 0,84	m.
„ Barby	16. „	+ 1,66	m.
„ Magdeburg	16. „	+ 1,50	m.
„ Wittenberge	16. „	+ 1,85	m.
„ Dömitz	15. „	+ 1,44	m.
„ Lauenburg	16. „	+ 1,59	m.

Allgemeine Prognosen der Wetterkarten der Seewarte.
Am 18. Juli:
Nordwest-Deutschland: Wolkiges Wetter mit wenig veränderter Temperatur und schwacher Luftbewegung, stellenweise Gewitter.

Anzeigen.

Für den Anzeigentheil ist die **Redaktion** dem Publikum nicht verantwortlich.)

Nach langem, qualvollem Leiden entschlief sanft mein lieber, guter Mann und seiner Kinder herziger Vater, der Gastwirth

Joh. Peter Sottorff,

im 58. Lebensjahre; tiefbetrauert von seiner Frau **Lucie Sottorff**, geb. **Fust, Kindern** und **Kindeskindern.**

Beerdigung Sonntag, 19. Juli, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle vor dem Holstenthore nach dem Ohlsdorfer Friedhofe.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß uns am Sonntag, 12. Juli, unser lieber kleiner, unvergeßlicher Pflegesohn

Heinrich Bruhns, gen. **Selinger**,

im Alter von 8½ Jahren durch den Ertrinkungstod entrissen ist.

Die tiefbetrübten Pflegeeltern nebst Vater u. Geschwistern.

Die Beerdigung findet Sonntag, 19. d., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle Holstenthor aus statt.

Todes-Anzeige.

Verwandten und Bekannten die schmerzliche Mittheilung von dem Ableben meines jüngsten Sohnes

Willy

im Alter von 18 Jahren 4 Monat.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag Nachmittag 3 Uhr vom Sterbehause, Jägerstraße 17, 2. Etage links.

Um stille Theilnahme bitten

Die tiefgebeugte Mutter
Wwe. Louise Grosz.
Die trauernde Schwester
Louise.

Hamburg, 17. Juli 1896.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden u. Bekannten hiermit die traurige Mittheilung, daß mir mein lieber unvergeßlicher Gatte und meiner Tochter liebevoller Vater, der Zigarren-Arbeiter

Jacob Weyrauch

im 38. Lebensjahre, plötzlich und unerwartet durch den Tod entrissen wurde.

Die tiefbetrübte Gattin
Elise Weyrauch, geb. **Beckmann**, u. Tochter.

Die Beerdigung findet am Sonntag, 19. Juli, Nachmitt. 4 Uhr, von der Kapelle des Nienstedtener Kirchhofs daselbst statt.

Für die bewiesene Theilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir Allen, insbesondere den Mitarbeitern der Werft **Stülcken & Sohn**, unseren herzlichsten Dank.

Frau A. Walter, geb. **Hoffmann, nebst Kindern.**

Zentral-Kranken- u. Begräbnißkasse der Buchbinder ꝛc.
(Eingeschriebene Hülfskasse.)
Haupt-Versammlung
heute, Sonnabend, den 18. Juli, Abends 9 Uhr, in der „Karlsburg" am Fischmarkt.
Tages-Ordnung:
1) Geschäfts- und Kassenbericht. 2) Neuwahl des Gesammtvorstandes. 3) Bericht des Abgeordneten über die Generalversammlung. 4) Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Kranken- und Sterbekasse der Tischler Nr. 21.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß das Mitglied

Chr. Schröder

aus dem Leben geschieden ist.

Die Beerdigung findet heute, den 18. Juli, Nachmittags 3½ Uhr, vom Neuen Allgemeinen Krankenhause, Eppendorf, nach dem Ohlsdorfer Friedhof statt.

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerbl. Arbeiter.
Verwaltungsstelle Hamburg IV.
(Eimsbüttel.)
Mitglieder-Versammlung
am Montag, d. 20. Juli, Abds. 8½ Uhr,
bei **F. Lemcke Wwe.,**
Ecke Vereins- u. Belle-Alliancestr., Eimsbüttel.
Tages-Ordnung:
1) Abrechnung vom 2. Quartal. 2) Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Glasarbeiter-Genossenschaft in Bergedorf.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
Generalversammlung
am Montag, 27. Juli, Abends 7½ Uhr, im Lokale des Herrn **A. Baumann.**
Tages-Ordnung:
1) Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrathes. 2) Beschlußfassung über Hypothekenangelegenheiten. 3) Wahl eines Kontrolbrs. 4) Verschiedenes.

Der Vorstand.
A. Gebel. W. Stille.

Bekanntmachung!

Nach der am 1. Juli stattgefundenen Lageraufnahme sind diverse Artikel in Herren- u. Knaben-Garderoben behufs schleuniger Räumung derselben ganz bedeutend im Preise herabgesetzt. Z. B. die Herren-Buckskin-Hosen à M. 3, diverse einzelne Buckskin- u. Kammgarn-Westen à M. 2,50, sehr schöne Herren-Anzüge à M. 15, 18 u. 22, vorzügliche Knaben-Anzüge à M. 3 ꝛc. ꝛc., sowie diverse leichte Sommergarderobe unter Preis, so daß Jedermann eine Besichtigung meiner Läger zu empfehlen ist.

Größte Läger Arbeiter-Garderoben jeglicher Art.
Eigene Zuschneiderei u. Werkstatt im Hause.

Ernst Aug. Steinberg,

Altona, Große Bergstraße 115, Ecke Unzerstraße, part. u. I. Et.
St. Pauli, Langereihe 3, Ecke Davidstraße.

Spazierstöcke: Neuheiten! von 10 ₰ bis M. 40.
Natur-, Haken-, mit und ohne Beschläge, **Degen-, Dolch-, Reit-, Papier-, Leder-** und **Kinderstöcke, Todtschläger, Ochsenziemer.** Spezialität: **Extra dicke Stöcke;** auch solche zu verleihen. **Stock-, als Zigarrenspitze 25 ₰, mit Lampe,** zündet leicht, praktisch M. 4. Tausende Muster in verschiedenen Holzarten mit Griffen von echtem und imitirtem **Elfenbein** 60 ₰, **Horn** 60 ₰, **Knochen, Celluloid** 50 ₰, echtem und imitirtem **Hirschhorn** M. 1, **Eberzahn, Metall, Nilpferdzahn,** u. s. w. **Zwingen, Krücken, Knöpfe, Ringe. Annahme von Reparaturen.** 1 Partie mit ff. Nickelknöpfen sonst M. 4, **jetzt M. 2.** 1 Partie mit imitirten Nickelknöpfen, sonst 75 ₰, **jetzt 35 ₰,** auch bei Einkäufen von M. 3 **gratis zugegeben.**

Ad. Mehmel, Dovenfleet 49, Fernsprecher Amt I, 4864.

Arbeitsmarkt.

Gesucht Korbmachergesellen auf grüne Arbeit. Pinnasberg 13, St. Pauli.

Ges. Putzer a. Pantoffeln. Viktoriastr. 30, Altona.

E. Frau s. Tabak i. Hause z. str. Gr. Rainstr. 53, K.

Ges. Stellg. als Zigarrensort. Gr. Karlstr. 74, 1. l.

Ges. Zig.-Arb. M. 9 F. Hoheluftchaussee 63, Lad.

Margarethenstraße 18
z. 1. Nov. z. verm. Part.-Wohn. u. Etag., 3 Z., Küche, Terr. M. 260 u. 280. Näh. Nr. 14, b. Ohl.

Billige Wohnungen sof. zu vermieth., Alles neu dekorirt, im Preise von M. 250—310. Näh.: Billh. Röhrendamm 220, p. r.

Wohnungen von 4 Zimmern u. Zubehör z. Preise v. M. 360—400 z. verm. **Heidenkampsweg 138, pt.,** b. Vize.

Etagen, 3 Zimmer, M. 270—280, 3. verm. **Amandastr. 48.**

Zu vermiethen ein gutes Logis für 2 Herren. Humboldtstr. 130, pt. r.

Wir empfehlen:

Die Geschichte des britischen Trade-Unionismus.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.
Gr. Theaterstraße 44.

Umständeh. e. fast neue W. u. W. (Dessauer-) Maschine f. M. 12 zu verk. Arnoldstr. 64, p., Ottf.

Zufall! Prachtv. **Bett** für M. **14** zu verk. **Adolfstr. 157, I. r., Altona.**

Saison-Ausverkauf!

Um die **Restbestände** des Sommerlagers zu räumen, geben wir ab:

Herren-Anzüge, Cheviot,	M. 8 an
Herren-Anzüge, helle Stoffe,	M. 10 an
Herren-Anzüge, Kammgarn,	M. 16 an
Herren-Anzüge, hochfein,	M. 20 an
Sommeranzüge, Cheviot,	M. 12 an
Herren-Paletots, Cheviot,	M. 8 an
Herren-Paletots, bessere Stoffe,	M. 12 an
Herren-Hosen, Waschstoff,	M. 1,50 an
Herren-Hosen, Buckskin,	M. 2 an
Herren-Hosen, Kammgarn,	M. 4 an
Herren-Hosen, englisch,	M. 6 an
Herren-Jackets, Lustre,	M. 3 an
Herren-Jackets, Cheviot ꝛc.,	M. 4,50 an
Knaben-Anzüge, Partie,	M. 2 an

Salon- und Gehrock-Anzüge, sowie **passende** Garderoben für **korpulente Herren** in reichhaltiger Auswahl.

Goldne Neun,
Graskeller, Ecke Rödingsmarkt.

Rohtabak-Lager
Alois Dontiné, Bürgerstr. 28, Alt.

Sumatratabak.

Durch **Süßwasser** beschädigter Sumatratabak ist zu verkaufen.

Sandthorkai 25, part. r.

Saison-Ausverkauf!

Um die **Restbestände** des Sommerlagers zu räumen, geben wir auf **kurze Zeit** ab:

Herrenanzüge, Cheviot,	M. 8 an
Herrenanzüge, bess. Stoffe,	M. 12 an
Herrenpaletots, Cheviot,	M. 8 an
Herrenpaletots, Satin,	M. 12 an
Herrenhosen, in Stoff,	M. 2 an
Herrenhosen, Kammgarn,	M. 4 an
Herren-Jackets, Cheviot ꝛc.,	M. 5 an
Burschen-Anzüge, dauerhaft,	M. 4 an
Knaben-Anzüge, sortirt,	M. 2 an

Salon- und Gehrock-Anzüge, sowie **passende** Garderoben für **korpulente Herren** in großer Auswahl.

Kaufhaus Germania
15 Stadthausbrücke 15.
Abends bis 10 Uhr geöffnet.

Wir empfehlen:

Lichtstrahlen der Poesie.
Gedicht-Sammlung, ausgewählt von **Max Kegel,** illustrirt von **Otto Emil Tau.** In elegantem Prachtband mit Goldschnitt M. 3,50.

Deutsche Arbeiter-Dichtung.
Eine Auswahl Lieder und Gedichte deutscher Proletarier.
1. Band: Gedichte von **W. Hasenclever, K. E. Jrohme** und **Adolf Lepp.**
2. Band: Gedichte von **Jakob Audorf.**
3. Band: Gedichte von einem Namenlosen.
4. Band: Gedichte von **Max Kegel.**
5. Band: Gedichte von **Andreas Scheu.**
Preis pro Band elegant gebunden M. 1,—.

Gedichte von Wilhelm Hautz.
In elegantem Prachtband M. 1,50.

Gedichte von Albert Dulk.
Ausgewählt aus seinem Nachlaß.
In elegantem Prachtband M. 1,50.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.
Große Theaterstraße 44.

Sonnen- und Regenschirme, ff. Spazierstöcke,
in gediegener, reichhaltiger Auswahl billigst.
Reparatur und Beziehen a. s. sorgfältig, prompt u. billig.
A. Walter, Breitestraße 7.

1,60
Der wahre billige Laden
nur 39.

Im billigen Arbeiterladen!
Herrenhüte weich u. steif, neueste Mode u. Façons, **1,60.**
Jünglings-Anzüge von M. 6 an.
Großes Lager von Herren- und Knaben-Anzügen, Englisch-Lederhosen, sowie sämmtl. Arbeiter-Artikel u. Seemanns-Ausrüstungen in größter Auswahl zu staunend billigen Preisen.
Trotz der billigen Preise erh. jeder Käufer e. Anzugs e. Hut od. starke Arbeitshose geschenkt.
H. Lichtenhain, Herrengraben 39.

Im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart ist soeben erschienen und durch die unterzeichnete Buchhandlung zu beziehen:

Aus
Leben und Wissenschaft

Gesammelte
Vorträge und Aufsätze
von
Dr. H. Dodel
Ord. öffentl. Professor an der Universität Zürich.

Komplet in 24 Lieferungen à 20 Pfg.

Das Ganze ist in drei Theile getheilt.

Der erste Theil umfaßt: **Leben und Tod.** Illustrirt. Zum ersten Mal veröffentlicht. (Circa 20 Bogen.)

Der zweite Theil besteht aus: **Bauer, Arbeiter, Wissenschafter. — Konrad Deubler,** ein Bauernphilosoph. — **Vom Weib.** Seine soziale Stellung und seine Befähigung. — **Ueber die ältere Natur-Verachtung und die neuere Natur-Betrachtung.** (17 Bogen.)

Der dritte Theil enthält: **Moses oder Darwin?** Eine Schulfrage. (11 Bogen.)

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co.

Sämmtliche Kolporteure nehmen Bestellungen entgegen.

Haupt-Niederlage der Margarine-Fabrikate von A. L. Mohr, Bahrenfeld,
bei E. Lüben.
St. Georg, Steindamm 144. Spaldingstrasse 47.
Deichstrasse 14. An der Bürgerweide 61.
Anckelmannstrasse 45. Conventstrasse 28.
Herderstrasse 30. Barmbek, Hamburgerstrasse 146.
Die **vorzügliche FF** Qualität, **in stets frischer Waare vorräthig,** empfehle **als besten Ersatz für Naturbutter.**

Neue Jager Matjes-Heringe
vorzügliche Qualität — en gros & en détail.
Grosskörniger Caviar, neue Waare,
empfiehlt **G. Brunk, Breitestr. 39.** Telephon Nr. 2061.
Versand nach auswärts prompt und billig.

Großes Gewerkschafts-Fest von Wandsbek und Umgegend
am Sonntag, den 26. Juli 1896,
in Gehrken's Etablissement, Zollstraße (früher **Hamer**),
verbunden mit Belustigungen aller Art, Garten-Konzert, im Saal großer Ball, unter gefälliger Mitwirkung der hiesigen Arbeiterturnerschaft, einiger Liedertafeln und Musikklubs, sowie Preiskegeln und -Schießen für Herren, Vogelstechen und Würfelspiel für Damen, Geschenke für Kinder, präz. 7 Uhr Festrede, gehalten vom Genossen Emil Fischer, Hamburg.
Anfang 4 Uhr. Preis der Karte 20 ₰.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht

Das Komite.

NB. Die Komitemitglieder der einzelnen Gewerkschaften werden ersucht, recht zahlreich am Sonntag, den 26. Juli, Morgens 8 Uhr, zwecks Ausschmückung des Festlokales mit Fahnen und Emblemen, zu erscheinen. Ferner findet die Abrechnung vom Feste am Sonntag, den 2. August, Morgens 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Dänecke** (Zentral-Herberge) statt.

Carl Schultze-Theater.
St. Pauli.
Morgen, Sonntag, den 19. Juli 1896:
Einmalige
Volksvorstellung unter Regie von Julius Türk.
Ein Volksfeind,
Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen.
Preis der Billets für alle Plätze, Loge, Parquet, 1. und 2. Rang: 60 ₰; an der Nachmittagskasse 75 ₰, Garderobe 10 ₰.

Zu kaufen gesucht
zu guten Preisen: ältere sozialistische Bücher und Broschüren (von Weitling, Lassalle, Marx, Engels u. a.), sowie Zeitschriften (Neue Zeit, Nordstern, Volksstaat, Vorbote, Sozialdemokrat, Zukunft u. a.). Auch einzelne Hefte u. Nummern.
S. Calvary & Co., Berlin NW., Luisenstrasse 31.

Ia Engl. Leder-Hosen,
sowie sämmtliche **Arbeiter-Artikel,** nur eigene Anfertigung, empfiehlt zu bill. Preisen
Röhrendamm 98. Ph. Daltrop.

Mangeln u. Wringmaschinen billigst.
Wm. Leitermann, Stadthausbrücke 19.

Laden- und Wirthschafts-Einrichtungen
empfiehlt **W. Voges, 3. Elbstraße 8.**

Feine getragene und neue
Herren-, Damen- und Kindergarderoben billig zu verkaufen. Bartelsstr. 95, Frau **Schwarz.**

Ludolf Timm,
Bei der kleinen Michaelistirche 15,
liefert an Wiederverkäufer
Zigarren
zu M. 25, 27, 28, 30, 33, 36 bis 250 ‰.
Spezialität: 5 ₰-Zigarren
in 6 verschiedenen Größen zu M. 36 ‰.
Probekisten zum Engros-Preis.

In der **Spaldingstraße 45,**
im Hinterhaus, vom Engros-Lager erhält man für
10 M. 50 ₰
1 saftigen zarten Landschinken (kein Vordersch.) 10 Pfd. ohne Schloßknochen,
1 Pfd. hochfeine sogenannte Bauernmettwurst oder Salami,
1 Pfd. beste Zungenwurst,
1 Pfd. vorzügl. Blut- oder Leberwurst,
1 Pfd. fetten deutschen Speck.

Bester deutscher Speck, fetter 50 ₰, magerer, sehr zart, 65 ₰ per Pfund.
Alle auf Lager habende Wurst
vorzüglich schmeckend,
zu sehr billigen Preisen.
Verkaufszeit von 8½ Uhr Vormittags bis 1½ Uhr Nachmittags. Nachmittags v. 4—7 Uhr.
Jeden Mittwoch und Sonnabend wird der Anbruch **pfundweise abgegeben.**

Bestes Fein- u. Schwarzbrot empfiehlt
C. F. Seemann, Altona, **Neuburg 9.**

Extrafahrt
Burg und Grünthal
(Kaiser Wilhelm-Kanal),
Sonntag, den 19. Juli 1896,
per Dampfboot „Union B",
Kapt. Becker.
Abfahrt St. P.: Landungsbrücke 10 Uhr Morg.
„ Altona: Dampfschiffsbr. 10¼ „ „
„ von Burg: 6½ „ Abds.
Preis für Hin- und Rückfahrt:
M. 1,50.
Karten sind zu haben:
Hamburg, bei **Herm. Zietz,** Deichthor 2.
St. Pauli, b. **J. C. Hartmann,** Reeperbahn 90.
Altona, bei **F. N. Stahl, Dedes Nachf.,** Große Elbstraße 8.

Der Unternehmer.

Schmalbauch's Lokal
zum 2. August zufällig frei.

Zirkus Renz.
Hamburg, St. Pauli, Zirkusweg.
Sonnabend, den 18. Juli, Abds. 7½ Uhr: **Gala-Vorstellung.** Aufführung des großen militärischen Ausstattungsstückes
1870|71.
Außerdem: Auftr. der hervorragendsten Künstler-Spezialitäten. Vorführen und Reiten d. bestdressirten Freiheits-, Spring- und Schulpferde. Komische Entrees von sämmtlichen Klowns und dem beliebten August **Mr. Lavater Leo.** Alles Nähere aus Plakaten u. Austragezetteln ersichtlich.
Sonntag, 19. Juli: **2** Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr: **(1 Kind unter 10 Jahren auf allen Plätzen frei).**
Tjo Ni En.
Abends 7½ Uhr: **1870|71.**
Franz Renz, Direktor.

Theater.

Sonnabend, den 18. Juli:

Carl Schultze-Theater. Gastspiel der Herren **Oscar Gimnig** und **Eugen Witte** vom k. k. priv. Hofburgtheater in Wien. **König Kandaules,** Lustspiel in 1 Akt, von Meilhac und Halévy. Hierauf: **Die Nachbarinnen,** Schwank in 3 Akten. Anfang 7½ Uhr.

Ernst Drucker-Theater. Oscar Fürst, kurzes Gastspiel. Zum 3. Male: **Der stolze Heinrich,** oder: **Fidele Droschkenkutscher,** großes Volksstück mit Gesang und Tanz in 7 Bildern, von Weirauch. Titelrolle: **Oscar Fürst.** Anfang 7½ Uhr.

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 166.

Sonnabend, den 18. Juli 1896.

Redaktion und Expedition: **Hamburg, Große Theaterstraße 44.** — Verantwortlicher Redaktör: **R. Stenzel** in **Hamburg.**

Generalversammlung des Unterstützungsvereins Deutscher Tabakarbeiter.

Stuttgart, 14. Juli.

Dritte Sitzung. Der Vorsitzende Börner-Berlin eröffnet 8¼ Uhr die Sitzung. Es wird in der Berathung der Anträge zum Statut fortgefahren. Die Anträge auf Erweiterung des Rechtes zum Bezug von Sterbegeld und von Umzugskosten werden abgelehnt, ebenso ein Antrag, der die Karenzzeit zum Bezug von Unterstützungen herabsetzen will. Ferner werden abgelehnt sämmtliche Anträge, welche eine Verkürzung der Beiträge bezwecken. Angenommen wird ein Antrag, der verlangt, daß wenn eine Erhöhung der Beiträge nothwendig wird, Vorstand und Ausschuß eine Urabstimmung zu veranlassen haben. Zwei Anträge, welche die Reiseunterstützung von 2 auf 3 ₰ pr. Kilometer erhöhen wollen und eine jährliche Mehrausgabe von za. M. 15000 verursachen würden, werden aus finanziellen Gründen abgelehnt.

Vierte Sitzung. Der Vorsitzende Blome-Bremen eröffnet Nachmittags 2¾ Uhr die Sitzung. Es wird sofort in die Berathung der Anträge eingetreten, welche die Dauer der Reiseunterstützung von 26 auf 13 Wochen herabsetzen wollen. Nach eingehender Debatte werden jedoch dieselben abgelehnt. Nach einem weiteren Beschluß soll im Jahre nur 26 Wochen Unterstützung bezahlt werden; weitere Unterstützung soll erst dann wieder bezahlt werden, wenn für weitere 26 Wochen der Beitrag bezahlt wird. Des Weiteren wurde beschlossen, daß Mitglieder, welche in's Ausland reisen, sich einer dortigen, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation anzuschließen haben, anderenfalls sie bei der Rückkehr nach Deutschland ihre Rechte am Verein verloren haben. Zur Formulirung einer veränderten Fassung des § 11, welcher heute vorschreibt, daß jeder Streik 14 Tage vor Ausbruch beim Ausschuß angemeldet werden muß, ein Zustand, der allgemein als eine fast nicht durchzuführende Maßregel anerkannt wurde, wird eine Kommission von 8 Delegirten gewählt und hierauf nach Verlesung des Protokolles der Vormittagssitzung die Sitzung geschlossen.

Stuttgart, 15. Juli.

Fünfte Sitzung. Vorsitzender Börner-Berlin eröffnet einige Minuten nach 8 Uhr die Sitzung. Die Verlesung der Präsenzliste ergiebt die Anwesenheit aller Delegirten. Es wird in der Statutenberathung fortgefahren und nach kurzer Debatte zwei Anträge, welche für Abschaffung der Arbeitsnachweise eintreten, einer dreigliedrigen Kommission zu besserer Formulirung überwiesen. Zu der Statutenbestimmung: „Der Vorstand, in Uebereinstimmung mit dem Ausschuß, hat das Recht, einzelne Paragraphen ganz oder theilweise außer Kraft zu setzen", sind verschiedene Anträge gestellt, welche bezwecken, dieses Recht nur auf behördliche oder richterliche Einwirkungen zu beschränken. Ferner wird beantragt, daß auch ⅕ der Mitglieder berechtigt ist, eine Urabstimmung zu veranlassen. Diese Anträge, von Hamburg, Ottensen, Wandsbek ꝛc. gestellt, haben ihre Ursache in der selbstständig von dem Vorstand vollzogenen Loslösung des Tabakarbeiterverbandes von der Generalkommission. Es entspinnt sich hierüber eine mehrstündige, erregte Debatte, nach welcher in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 13 Stimmen ein modifizirter Antrag von Ottensen angenommen wird, nach welchem § 14, Absatz 7 und 8, folgenden Wortlaut erhält: „Falls durch Richterspruch oder behördliche Einwirkung auf den Verein die Existenz des Vereins gefährdet erscheint, haben Vorstand und Ausschuß gemeinschaftlich das Recht, einzelne Paragraphen oder Beschlüsse außer Kraft zu setzen. Sodann ist der Vorstand verpflichtet, sofort den Mitgliedern zu berichten und eine Urabstimmung über die Streichung zu veranlassen. Eine Urabstimmung hat ferner stattzufinden, wenn Vorstand oder Ausschuß es beschließen, oder ⅕ der Mitglieder solches beantragen."

Eine lange Debatte entspinnt sich hierauf über die Anträge, welche einerseits den Sitz des Ausschusses von Hannover verlegt wissen wollen und andererseits wollen, daß die Generalversammlung nicht mehr den Vorsitzenden des Ausschusses wählt, sondern dessen Sitz bestimmt, der dann die Personen des Ausschusses wählt. Die Anträge werden abgelehnt und wird auch ferner der Vorsitzende von der Generalversammlung gewählt. Zwei weitere Anträge, von welchen der eine will, daß aus Sparsamkeitsgründen die Generalversammlung anstatt alle zwei alle drei Jahre stattfinden solle, und der andere die Zahl der zur Wahl eines Delegirten Berechtigten von 300 auf 500 Mitglieder zu erhöhen wünscht, werden nach längerer Diskussion abgelehnt. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Sechste Sitzung. Vorsitzender Blome eröffnet um 2 Uhr die Sitzung. Nach Verlesung und Genehmigung der Protokolle der gestrigen Sitzungen wird in die Berathung der Spezialanträge eingetreten. Der Titel des Vereinsorgans: „Der Gewerkschafter, Wochenschrift für Handwerker, Gesellen, Gehülfen und andere Arbeiter" soll geändert werden und wurde beschlossen, das Blatt in Zukunft unter dem Titel „Der Tabakarbeiter, Organ der Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen Deutschlands" erscheinen zu lassen. Ueber den Antrag Ottensen: „Der Verlag des „Gewerkschafter" ist vom Verein zu übernehmen", entspinnt sich eine längere Debatte, doch wurde derselbe gegen fünf Stimmen abgelehnt; das gleiche Schicksal haben die Anträge, welche das Blatt alle 14 Tage resp. drei Mal im Monate erscheinen lassen wollen. Im Laufe der Auseinandersetzungen über das Organ wird von allen Seiten ausgesprochen, daß man mit der Haltung der Redaktion in jeder Beziehung vollständig zufrieden ist. Eine Reihe von Anträgen, welche alle anstößigen Annoncen (Spitznamen, Zechschuldenbekanntgabe ꝛc.) aus dem Inseratentheil des Vereinsorgans fernhalten möchte, wird angenommen. Einstimmig wird der Antrag angenommen, daß im Organ kein Arbeitergesuch ohne Lohnangabe veröffentlicht werden dürfe. Bezüglich der Krankenzuschußkasse wurde beschlossen, daß eine Kontrole über die Unterstützung erhaltenden Mitglieder eingeführt werden soll und daß Unterstützung durch den zweiten Bevollmächtigten nur auf Anweisung des ersten Bevollmächtigten ausbezahlt werden darf. Nach Erledigung einiger weiterer nebensächlicher Punkte wird die Sitzung geschlossen.

(Schwäb. Tagwacht.)

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Halle a. S., 16. Juli.

Nach Eröffnung der Sitzung wird ein Antrag angenommen, wonach die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt wird. Eine Ausnahme findet nur bei Gasch, Rexhäuser und Döblin statt.

Klapproth-Hannover schildert den Gang der Tarifverhandlungen und die vorher stattgehabten Gauvorsteherkonferenzen. Er wirft Gasch vor, daß dieser niemals Einspruch erhoben, obwohl er wußte, daß eine Tarifgemeinschaft geplant sei. Der Redner geht sodann auf die Einzelheiten des Tarifs ein und macht besonders darauf aufmerksam, daß nun statt der zehnstündigen die neunstündige Arbeitszeit eingeführt sei und daß demgemäß auch die Bezahlung der Ueberstunden sich erhöhe, weil der zu Grunde gelegte Lohnsatz in neun, statt in zehn Theile zerlegt werde.

Heismann-Flensburg führt aus, daß seine Zustimmung zu den ersten Tarifbeschlüssen Resultat seiner Auffassung der allgemeinen Lage sei; die Arbeiterschaft hätte, nachdem sie vor vier Jahren so große Mittel uns zur Verfügung gestellt, dies diesmal nicht wieder thun können; also wäre ein großer Streik unmöglich gewesen. Sodann wendet der Redner sich gegen die Abmachungen bezüglich der Dauer des Tarifs, des Tarifamts und der Schiedsgerichte. Scharf tadelt er, daß man zugelassen, daß die Prinzipale die Unterschrift des Tarifs verlangen können. Auch das Mißtrauensvotum gegen den „Correspondent" sei zu tadeln. Des Weiteren wendet er sich gegen Gasch und empfiehlt dann, den Tarif der Urabstimmung zu unterbreiten und hier eine Neuwahl sämmtlicher Vereinsbeamten vorzunehmen.

Schröter-Stuttgart tritt für die Tarifgemeinschaft ein, obwohl er nicht mit allen Abmachungen einverstanden sei. Allerdings erkenne er genau, daß die Interessen der Prinzipale und Gehülfen auseinander gehen und daß wir stets eine Kampfstellung einnehmen müßten. Wenn die Prinzipale nicht schon jetzt den Tarif einführen, so sei er ohnehin für uns null und nichtig. Entschieden verwahre er sich gegen die Tarifinstitutionen, Tarifamt u. s. w. Dadurch würde unser Verband bei Seite geschoben und schwer geschädigt. Ohne den Anhang könne man mit dem Tarif einverstanden sein.

Reißmann-Berlin wünscht, daß dem Redaktör für die Zukunft aufgegeben werde, sich nach den Intentionen des Zentralvorstandes, resp. des Verbandes zu richten. Was die Tarifinstitutionen betreffe, so seien dieselben bei richtiger Handhabung, welche er doch von den Gehülfenfunktionären voraussetze, durchaus nicht gefährlich. In scharfer Weise wendet der Redner sich gegen Gasch, der den Prinzipalen Gelegenheit gegeben, einen Keil in unseren Verband zu treiben. Man möge, um den Verband zusammenzuhalten, den Tarif ohne jeden Hintergedanken annehmen und ihn nicht der Urabstimmung unterbreiten.

Stoy-Chemnitz ist für die Tarifgemeinschaft. In längeren Ausführungen schildert er, gestützt auf lokale Vorkommnisse, die Kampfesweise Gasch', und tadelt das Verhalten der Parteipresse, namentlich des „Beobachters".

Beißwanger-Nürnberg ersucht die Opposition, ihre Agitation so lange einzustellen, bis Schädigungen der Gehülfen durch die Tarifgemeinschaft zu Tage treten. Des Weiteren schildert er die baierische Opposition; dieselbe rekrutire sich aus Städten, wo die schlechtesten Lohnverhältnisse seien. Er bitte, den Tarif anzunehmen. Gasch dürfe nicht länger auf seinem Posten bleiben

Bojus-Stuttgart geht auf örtliche Vorkommnisse in Württemberg ein. Unter Verweisung auf die Vortheile der Tarifgemeinschaft empfiehlt er die Annahme derselben, mit Ausnahme der §§ 44 bis 48.

Wendsche-Dresden meint, daß die Gegner der Tarifgemeinschaft ihr Programm noch nicht erklärt hätten. Unter Anführung von Einzelheiten spricht er für die Tarifgemeinschaft und wendet sich dann gegen Gasch, der von seinem Amt entsetzt werden müsse.

Schramm-München tadelt, daß die Gehülfenvertretung es unterlassen habe, sofort nach den Leipziger Abmachungen die Gehülfen zu unterrichten. Indessen müsse man die Tarifgemeinschaft annehmen. Hielten die Prinzipale ihr Wort nicht, so sei es uns ja freigestellt, zu thun, was wir wollten. Der Redner beantragt den Ausschluß von Gasch.

Eichler-Leipzig erklärt, daß die langathmigen Bestimmungen über die Tarifinstitutionen seinen Beifall nicht fänden; er wendet sich gegen die langen Fristen, welche stipulirt sind. Er konstatirt sodann, daß in Leipzig zweierlei Maßregelungen vorgekommen seien; es seien Kollegen hinausgeworfen worden, weil sie den Tarif unterschrieben hätten, und andererseits wären Kollegen entlassen worden, weil sie Bezahlung auf Grund des neuen Tarifs verlangten. Seine weiteren Ausführungen richten sich gegen Gasch, dessen Manöver er schildert.

Golbs-Dresden erörtert Vorkommnisse in seinem Gau und wendet sich gegen Steinbrück Er tadelt sodann, daß die Verbandsleitung nicht eine Direktive in Bezug auf die Unterschrift des Tarifs gegeben habe. Die Verfechter des Tarifs seien selbst nicht mit der fünfjährigen Dauer einverstanden. Damals habe man in allen möglichen Varianten hier die Vortheile des Tarifs geschildert. Der Redner bekämpft sodann aus sachlichen Gründen die Tarifgemeinschaft und drückt die Ansicht aus, daß das Institut der Gauvorsteher unserer Organisation nicht zum Vortheil gereiche. Ferner bemerkt er, daß die Desavouirung des „Correspondent" durch die Gehülfenvertreter und das Dankesvotum für Wiener einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hätten.

Geßner-Breslau protestirt zunächst gegen eine Aeußerung, wonach die Opposition gegen den Tarif eine unsachliche sei, und verwahrt sich dagegen, daß dieselbe etwa einen Verein im Verein oder eine Zersplitterung des Verbandes wolle. Sodann geht er auf die Tarifverhandlungen ein und erwähnt, daß die Gehülfenvertreter in Berlin eine Verschlechterung des Tarifs, nämlich die Tariforganisation, sich gefallen ließen. Die lange Frist der Tarifgültigkeit raube uns die Bewegungsfreiheit im Klassenkampf, was auch schon wegen der anderen Gewerkschaften, die in uns doch ein Vorbild sehen sollten, zu bedauern sei. Die moderne Arbeiterbewegung so nichtachtend zu behandeln, wie es seitens einzelner Redner geschehen, sei unpassend.

Haas-Mainz führt aus, daß er schon deswegen für eine friedliche Vereinbarung gewesen, weil er überzeugt sei, daß ein großer Theil der Kollegen für einen Kampf nicht zu haben war. Auch er sei der Meinung, daß eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit unmöglich sei; aber aus Zweckmäßigkeitsgründen sei er für die Tarifgemeinschaft. Die Gegner derselben hätten ja auch gar nicht angegeben, was denn werden solle, wenn hier der Tarif abgelehnt würde. Die Gehülfen, welche nach dem neuen Tarif arbeiteten, würden gegen diesen Beschluß Opposition machen. Auch er sei seit zwei Jahrzehnten Sozialdemokrat und könne gewiß nicht in den Geruch der Hirsch-Dunckerei kommen, aber man könne doch wohl ein guter Gewerkschafter und zugleich ein guter Parteigenosse sein. Nach einigen Bemerkungen gegen Gasch empfiehlt Redner die Urabstimmung.

Michaelis-Erfurt verwahrt sich dagegen, daß man in der Opposition Leute sehe, welche mit unehrlichen Absichten hierhergekommen seien. Auch die Vertreter der Opposition hätten nur die Absicht, die Organisation zu stärken und zu heben. Den Tarif bekämpften sie, weil die minimalen Vortheile eines Kampfes, der doch da oder dort entbrennen würde, nicht werth wären. Der Redner giebt sodann eine drastische Schilderung von einem Fall, wo durch passiven Widerstand eine Besserung der Verhältnisse erzielt worden. Aber schnell müßte in solchen Fällen gehandelt werden. Der Verband sei keineswegs durch das Vorgehen Gaschs zerklüftet. Weiter erwähnt er, daß der Prinzipalsvertreter Uschmann in Weimar wohl an den Tarifverhandlungen theilgenommen habe, aber trotz aller Beschlüsse die dem Verbande angehörenden Kollegen entlasse. Was die Prinzipale geben, haben wir uns immer erkämpfen müssen und werden es immer erkämpfen müssen. In Bezug auf die Maschinenmeister sei er der Ueberzeugung, daß nur darum die Prinzipale eine Ausnahmestellung für diese geschaffen hätten, um nicht auch dem Hülfspersonal die Verkürzung der Arbeitszeit gewähren zu müssen. Ihm sei die Tarifgemeinschaft nicht annehmbar.

Döller-Dortmund weist es zurück, daß man der Opposition den Kollegen Gasch an die Rockschöße hängen wolle. Des Weiteren wendet er sich gegen die Tarifgemeinschaft; die Prinzipale hätten den Gehülfenvertretern den Tarif gemacht, der drei Kategorien von Gehülfen schaffe. An Einzelheiten des Tarifs demonstrirt der Redner dessen Schaden für die Gehülfen.

Streckert-Berlin spricht für die Tarifgemeinschaft; man müßte entweder den Tarif mit seinen Anhängseln ganz annehmen oder ablehnen.

Kirsten-Karlsruhe meint, es gebe keinen anderen Weg, als den Tarif anzunehmen. Als Zweifelhafter sei er hierhergekommen, aber Angesichts der Verhältnisse halte er im Interesse der Organisation die Annahme des Tarifs für geboten. Nur möchten die Gehülfenvertreter dafür sorgen, daß die Auslegung des Tarifs möglichst zu Gunsten der Gehülfen ausfalle.

Schleffler-Hagen erklärt sich als Gegner der Tarifgemeinschaft; aber mit Gasch sich solidarisch zu erklären, weise er ab. Er erwähnt dann, daß die Opposition nicht erst durch das Auftreten von Gasch hervorgerufen worden sei. Der Verband müsse so gestellt werden, daß wir ohne Tarifgemeinschaft menschenwürdige Zustände erzielen.

Blumenthal-Berlin steht nach wie vor auf dem Boden der Tarifgemeinschaft. Er behaupte, daß die Opposition durch Gasch entstanden sei.

Müller-Dessau erklärt sich als Tarifgemeinschaftsgegner. Eine Reihe sachlicher Gründe führt er gegen dieselbe in's Feld. Die Gehülfenvertreter hätten mit dem Prinzipalverein paktirt, trotzdem dessen ganze Thätigkeit in Bekämpfung des Verbandes bestanden habe.

Wachs-Berlin bemerkt, er sei zwar Anhänger der Tarifgemeinschaft, aber Vertrauen zu den Prinzipalen besitze er nicht. Mit dem Kollegen Stengele sei er der Meinung, daß es gemeinsame Interessen von Prinzipalen und Gehülfen nicht gebe, daß höchstens zeitweise die Interessen parallel laufen könnten. Aus der Tarifgemeinschaft ergebe sich aber die Muße, um unserer Organisation Kreise zuzuführen, welche bisher nicht zu haben wären.

Buchholz-Stettin ist Freund des Tarifs, weil dieser ihm das Recht gebe, zu fordern. Die Tarifgegner hätten noch nicht gesagt, wie es ohne Tarif gehen solle.

Schliebs-Glogau wendet sich gegen Gasch und befürwortet die Tarifgemeinschaft.

Kirsten-Berlin ist für Tarifgemeinschaft und bemerkt in Bezug auf die Maschinenmeister, daß eine Regelung ihrer Verhältnisse im ganzen Gebiet nach gleicher Norm nicht möglich wäre, daß man deshalb in den einzelnen Orten sich nach den Verhältnissen richten müsse. Innerhalb der drei Jahre hätten die Maschinenmeister die Aufgabe, recht fleißig für bessere Verhältnisse einzutreten.

Gasch führt aus, daß er aus dem letzten Streik die Lehre gezogen habe, daß eine Tarifgemeinschaft fernerhin unmöglich sei. Döblin dagegen habe Streiks für die Zukunft für unmöglich gehalten und sich für den Weg der Vereinbarungen entschieden. Um seine Behauptung als richtig zu erweisen, verliest Redner Stellen aus Briefen. Seine Stellung sei die gewesen, daß nach dem Streik eine Zeit der Rüstung kommen müsse; deswegen habe er zeitweise die Schreibweise des „Correspondent" gemildert. Für zentrale Verhandlungen mit den Prinzipalen sei er (Redner) nicht gewesen, sondern für lokale. Für Tarifämter und dergleichen sei er nie gewesen. Die freundlichen Worte im „Correspondenten" seien rein taktische Züge gewesen. In taktischen Fragen habe der „Correspondent" sich dem Vorstand unterzuordnen gehabt. Schon 1892 habe er sich entschieden gegen die Tarifgemeinschaft erklärt und sich geweigert, eine solche im „Corresp." zu vertheidigen. Aus seiner Ueberzeugung heraus, daß die Prinzipale gutwillig nichts gewähren, hätte er die Opposition gegen die Tarifgemeinschaft begonnen. Er habe eine Entscheidung darüber herbeiführen wollen, ob die Gehülfenschaft die Tarifgemeinschaft wolle. Erkläre diese sich dafür, so heiße es einfach: „Einen anderen Mann an den Platz", denn er könne dann das Blatt nicht weiter leiten. Es sei lächerlich, in einem Konflikt, wie er zwischen ihm und Döblin bestehe, lediglich einem Theil die Schuld zuzuschreiben. Der Redner vertheidigt sodann seine erste Broschüre, betreffend die Gefährdung des Koalitionsrechts, und bemerkt sodann, daß die Tarifgemeinschaft von den Prinzipalen angestrebt worden, um eine Zeitlang vor den Gehülfen nicht bange sein zu müssen. Zur Vertheidigung der eigenen Handlungsweise verweist der Redner darauf, daß er, nur um ein schnelles Handeln zu ermöglichen, Zugeständnisse gemacht habe. Bei seinen Nachforschungen sei er dann auf die staatliche Genehmigung des Unterstützungsvereins gestoßen und habe das Resultat in seiner zweiten Broschüre über den „Königlich preußischen Gewerkverein" niedergelegt. Diesem sei die Genehmigung wahrscheinlich nur ertheilt worden unter der Bedingung, daß er auf dem Wege der Verhandlungen bleibe und Streiks vermeide. Der Redner giebt dann zu, daß die Form der Ankündigung dieser Broschüre im „Correspondent" untaktisch und ein Fehler war. Aber grade der Kronzeuge (Hoffmann, der den Brief geschrieben) habe sie gebilligt. Auch habe dieser ihn in der Ansicht unterstützt, daß ein Verrath geplant gewesen. Zum Theil sei er von Döblin zu Angriffen auf die Sozialdemokratie veranlaßt worden, zum Theil habe er aus eigenem Antrieb Aeußerungen und Handlungen einzelner Personen mißbilligt. Herr Döblin habe nur einen Ausdruck für alles Sozialdemokratische: „Phrase". Wenn es etwas in der sozialdemokratischen Partei zu bekämpfen gebe, so wünsche Döblin das Eingreifen des „Correspondent"; im Uebrigen wolle er die Politik aus dem Blatte verbannt wissen. Es sei aber ein Unding, den „Correspondent" im Sinne Döblins zu leiten. Zum Schluß erklärt sich der Redner entschieden gegen die Tarifgemeinschaft.

Schluß der Sitzung.

Halle a. d. Saale, 17. Juli. (Privattelegramm.) Die Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nahm die Tarifgemeinschaft mit 45 gegen 22 Stimmen an.

Vierter ordentlicher Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Eisenach, 15. Juli.

Der Verbandstag wird Nachmittags kurz nach 3 Uhr durch den Vorsitzenden Holzhäußer-Flensburg mit einem Hoch auf die Organisation eröffnet. Anwesend sind 38 Delegirte.

Als Vertreter des Vorstandes sind anwesend: Holzhäußer, Vorsitzender, und Mahlke-Flensburg, Kassirer; als Vertreter des Ausschusses: Bruns-Lübek; als Vertreterin der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: Frau Kähler-Wandsbek.

Nachdem eine Mandatsprüfungskommission und eine Geschäftsordnungskommission gewählt, wird die Sitzung unterbrochen, um den beiden Kommissionen Zeit zur Erledigung ihrer Geschäfte zu geben.

Um 5 Uhr werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Der Antrag der Einzelmitglieder in Nürnberg, dem Kollegen Siemantel-Nürnberg, der ohne Mandat erschienen ist, ein solches zu ertheilen, wird abgelehnt. Der Antrag war damit begründet, daß es in Folge der polizeilichen Scheerereien in Nürnberg unmöglich gewesen sei, eine umfassende Agitation zu entfalten.

Das Mandat Godemanns-Erfurt wird nach längerer Debatte für gültig erklärt, dagegen eine Resolution angenommen, welche die bei der Wahl vorgekommenen Unregelmäßigkeiten tadelt.

Zu Vorsitzenden werden gewählt: Timm-Berlin und Bögele-Mannheim.

Nach Konstituirung des Büreaus wird die Sitzung um 7 Uhr abgebrochen.

Eisenach, 16. Juli.

Vormitagssitzung. Es ist ein Begrüßungsschreiben der Londoner deutschen Kollegen eingelaufen.

Nach Annahme der Geschäftsordnung erstattet Holzhäußer-Flensburg den Geschäftsbericht. Aus demselben ist hervorzuheben, daß ungeachtet der auf dem Verbandstage in Erfurt beschlossenen Verkleinerung und Vermehrung der Agitationsbezirke nicht die gewünschten Erfolge erreicht wurden. In erster Linie ist dies dem Mangel an geeigneten agitatorischen Kräften zuzuschreiben. Die Agitation hat trotzdem nicht gestockt. Größere Agitationstouren wurden von Timm im Osten und Süden unternommen. Schlumberger-Stuttgart war in seinem Bezirk nach besten Kräften thätig, um dem Verbande Ausbreitung zu verschaffen, ebenso die Vertrauenspersonen Sachsens und andere. Der Bericht geht dann des Näheren auf die Konfektionsarbeiterbewegung ein, deren einzelne Phasen noch zu bekannt, als daß sie hier wiederholt zu werden brauchten. — In Wilhelmshaven wollten die Kollegen in eine Lohnbewegung eintreten, meldeten dieselbe aber nicht bei dem Vorstande an, auch kam es nicht zu einer Arbeitseinstellung. Nichtsdestoweniger stellten die Wilhelmshavener Mitglieder beim Vorstande den Antrag, zwei Mitglieder auszuschließen, welche „Streikbrecher" geworden. Der Vorstand lehnte dieses Ansinnen ab, worauf es zu einer heftigen Polemik in der Fachzeitung kam. Auch in der verflossenen Geschäftsperiode hat es nicht an behördlichen Maßregelungen gefehlt, wie die Schließung der Mitgliedschaft Nürnberg, die Stellung der Mitgliedschaften Hannover und Hildesheim unter den § 8 des preußischen Vereinsgesetzes und vieles Andere. Hervorzuheben ist noch, daß sich der Vorsitzende in Sachen der Maßregelungen der Mitgliedschaften in Hannover und Hildesheim direkt an den Oberpräsidenten von Bennigsen gewendet hat. Es wird nun abzuwarten sein, ob Herr von Bennigsen seine im Reichstage gegebene Versicherung, die Angelegenheit in loyalster Weise prüfen zu wollen, wahr machen wird. Da die Konfektionsarbeiter-Bewegung der Verbandskasse große Opfer auferlegte, so wurde die Auszahlung des Reisegeschenks auf drei Monate eingestellt. Hiergegen wurde aus Bremerhaven und Wilhelmshaven protestirt. Gesuche um Unterstützungen in Nothfällen gingen beim Vorstande 32 ein, davon wurden 14 zwecks Einziehung näherer Informationen zurückgestellt, in 24 Fällen wurden Unterstützungen im Betrage von M. 15—40 bewilligt, acht Gesuche wurden zurückgewiesen. Die eingegangenen vier Darlehensgesuche wurden abgelehnt, desgleichen sechs Anträge auf Erstattung von Umzugskosten, weil es sich nicht um Umzüge in Folge von Maßregelungen handelte. Der letzte Gewerkschaftskongreß wurde von zwei Delegirten beschickt. Der Verband zählte am Schluß des 1. Quartals d. J. 17 381 Mitglieder gegen 9000 auf dem Verbandstag im Jahre 1894 angegebenen. Die Zahl der Orte, in welchen sich Mitglieder befinden, beläuft sich auf 216—220. Ein Bericht über den Umfang und die Kosten, welche die ganze Konfektionsarbeiter-Bewegung verursacht hat, kann leider noch nicht gegeben werden, da die verschiedenen Orte noch keine Abrechnung eingesandt haben.

Mahlke-Flensburg erstattet den Kassenbericht. Der Verband hatte seit dem letzten Verbandstag, d. h. vom 3. Quartal 1894 bis 1. Quartal 1896 inkl., eine Einnahme von M. 119 555,93. Darunter befinden sich an Eintrittsgeld M. 7361, Beiträge M. 78 078,50, Extrasteuer M. 7774,40. In der Ausgabe stehen u. A.: Reisegeschenk M. 26 996,57, Fachzeitung (dieselbe ist obligatorisch eingeführt) M. 21 443,75, Agitation M. 1697,08; dem Streikfonds wurden überwiesen M. 12 000. Die Gesammtausgabe beträgt M. 104 435,39, so daß ein Bestand von M. 15 120,54 vorhanden ist. Der Streikfonds hatte eine Einnahme von M. 32 578,21. Davon ist ungefähr die Hälfte vom Verbande bezw. den Kollegen, das Uebrige von den Gewerkschaftskartellen ꝛc. aufgebracht worden. Die Ausgabe betrug M. 28 385,40. Der Ueberschuß von M. 4192,81 wurde der Verbandskasse überwiesen.

Bruns-Lübek erstattete Bericht für den Ausschuß. An denselben gelangten u. A. drei Beschwerden gegen Maßnahmen des Vorstandes, welche sämmtlich als unberechtigt verworfen wurden. Eine Beschwerde des Gewerkschaftskartells Wilhelmshaven in Sachen der dortigen Zwistigkeiten mußte zurückgewiesen werden, da das Kartell nicht für kompetent erachtet werden konnte. Bei den vom Ausschuß vorgenommenen unvermutheten Kassenrevisionen wurde Alles in Ordnung befunden.

Zur Prüfung der verschiedenen an den Verbandstag gelangten Beschwerden wird eine fünfgliedrige Kommission gewählt.

Es beginnt die Debatte über die verschiedenen Berichte. Vor Eintritt in die Mittagspause erklärt Frau Zetkin, sie sei gezwungen abzureisen, und bitte nur, bei Berathung des Antrages auf Erhöhung der Mitgliederbeiträge, von einer solchen bei den weiblichen Mitgliedern abzusehen. So sehr sie im Prinzip für eine solche Erhöhung sei, müsse sie doch auf Grund ihrer Erfahrungen erklären, daß es den weiblichen Mitgliedern zur Zeit absolut unmöglich sei, höhere Beiträge zu zahlen. Die männlichen Mitglieder müßten für ihre Kolleginnen Opfer bringen. Darauf tritt die Pause ein.

Nachmittagssitzung. Im Laufe der Diskussion über die Geschäftsberichte wird von vielen Seiten über die Vernachlässigung der kleineren Mitgliedschaften geklagt. Tüchtige Redner würden nur nach größeren Organisationen geschickt, so daß den Mitgliedern der kleineren jede geistige Anregung fehle. Zum Theil liege dies an der Saumseligkeit mancher Vertrauensleute. Desgleichen wird die oft unpraktische Eintheilung der Agitationsbezirke gerügt. Zahlreiche Beschwerden und Wünsche, interne Angelegenheiten des Verbandes betreffend, werden vorgebracht. Um 4½ Uhr wird die Debatte geschlossen.

Holzhäußer erwidert in seinem Schlußwort auf die verschiedenen Ausstellungen.

Auf Antrag des Vorsitzenden der Kassenprüfungskommission Knoop-Frankfurt a. M. wird dem Kassirer einstimmig Decharge ertheilt.

Die Kassenprüfungskommission beantragt, die Filialen Neustadt a. d. H., Stettin und Würzburg, welche an die Hauptkasse abzuliefernde Gelder für Agitation, Delegation u. s. w. verwendet, aufzufordern, diese Gelder an die Hauptkasse abzuliefern. Der Antrag findet Annahme.

Ein Antrag Knoop und Genossen, wonach der Vorstand die Mitgliedschaft Leipzig energisch auffordern soll, das ihr seitens des Verbandes vor Jahren gewährte Darlehen von M. 1000 zur Gründung einer Herberge zurückzuzahlen, wird angenommen, desgleichen ein Antrag

---

Großvater.

Roman von Jonas Lie. (Autorisirte Uebersetzung.)

(Nachdruck verboten.)

(11. Fortsetzung.)

VI.

Der Großvater hatte nun, wie er scherzte, eine ganze Woche als Amphibium gelebt, war theils in der Stadt gebraten worden, theils auf dem Lande erfroren, bis man nun grade um Johanni ordentlich und ganz nach Sollid hinausgezogen war.

So kam man denn wieder in's alte Geleise; machte wie im vorigen Jahre am Morgen seinen Spaziergang, den einen Tag die alte Allee entlang nach Ekeland und den anderen Tag hinab zur Dampfschiffsbrücke in Borge und erkundigte sich bei den Lootsen nach Fischen ꝛc. — oder den Weg hinauf zur alten Mühle im Wald; da mit den Leuten schwatzen und den Kindern, die er vom vorigen Jahre kannte, Zuckerwerk geben. Aus dem Weg sein und immer zu rechter Zeit zum Speisen kommen . . .

Etwas eng und heiß konnte es ihm allerdings in seiner kleinen Bodenkammer unter dem schrägen Dach wohl werden. Man durfte es aber mit den Bequemlichkeiten nicht so gar genau nehmen, mußte vergessen, daß man alt war, sonst fühlte man sich als Greis, ehe man sich dessen versah . . .

Es erleichterte ihn, die Wahrheit zu gestehen, daß sie diesmal aus der Stadt herausgekommen waren. Die ewigen Kaffevisiten mit Musik — nun kam auch das in ein anderes Geleise — Gunnar kriegte Ruh.

Da schritt er wahrhaftig im Panamahut von der Brücke her und — was war das? — vier Mann hinter ihm mit dem Piano — vom Dampfschiff. Es sollte an dem ersten schönen Tage hinaufgebracht werden.

Und nun kamen sie von allen Seiten gelaufen — Ingwald von seinem Zimmer über die Treppe herabgepoltert, Kirstine von der Hundehütte neben der Scheune her, wo sie sich ein Puppenhaus baute, Terna vom oberen Stock und Sörine mit der Köchin von der Küche durch den Gang hinaus, um das Schauspiel nicht zu versäumen, wie das Instrument im Wohnzimmer untergebracht werden würde.

Stefanie erschien in blauem Morgenkleid, noch nicht fertig mit der Toilette nach dem Bade, das sie im Vorrathshause genommen hatte.

„Lieber — Du hast doch wohl die Ecken in der Kiste mit Filz ausgelegt!" — klang es bekümmert Gunnar entgegen, während Stefanie, mit aufgespanntem Schirm, wegen des nassen Haars ein paar Schritte weit in die Sonne ging.

Der Kistendeckel wurde in Gegenwart der zahlreichen Interessenten aufgebrochen und, eins, zwei, drei wurde das Klavier in die geräumige Balkonstube getragen, wo es einen öden Winkel sehr glücklich ausfüllte.

„Nun, Frau," sagte der Doktor, nachdem die Leute bezahlt worden und fortgegangen waren — „wenn ich morgen dann mit einem grandiosen Blumentisch für dir andere Ecke komme, so daß die bemalte Bohlenthür Deines Schlafzimmers ein Entree von Blattpflanzen und Blumen aus der Stadt bekommt, so kannst Du nicht leugnen, daß das Aussehen der Stube sich ernstlich verbessert."

Sie stand und sah sich um:

„Ja, ordne das, wie Du willst, Gunnar, mit all dem Grünen . . . Er ist ein Meister darin, Großvater."

„Ich will sehen, in diesen Tagen, ehe ich zu den Uebungen einrücke, Alles für Dich in Stand zu setzen, Stefanie, so daß Du ein recht bequemes beschauliches Landleben führen kannst — Sonnenschein und Siesta," — erklärte der Korpsarzt, während er in den Hemdsärmeln herumarbeitete. — „In der Kiste habe ich die Kissen zum Sopha, so daß es bequem werden kann wie eine Lotterbank — mit dem Thierfell vorn. Da kannst Du denn liegen und lesen und, wenn es Dir nur beliebt, Dich ein Bischen zu erheben, kannst Du mit des Großvaters langem Fernglas durch das offene Fenster über den Fjord hinschauen und all das Leben betrachten, das sich da draußen rührt."

„Brillantes Glas — berühmte Londoner Firma —" bedeutete der Großvater. — „Man kann damit die Leute bei den Schifferhäusern weit draußen auf den Scheeren unterscheiden und jeden Mann an Bord der Dampfer sehen, die ein- und ausfahren."

„Das kann hier draußen ganz unterhaltend sein," meinte Stefanie mit unerwartetem Interesse; sie drehte und zog am Glas und versuchte durchzuschauen . . . Du mußt mich lehren, es einzustellen, Großvater" — bat sie, als Gunnar es auf seinem Platz an der Wand anbrachte und der Großvater nachsah, ob es solid auf dem Haken ruhte.

„Und nachdem wir Polster auf diese weißbemalten Holzstühle bekommen haben, und Schaukelstühle und Gartenstühle, fängt es hier doch an, nach Komfort auszusehen, Fanie."

„O ja; jedenfalls wird es viel wohnlicher als im vorigen Jahre. O, und ich bin noch nicht einmal angezogen" — rief sie. — „Sieh mich an, schau mich ordentlich an, Gunnar" — sie sammelte mit der Hand ihr Haar im Nacken und sah ihm in's Gesicht — „entdeckst Du nicht, daß Deine Frau Runzeln bekommt — da bei den Augen . . . und ein wenig beim

von Frl. Baader und Genossen, die Vertrauensmänner zu verpflichten, bei Agitationstouren die neugegründeten Filialen mit Anregungen und Belehrungen mehr als bisher zu unterstützen.

Ueber den 7. Punkt des Tagesordnung: „Stellungnahme zu den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses" referirt Timm-Berlin. Die Delegirten Timm und Holzhäuser haben für das Weiterbestehen der Generalkommission und für eine Herabsetzung der an die Kommission zu entrichtenden Beiträge gestimmt. Auch die Arbeitslosen-Unterstützung fand ihre Zustimmung, ebenso die Resolution über kommunale Arbeitsämter. Diese Institute nehmen übrigens eine den organisirten Arbeitern feindliche Entwicklung. Der Vater derselben, der Berliner Magistrats-Assessor Dr. Freund, habe erst kürzlich erklärt, daß die Arbeitsämter auch während der Dauer eines Lohnkampfes die Arbeitsvermittlung weiter führen müßten.

Es liegt ein Antrag Braunschweig-Würzburg vor, an die Generalkommission keine Beiträge mehr zu leisten. In der Debatte sprechen sich die meisten Redner sehr skeptisch über kommunale Arbeitsämter und die Arbeitslosen-Unterstützung aus. Knoop-Frankfurt a. M. meint, die Generalkommission habe im Verhältniß zu den an sie gezahlten Beiträgen recht wenig geleistet. Sabath-Hamburg, als Vertreter der Generalkommission, weist die Angriffe Knoops entschieden zurück. Der Antrag Braunschweig-Würzburg wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag Stühmer und Genossen, das bisherige Verhältniß zur Generalkommission bestehen zu lassen, mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Darauf wird die Sitzung geschlossen.

Berichtigung. In dem Bericht über die Nachmittagssitzung vom 14. Juli muß es gegen den Schluß in den Ausführungen der Frau Zetkin über den internationalen Kongreß heißen: „aber Punkt 1 der Tagesordnung des internationalen Schneiderkongresses" statt der „dortigen Tagesordnung".

Arbeiterbewegung.

In Saardam in Holland haben 500 Hafenarbeiter und Holzauslader die Arbeit eingestellt.

Zum Berliner Hutmacherstreik. Laut Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung, die sich mit überwiegender Majorität für die Weiterführung des Streiks erklärte, fordern wir die Arbeiterschaft auf, uns jetzt in unserem Kampfe so viel wie möglich zu unterstützen. Die Lohnkommission suchte die Aufhebung des Streiks herbeizuführen; aber die Erbitterung der Streikenden war eine derartig große, daß es ein Ding der Unmöglichkeit war, die Versammlung anders zu bestimmen. Die Motive, welche die Arbeiterinnen und Arbeiter bestimmt haben, den Streik noch weiter aufrecht zu erhalten, sind folgende: Die Arbeitgeber verlangen: 1) Austritt aus der Organisation; 2) Reduzirung der Löhne; 3) daß nur ein kleiner Bruchtheil wieder eingestellt werden soll und dieser, wenn die Streikbrecher eingearbeitet sind, ohne Rücksicht auf's Pflaster geworfen wird. Einen solchen Frieden erklärten die Arbeiter für unannehmbar und wollten lieber noch weiter ausharren, als den Kapitalisten — die so rigoros und brutal handeln — erbarmungslos zum Opfer zu fallen. Arbeiter! Parteigenossen! Der Kampf ist nun zum Aeußersten entbrannt und ersuchen wir Euch, bethätigt Euer Solidaritätsgefühl in erhöhtem Maße, um die Ausgesperrten eventuell vor der größten Noth zu schützen. Da die Erhaltung der Organisation Euch ebenso am Herzen liegt wie uns, werden wir nicht umsonst an Eure so oft erprobte Opferwilligkeit appelliren. Ihr werdet uns in dem Kampfe, wo es sich um Sein oder Nichtsein der Organisation handelt, nicht im Stiche lassen. Darum vorwärts, ein Zurück giebt es nicht mehr, entweder siegen oder unterliegen. Alle arbeiterfreundlichen Blätter ersuchen wir um Abdruck. — Geldsendungen sind an Karl Kempe, Berlin, Weinstraße 12, part., zu richten.

Die Lohnkommission der ausgesperrten Hutarbeiter und -Arbeiterinnen.

Die Brauer der Lorenz'schen Brauerei in Weißenfels haben die Arbeit eingestellt. Sie fordern günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Glasarbeiter. In Moritzdorf bei Radeberg sind Maßregelungen der Vertrauensleute vorgekommen und ist deshalb ein Ausstand wahrscheinlich.

Achtung, Metallarbeiter! Seit einigen Tagen befinden sich 1200 Klempner in Wien im Ausstande. Der Streik ist ein allgemeiner und appelliren die Ausständigen an das Solidaritätsgefühl der deutschen Kollegen in materieller Hinsicht, sowie um den Zuzug fernzuhalten. Geldsendungen sind zu richten an die Redaktion des österreichischen „Metallarbeiter", Wien V, Kohlengasse 27. Zuschriften in der Angelegenheit des Streiks sind zu richten an das Aktionskomite der Spengler, Wien VII, Richtergasse Nr. 7.

Der Streik in Neunkirchen (Niederösterreich) wird seitens der Arbeiter mit den äußersten Anstrengungen fortgesetzt. Das Streikkomite hat ein eigenes „Auswanderungsbüreau" etablirt, welches den Auszug der Arbeiter aus dem Streikgebiet planmäßig organisirt. Bereits 30 Arbeiter haben auf diese Weise den Ort verlassen. Die Streikenden begleiteten ihre abziehenden Kollegen; sie wurden aber von einem starken Aufgebot Gensdarmerie zurückgewiesen und hierbei eine Frau verhaftet. Ueber sämmtliche Fabriken in Neunkirchen ist die Sperre verhängt.

Ueber einen Schneiderstreik in China berichtet ein dort reisender Fachkollege dem englischen Schneider-Fachblatt Folgendes:

Am allerwenigsten hätte ich erwartet, in den letzten Tagen meines Aufenthaltes in China ebenfalls mit dem Phänomen der fortschreitenden Industrie, nämlich mit einem Streik in jenem entlegenen Welttheil, bekannt zu werden. Es waren gewiß auch dort schon Fälle von Widerstand einzelner Unterdrückten gegen Tyrannei und Ausbeutung vorgekommen, aber niemals dachte ich, daß ich Augenzeuge sein werde von solchem gut organisirten und unbeugsamen Zusammenhalt im Streik in jeder Beziehung, ähnlich den Kämpfen in Amerika oder Europa.

Der Schneiderstreik ist in der letzten Woche des Oktober 1895 ausgebrochen und dauerte acht Tage. Die Hauptursache desselben war folgende. In Shanghai haben europäische Händler große Magazine und hinter denselben befinden sich die Schneiderwerkstätten, wo durch chinesische Zwischenmeister zirka 2000 Schneider beschäftigt sind, dort werden auch die Mahlzeiten eingenommen und ein Theil der Kommis muß in denselben Räumen übernachten, wo der bekannte chinesische Schmutz im Ueberfluß vorhanden ist und also in dieser Beziehung auf derselben Stufe wie die Schneiderwerkstätten Europas stehen. Ueber diesen Punkt beklagten sich aber die Arbeiter nicht, denn das ist die allgemeine Lebensweise der Chinesen, über was sie sich aber beklagten, war die Kost, die von den Arbeitgebern beigestellt wird. Sie verlangten mehr Reis und mehr Schweinefleisch und Fisch, sowie als Hauptforderung einen höheren Lohn. Nachdem ihnen diese Forderungen nicht bewilligt wurden, stellten sämmtliche Arbeiter, 2000 an der Zahl, die Arbeit ein und verließen die Werkstätten. Während der folgenden acht Tage ging kein einziger Kollege in die Werkstätte zurück, obwohl es an Versuchen zur Bestechung und Drohungen mit persönlicher Rache der Arbeitgeber nicht fehlte. Auch die Stadtobrigkeit und das Gericht wurden angerufen, die Anführer wurden verhaftet, einige von ihnen gepeitscht und eingekerkert, mehrere sogar zu einem Jahre Kerker verurtheilt. Die Streikenden ließen sich nicht einschüchtern und ihr Entschluß wurde nur umso fester, so daß die Arbeitgeber sich gezwungen sahen, nachzugeben und folgende Forderungen zu bewilligen: 1. 45 mexikanische Cents (60 kr.) pro Tag für acht Arbeitsstunden; (früher hatten sie 36 kr. pro Tag). 2. Die Ausgaben für Mahlzeiten sind von 3 auf 5 mexikanische Dollars (ungefähr 6 fl. pro Monat und Kopf) erhöht worden. 3. Die Nachtarbeit wird doppelt bezahlt. Die Verhältnisse der Gehülfen vor dem Streik waren für dieses Unternehmen höchst ungünstig und sie haben ihren Sieg auch dem Umstande zu verdanken, daß die Zeit, in der sie in den Lohnkampf traten, die günstigste Saison war. Ihre Lage hatte es ihnen unmöglich gemacht, einen Fonds anzusammeln; sie mußten oft ihr monatliches Gehalt schon im Laufe des Monats nehmen, um ihre Familie vor Noth und Hunger zu schützen; derselbe Hunger gab ihnen aber auch den Muth, ohne erst viel zu überlegen, zu streiken und trotz aller Schwierigkeiten auch einen herrlichen Sieg zu erringen. Aber auch andere Momente kommen bei diesem Siege noch in Betracht. Shanghai ist die zivilisirteste Stadt in China; dies zeigt schon der äußere Anblick, die Reinheit der Gassen, die prachtvollen Wasserkünste, und im Allgemeinen die gesunde Anlage jenes Theiles der Stadt, wo die reichen Chinesen und Fremden wohnen, weist auf eine fortgeschrittene Zivilisation hin; aber auch dort, nur ein paar Schritte davon in jenen Vierteln, wo die armen Chinesen hausen, finden wir entsetzlichen Schmutz und Elend, kurz, die Kehrseite der Medaille, wie in jeder modernen Stadt.

Indem wir uns das Recht erworben haben, Fabriken in China zu gründen, haben wir auch die materiellen Verhältnisse des Volkes vollkommen umgewandelt und diese „Zivilisation" war es, die auch den Schneiderstreik hervorrief. Unter den anderen karakteristischen Eigenschaften der Chinesen findet man, hauptsächlich unter den unwissenden Klassen, auch die Festigkeit und Brüderlichkeit, sie sind höchst empfänglich für vereinigte Kämpfe, und es bestehen unter ihnen und auch Solchen, die im Auslande leben, eine Menge soziale Organisationen, von denen manche sogar sehr mächtig sind, und die sechs Kämpfe der Chinesen in den Vereinigten Staaten und in Ko-Ko-Kerai unter den südlichen Chinesen, sind auffallende Beispiele. Die Ersteren hatten Macht und Einfluß genug, sich dem Ausschließungsakte des Kongresses der Vereinigten Staaten zu widersetzen; den Letzteren ist es fast gelungen, die regierende Dynastie zu stürzen.

Auch bei dem Schneiderstreik hat diese karakteristische Eigenschaft eine große Rolle gespielt und die Festigkeit und Brüderlichkeit wesentlich zum Siege beigetragen. Auch hier liegt in der Einigkeit die Macht, durch welche diese unwissenden chinesischen Schneider den Sieg errungen haben. Darum: „Einigkeit und Festigkeit, sie segnet!" sagen solche unzivilisirte Leute wie die Chinesen; warum auch nicht Amerikaner und Europäer?

Diejenigen aber, die sich fernhalten von der Organisation in den zivilisirten Ländern, möchten gut thun, dem Beispiele der chinesischen Schneider zu folgen.

Auswärtiges.

Krieg im Frieden. Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Mittwoch gegen 10 Uhr fand an der Ecke Bärwald- und Blücherstraße eine Schlägerei zwischen Mannschaften vom 2. Garde-Dragoner- und dem Garde-Kürassier-Regiment statt, die schließlich durch das Eingreifen der Wache aus der Garde-Dragoner-Kaserne ihr Ende fand! — Eine Lokalkorrespondenz schreibt in der Angelegenheit noch: Die Schlägerei zwischen Garde-Kürassieren und Garde-Dragonern, die sich am Mittwoch Abend in der Blücherstraße abspielte, ist bezüglich ihrer Ursache nach nicht ganz aufgeklärt. Allem Anscheine nach aber spielen dabei die Eifersüchteleien der „Koulören" eine Rolle, die schon seit Jahren oft genug zu Reibereien und Thätlichkeiten Anlaß gegeben haben. Eine Koulör bilden u. A. die Garde-Kürassiere mit den Franzern und die beiden Garde-Dragoner-Regimenter mit den Garde-Schützen in Groß-Lichterfelde. Der Streit, der mit der großen Schlägerei am Mittwoch Abend endete, hat schon am Sonntag Abend begonnen. Einer der Betheiligten, der Garde-Kürassier Herbrich von der 3. Eskadron behauptet, daß er an der Ecke der Bärwald- und Blücherstaße um 9¾ Uhr Abends von einem Unteroffizier des zweiten Garde-Dragoner-Regiments ohne Weiteres mit dem Säbel über den Kopf geschlagen worden sei. Thatsache ist, daß Herbrich eine Hiebwunde von beträchtlicher Länge am Hinterkopfe und eine zweite an der Stirn hat. Der Kürassier ist noch in der Nacht zum Montag mit einer Droschke nach dem Garnisonlazareth II in Tempelhof gebracht worden. Die Wunden waren gefährlich, doch befindet sich der Verletzte bereits auf dem Wege der Besserung. Die Kunde von dem Ueberfall auf den Kameraden rief unter den Garde-Kürassieren eine große Erbitterung hervor, die sich noch steigerte, als der Dragoner-Unteroffizier am nächsten Tage nicht ermittelt wurde. — Schon am Montag Abend fanden sich zahlreiche Kürassiere in der Gegend der Dragonerkaserne ein, um Rache zu üben. Dieses Schauspiel wiederholte sich am Dienstag Abend. Die Schlägerei am Mittwoch, auf die man in verschiedenen Trupps auf beiden Seiten schon gewartet hatte, nahm einen großen Umfang an. Nach ungefährer Schätzung haben sich über 100 Soldaten daran betheiligt. Beim Beginn der Schlacht hatten mehrere Restaurateure sofort ihre Wirthschaften geschlossen. Blutspuren sah man noch am Donnerstag Morgen um 8 Uhr auf dem Bürgersteige der Blücher- und Bärwaldstraße.

Unschuldig verurtheilt und im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Von der Strafkammer in Ulm wurde der am 27. April d. J. wegen gefährlicher Körperverletzung in Folge verfehlter Indizienbeweise unschuldig zu einem Jahr Gefängniß verurtheilte Bauernbursche Georg Hiller von Rammingen, O.-A. Ulm, im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, nachdem er zwei Monate in Untersuchungshaft gesessen, auch schon 14 Tage von seiner Strafe abgebüßt hatte! Dagegen wurden die nunmehr ermittelten wirklichen Thäter, die seinerzeit dem Hülfsbahnwärter Schmid von Asselfingen Nachts einen Fuß abgeschlagen hatten, die Bauernknechte Jakob und Joseph Klaiber von Rammingen, zu je einem Jahr Gefängniß verurtheilt, ihnen auch die Ehrenrechte auf zwei Jahre abgesprochen; ferner wurde der Polizeidiener Heusele von Rammingen, welcher die wirklichen Thäter bei dem Ueberfall gesehen, aber bei der Strafkammerverhandlung gegen Hiller trotz eindringlicher Ermahnung seitens des Vorsitzenden ihre Namen verschwiegen hatte, so daß die unschuldige Verurtheilung erfolgte, auf Grund des § 346 des Strafgesetzbuches zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt! Ein netter Hüter des Gesetzes!

Staatsanwalt Stein. Unser Dresdener Partei-Organ schreibt: Vom Staatsanwalt Stein, der bekanntlich todt aus der Elbe gezogen worden ist, behaupteten die ersten Berichte, daß er zufällig verunglückt sei. Diese Behauptung erschien sehr unwahrscheinlich, da es wohl schwer möglich ist, daß ein nüchterner Mensch sich in die Elbe verirren kann. Beamte haben den Staatsanwalt in der fraglichen Nacht auf der Loschwitzer Elbbrücke gesehen. Man ist daher zu der Vermuthung gekommen, daß sich Stein selbst ertränkt hat. Als Motiv bezeichnet man (in maßgebenden juristischen Kreisen, bürgerliche Blätter schweigen sich darüber aus) Unzufriedenheit über seine Berufsverhältnisse. Stein ist, wiewohl er der älteste Staatsanwalt am hiesigen Gerichte, bei allen Avancements übergangen worden. Es ist dies seit kurzer Zeit der dritte Gerichtsbeamte, der sich entleibt hat. Landgerichts-Direktor Toost erschoß sich, Landgerichts-Sekretär Junghanns wurde erhängt aufgefunden und Stein ertränkte sich wahrscheinlich.

Dr. med. Bismarck. Fürst Bismarck ist von der medizinischen Fakultät der Universität Jena zum Ehrendoktor ernannt worden. Die Professoren von Jena haben sich immer durch große „Ergebenheit" gegen den Heros unseres Jahrhunderts — ausgezeichnet. Bismarck wird das Diplom zu den anderen werthlosen Kuriositäten legen.

Ein Schuhfabrikant, der streikende Arbeiter prügelt. Der bekannte Schuhfabrikant Friedrich Erpel in Berlin hatte sich am 14. d. M. wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges vor dem Schöffengericht zu verantworten. Nachdem die Arbeiter in der Erpel'schen Fabrik in den Ausstand getreten waren, betrat am 4. Juni d. J. der Schuhmacher Paul H. das Grundstück der Speditionsfirma Bartz u. Ko. Hier schlug Erpel dem nichts Arges Ahnenden hinterrücks mit dem Spazierstock derart wuchtig über den Kopf, daß der Ueberfallene die Hülfe der Sanitätswache in Anspruch nehmen mußte. Erpel wurde für die rohe That mit einer Geldstrafe von dreihundert Mark, event. 14 Tagen Gefängniß belegt. In großer Aufregung erklärte der verurtheilte Fabrikant, daß er gegen dies Strafmaß Berufung einlegen würde. Wie viele Monate Gefängniß würde ein streikender Arbeiter erhalten haben, wenn er gegen einen Fabrikanten eine derart feige Rohheit verübt hätte?

Auf das Züchtigungsrecht gegen das Gesinde berief sich ein Inspektor in einer Verhandlung gegen einen Arbeiter. Der Arbeiter war im Mai zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er seinen Inspektor mit einer Wagenrunge über Rücken und Genick geschlagen hatte. Auf seinen Einwand, daß er in Nothwehr gehandelt habe, weil H. ihn mit der Reitpeitsche und einem Peitschenstiele vorher mißhandelt hätte, wurde keine Rücksicht genommen, da der Inspektor nach Ansicht des Gerichts nur in Ausübung des ihm gegen das Gesinde zustehenden Züchtigungsrechtes gehandelt habe! — Auf die Revision des Angeklagten hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Landgericht Ostrowo. Dem Urtheile der Krotoschiner Strafkammer wurde vom Reichsgerichte große Unklarheit vorgeworfen, da nicht einmal gesagt sei, was man für erwiesen erachtet habe. Von einem sogenannten Züchtigungsrechte des Inspektors könne nach der preußischen Gesindeordnung keine Rede sein.

Die Frage, ob die Versäumniß von Schulfeierlichkeiten, wie sie am Sedantage, am Geburtstage des Kaisers und bei ähnlichen Gelegenheiten veranstaltet zu werden pflegen, als strafbare Schulversäumniß anzusehen sei, eine Frage, die auch in Berlin bereits mehrfach erörtert worden ist, wurde, wie die „Pr. L. Ztg." berichtet, kürzlich von dem Gerichte in Solingen in verneinendem Sinne beantwortet. Ein Vater hatte sein Kind am Kaisersgeburtstage zu Hause behalten und in Folge der von der Schule erstatteten Anzeige einen Strafbefehl erhalten. Er hatte Einspruch erhoben und das Gericht, das die Sache einmal vertagt hatte, um sich über die Frage anderweitig zu informiren, hat nunmehr entgegen der Ansicht der Regierung entschieden, daß derartige Feiern nicht Lehrstunden im Sinne des Gesetzes sind, daß demgemäß also Eltern nicht gezwungen werden können, ihre Kinder an ihnen theilnehmen zu lassen. Der Amtsanwalt will gegen das Urtheil Berufung einlegen; sollte es aber in den ferneren Instanzen auch aufrecht erhalten werden, so wird man sich entschließen müssen, die bisher in ähnlichen Fällen geübte Praxis, Versäumnisse derartiger Feiern als unentschuldigte Schulversäumniß zur Anzeige zu bringen, zu verlassen.

Ein schweres Verbrechen ist in Mühldorf bei Glatz entdeckt worden. Die Ehefrau des Korbmachers Hannig verbüßt eine dreijährige Zuchthausstrafe. Sie gebar kurze Zeit nach dem Antritt der Strafe im Zuchthause einen Sohn, der dem Ehemann zur Erziehung übersandt wurde. Dieser nahm das Kind zwar bei sich auf, ließ ihm aber nur wenig Pflege zu Theil werden. Später erhielt dieses Kind auch noch eine „Stiefmutter"; denn Hannig hatte sich von der ersten Frau scheiden lassen. Von da an war der Knabe dem Vater überall im Wege. Seit zirka 14 Tagen wurde das Kind nicht mehr gesehen. Die Nachbarsleute erhielten auf ihre diesbezüglichen Fragen von dem Vater ausweichende Antworten. Dieser Tage nun meldete er den Tod des vermißten Kindes an. Nach den sofort eingeleiteten Ermittlungen hatte Hannig das Kind in einen finsteren Keller eingesperrt und dort verhungern lassen. Der Vater wurde in Untersuchungshaft genommen.

Eine Blutthat im Delirium ist in der Nacht zum 15. d. M. in Breslau von dem früheren Fuhrwerksbesitzer jetzigen Droschkenkutscher Jäkel verübt worden. Jäkel hat schon wiederholt schwere Delirium-anfälle gehabt. In der Nacht zum 15. d. M. bekam Jäkel wahrscheinlich wiederum einen Anfall von Delirium; er begann zu toben und stürzte, mit einem langen Messer bewaffnet, auf seine im Bette liegende Frau los. Die Frau erhielt mehrere Messerstiche am Kopf und im Gesicht, sowie an den zur Abwehr empor gehaltenen Händen. Schließlich richtete Jäkel das Messer gegen sich selbst und schnitt sich tief in den Hals. Durch Polizeibeamte, die von Hausbewohnern zu Hülfe herangeholt worden waren, wurde die Feuerwehrsanitätsabtheilung herbeigerufen. Mann und Frau erhielten die nothwendigste Hülfe und wurden dann im Krankenwagen in das Allerheiligenhospital gebracht. Dort ist Jäkel bereits gegen 2 Uhr der schweren Verletzung erlegen. Die Verletzungen der Frau sind anscheinend leichter Natur.

Frau Pastor muß in's Gefängniß. Frau Pfarrer Fink in Lohma bei Schmölln war wegen Beleidigung des dortigen Lehrers Mai zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Die von ihr eingelegte Berufung wurde verworfen.

Aus jammervoller Lage ist vor einigen Tagen die schon erwachsene Tochter eines Einwohners in Grund a. H. auf Grund einer Anzeige durch die Polizei befreit worden. Acht Wochen lang hat das Mädchen sich in einem Stalle aufhalten müssen, wo es fast bis zum Skelett abgezehrt ist. Ob ein Verbrechen beabsichtigt war, wird die Untersuchung ergeben.

Verbrannt sind am 14. d. M. in Solingen in Folge einer Petroleum-Explosion zwei Kinder im Alter von 8 Jahren und 9 Monaten, während ein drittes Kind leicht verletzt wurde. Die drei Kinder waren von ihrer Mutter eine kurze Weile allein im Zimmer gelassen worden; der älteste Knabe hatte, um das Feuer anzufachen, die Petroleumkanne über dem Feuer ausschütten wollen; dieselbe explodirte und hüllte die beiden Kinder in Flammen. Trotz schneller Hülfe sind die am meisten verbrannten Kinder gestorben.

Verschüttet. Durch den Einsturz überhängender Erdmassen wurden in einer Lehmgrube zwischen Nüdlingen und Großenbrach in Unterfranken am Montag früh drei Knaben aus Nüdlingen im Alter von 14—17 Jahren verschüttet und erstickt.

Von einem Wilderer erschossen. Am Ludolfsfeld im Rothargebirge wurde der Forstmeister Klippert in der Nacht zum Montag in seiner Wohnung von einem Wilderer überfallen und erschossen. Seine Ehefrau und das Dienstmädchen wurden schwer verletzt. Es liegt ein Racheakt vor; der Thäter ist entkommen.

Eine Gaunerbande hat in Aachen einige Zeit ihr Unwesen getrieben. Es wurden nämlich von Unbefugten in mehreren Fällen für Firmen, die ihre Postanweisungen bei der Hauptpost selbst zu erheben pflegten, die Quittungen über den Empfang gefälscht und die Beträge erhoben. In dieser Weise sind unrechtmäßig Beträge von M. 1200 und M. 700 und geringere erhoben worden. Die betroffenen Firmen haben von der Post Schadloshaltung verlangt.

Der Mord eines kleinen Mädchens hat in Alblasserdam bei Rotterdam große Aufregung hervorgerufen. Zwei 10jährige Mädchen waren am Sonnabend nach Papendrecht geschickt. Unterwegs forderte sie ein Landstreicher auf, in einem angeblich hinter dem nahen Weidengebüsch liegenden Kahne Platz zu nehmen und sich von ihm nach Papendrecht rudern zu lassen; sie willigten erst ein, als der Fremde ihnen noch Geld versprochen hatte. Er führte die Kinder durch das Weidengebüsch und warf alsbald das eine der Mädchen in das Wasser; dasselbe konnte sich aber an den Zweigen halten und rettete sich dadurch vor dem Ertrinken. Arbeiter, welche gegen Abend vorüberkamen, hörten das Hülfegeschrei und zogen das Mädchen aus dem Wasser. Darauf fand man bald das andere Kind als Leiche im Wasser. Gleichzeitig ward man aber auch des muthmaßlichen Thäters habhaft, es war ein Landstreicher, der sich im Weidengebüsch versteckt hielt. Als man denselben in Alblasserdam in Gewahrsam hatte, entstand im Orte eine große Erregung. Die Volksmenge versuchte das Arrestlokal zu stürmen, um den Mörder zu lynchen; das Gefängniß mußte darum die ganze Nacht hindurch von der Polizei bewacht werden. Die Tumulte wurden ärger, als am Sonntag früh der Mörder nach dem Rathhaus gebracht wurde, um dort von der Gerichtskommission vernommen zu werden. Noch drohender wurde die Volksmenge, als der Thäter zur Leiche des ermordeten Mädchens geführt wurde. Mit größter Mühe nur konnte die Polizei den Weg zu dem Hause der Eltern bahnen, in welchem die Leiche lag. Dort angekommen, fand sich die Gerichtskommission und die Polizei gradezu von der rasenden Menge eingeschlossen. Es mußte aus Dordrecht Militär requirirt werden, welches mit gefälltem Bayonnet gegen das Volk vorging. Das hatte aber nur den Erfolg, daß ein Platz vor dem Hause frei gemacht wurde; die Abführung des Verbrechers nach Dordrecht gelang erst, nachdem eine zweite Abtheilung Militär eingetroffen war, und auch dann waren noch wiederholte Bayonnet-Angriffe nöthig. In Dordrecht war ebenfalls die Volksmenge in Aufregung und auch hier mußte das Militär eingreifen, um die sichere Ueberbringung des Verbrechers in das Polizeigefängniß zu ermöglichen. Derselbe heißt Wilhelm Jansen, ist aus Utrecht und war früher als muthmaßlicher Mörder des Knaben Hoogsteden in Rotterdam in Untersuchungshaft gewesen.

Der Schriftsteller Edmond Goncard ist auf dem Landgute von Alphons Daudet an einem Lungenschlag gestorben.

Ueber das Eisenbahnunglück bei Saint Georges d'Aurac (Puy-de-Dome) werden jetzt folgende Einzelheiten gemeldet: Der Schauplatz des Unfalls bietet einen fürchterlichen Anblick. 150 Meter weit sind die Schienen fortgerissen und verbogen. Vierzehn Waggons stehen noch unverletzt da, vier sind der Lokomotive gefolgt und zurückgeschleudert worden, neun theilweise zertrümmert, einer in tausend Stücke zerschellt. Unter diesem wurden die vier schrecklich verstümmelten Leichen hervorgezogen. Der materielle Schaden wird auf mehr als eine Million geschätzt. Der Grund des Unglücks ist in dem schlechten Zustande der Strecke zu suchen, der ein so schnelles Fahren, wie es dem Maschinisten des verunglückten Zuges anbefohlen worden war, nicht gestattete. Die Schienen sind auseinander gegangen und die Entgleisung hat bei dem Tender ihren Anfang genommen. Weder der Maschinist noch die anderen Beamten sind dessen gewahr geworden. Außer den vier Todten sind drei Passagiere schwer verwundet und ungefähr zwanzig leichter verletzt worden. Ein Soldat Namens Rodier, der zwischen zwei Leichen eingeklemmt und schwer verletzt worden war, hat in Folge des ausgestandenen Entsetzens bis zu seiner lange Zeit in Anspruch nehmenden Hervorziehung aus den Trümmern des Waggons den Verstand verloren. Die Presse erhebt gegen die Paris-Lyon-Mittelmeerbahn-Gesellschaft die schwersten Anklagen wegen dieses Unglücks; das Gericht von Brionde, das sich sofort an den Ort der Katastrophe begeben hatte, hat übrigens gleichfalls festgestellt, daß die Schuld ausschließlich auf die Gesellschaft wegen des gradezu miserablen Zustandes der Strecke fällt.

Zu Tode geprügelt wurde letzte Woche eine ganze Familie, bestehend aus vier Personen, in der Nähe von Genua. Ursache der gräßlichen That war Rache.

Ein Riesenkongreß. Das Stuttgarter „Neue Tagebl." erzählt in der gestrigen Nummer seinen Lesern, daß auf dem Ende Juli in London stattfindenden internationalen Arbeiterkongreß „mehr als eine halbe Million Vertreter aus sämmtlichen Staaten der Welt anwesend sein werden." Leider theilt das genannte Blatt nicht mit, in welchem Saale diese halbe Million Vertreter ihre Berathungen pflegen werden. Die Säle, die eine solche Menschenmenge fassen, dürften selbst in der fünffachen Millionenstadt etwas rar sein.

Europäische „Kultur" in Afrika. Nach Berichten vom Kongo hat der Kommandant Chaltin den Häuptlingen M'Bili, M'Bima und N'Dorumia, die sich seit Langem gegen die Herrschaft des Kongostaates auflehnten, eine blutige Niederlage beigebracht.

Hungersnoth und Mädchenhandel. Die japanische Regierung ertheilt jetzt in Menge armen Eltern die Erlaubniß, ihre Töchter zu verkaufen, damit die Familie Brot in's Haus bekommt. Die zur Zeit in Japan herrschende Hungersnoth ist so groß, daß die Regierung diesen Handel sogar ermuthigt. Die jetzige Hungersnoth ist die erste große, die in Japan vorgekommen ist. Die Regierung hat sich unbegreiflich langsam aufgerafft. Die japanische Reisernte ist überall mißrathen. Spekulanten benutzen die Noth, um die Preise so viel sie können hinaufzuschrauben. Diese Nothlage hat zum Massenverkauf von japanischen Mädchen geführt. Jedes Opfer für die Eltern zu bringen, um sie vor Entbehrung zu bewahren, ist in Japan etwas Selbstverständliches. Das Mädchen verkauft sich als zweite Frau an einen reichen Japaner. Ihr Minimalalter muß 12 Jahre betragen. Der Kaufpreis ist jetzt nur M. 20. Unter gewöhnlichen Verhältnissen ist er M. 800. Der Kaufkontrakt wird übrigens gerichtlich abgeschlossen. Dann trägt der Käufer alles Geld, das er auf das Mädchen verwendet, in ein Buch ein, in dem ihr auch genau ihre Pflichten mitgetheilt werden. Nach drei Jahren muß der Käufer das Mädchen freilassen, sobald das Geld, welches er für dasselbe verwendet hat, ihm zurückgezahlt ist. Nach sechs Jahren ist das Mädchen überhaupt ohne irgend welche Zurückzahlung frei.

Aus dem Reichsgericht.

L. Leipzig, 16. Juli.

Gewohnheitsrechte. Mit der Frage, ob alte „Gewohnheitsrechte" und „Gerichtsgebräuche", trotzdem sie durch Gesetz aufgehoben sind, noch zu Recht bestehen, hatte sich kürzlich das Reichsgericht zu beschäftigen. Der Fleischer Edwin Hermann Kämmer war vom Landgerichte Weimar am 22. April wegen Pfandbruchs nach § 289 Str.-G.-B. zu M. 30 Geldstrafe verurtheilt worden. Er hatte eine Wohnung für jährlich M. 102 gemiethet und sollte die Miethe in vierteljährlichen Raten bezahlen. Die Kündigung war vierteljährlich. Im Februar d. J. nun theilte er seinem Hauswirthe mit, er werde ausziehen, wisse aber nur noch nicht, wann. Der Hauswirth erwiderte darauf, dann müsse aber erst die Miethe für Februar und März gezahlt werden, sonst mache er sein Pfandrecht an den Möbeln des Miethers geltend. Als nun am 28. Februar der Hauswirth zum Friedensrichter gegangen war, zog Kämmer schleunigst mit sämmtlichen Sachen aus, trotzdem der Wirth ihm dies verboten hatte. Auf Grund dieses Verbotes ließ nun das Landgericht die oben erwähnte Verurtheilung eintreten, indem es die Ansicht vertrat, es genüge nach einem alten thüringischen Gewohnheitsrechte vollkommen zur Konstituirung eines gesetzlichen Pfandrechtes, wenn der Vermiether dem Miether verboten habe, seine Sachen aus der Miethswohnung fortzuschaffen. — Gegen dieses Urtheil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. — In der Verhandlung vor dem Reichsgerichte trat der Reichsanwalt der in Thüringen verbreiteten und sogar von dortigen Gerichten sanktionirten Auffassung von der Gültigkeit dergleichen veralteten Gewohnheitsrechte mit Entschiedenheit entgegen. Durch Gesetz vom 6. Mai 1839, das am 1. Januar 1842 in Kraft trat, seien alle solche generellen Faustpfandrechte aufgehoben worden und erloschen. Es frage sich nun, ob seit dem Januar 1842 ein neues Gewohnheitsrecht entstehen konnte oder ein neues oder altes Gewohnheitsrecht entstehen durfte. Es konnte keines entstehen wegen der Kürze der Zeit, es durfte aber auch keines entstehen oder weiter bestehen, nachdem es durch Gesetz vom 6. Mai 1839 ausdrücklich verboten worden war. Der Angeklagte habe gegen kein bestehendes Gesetz verstoßen, weshalb dessen Freisprechung beantragt werde. Nach den bestehenden Gesetzen hat der Vermiether ein Pfandrecht nur wegen rückständiger Miethe. Der Angeklagte aber hatte seine Miethe bis zum 28. Februar, an welchem Tage er auszog, bezahlt. — Das Reichsgericht erkannte gemäß den Ausführungen des Reichsanwalts auf Aufhebung des Urtheils und Freisprechung des Angeklagten.

Erhöhung der Strafe durch das Reichsgericht. Der seltene Fall, daß das Reichsgericht in der Revisionsinstanz selbst auf eine höhere Strafe erkennt, als sie die Vorinstanz festgesetzt hatte, trat ein bei einem Straffalle aus Meiningen. Das dortige Landgericht hatte am 15. April den Tagelöhner Lorenz Ros wegen Erpressung zu 3 Wochen Gefängniß verurtheilt. Der Dienstknecht Sch. fuhr während einer Nacht mit einem Wagen ohne Laterne auf der Landstraße. Der Angeklagte kam ihm entgegen und schrie ihn an mit den Worten: „Was fährst Du ohne Laterne? Ich werde Dich anzeigen, das kostet M. 31" Nach der Annahme des Gerichts that er dies in der Hoffnung, durch seine Einschüchterung den Sch. zu bewegen, ihm etwas zu geben, damit er die Anzeige unterlasse. In der That erreichte er auch seinen Zweck, denn Sch. gab ihm 20 ₰. — Gegen das Urtheil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt mit dem Hinweis darauf, daß nach dem klaren Wortlaut des § 253 Erpressung mit Gefängniß nicht unter einem Monat zu bestrafen sei. Beantragt wurde, das Reichsgericht möge sogleich auf die Minimalstrafe von einem Monat Gefängniß erkennen. — Das Reichsgericht hob das Urtheil auf und erkannte sodann gegen den Angeklagten auf eine Gefängnißstrafe von einem Monat.

Aus dem Gerichtssaal.

Landgericht.

17. Juli.

Ferien-Strafkammer IV. Vorsitzender: Direktor Dr. Beeck. Staatsanwalt: Sander.

„Ein militärisches Kapitel" lautet die Ueberschrift einer Rezension der im Verlage von Robert Lutz in Stuttgart erschienenen Grießer'schen Broschüre: „In der Ferienkolonie, Skizzen und Betrachtungen aus dem Leben eines preußischen Soldaten" in der Nummer 92 des „Hamburger Echo" vom 19. April d. J., welche Rezension den preußischen Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff veranlaßt hat, gegen den Redaktör des „Echo", Reinhold Stenzel, Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung des Unteroffizierstandes der preußischen